



Hessen auf dem Weg zur Nr.1

viel getan - viel zu tun

Landtagswahlprogramm 2003
der CDU Hessen

*Beschlossen am 23. November 2002 in Fulda
auf dem 94. Landesparteitag der CDU Hessen.*



Inhalt

	Seite
Vorwort von Roland Koch: Viel getan. Viel zu tun.	3
1. Mit der Qualitätsgarantie zum Bildungsland Nr. 1	7
2. Sicherheit als Bürgerrecht für Alle	33
3. Wirtschaftsmotor Hessen: Arbeit und Wohlstand für Alle	50
4. Forschung und Technologie – Zukunftsfelder verantwortungsvoll erschließen	65
5. Vorrang für Familien: In Hessen geht es sozial und gerecht zu	69
6. Integration fordern und fördern – Zuwanderung steuern und begrenzen	93
7. Solide Finanzen für den Aufschwung	98
8. Kommunen stärken: Echte Partnerschaft sichert den Erfolg	105
9. Kunst und Kultur pflegen – Lebensqualität und starker Standort	110
10. Sport ist mehr als Bewegung: Gemeinschaft und Engagement	116
11. Umweltschutz durch Partnerschaft	119
12. Landwirtschaft und ländlichen Raum stärken	127
13. Brand- und Katastrophenschutz: Staatliche Aufgabe und Ehrenamt	134
14. Politik für Heimatvertriebene und Spätaussiedler	137
15. Neue Wege in der Medienpolitik	140
16. Europa: Eine Chance für Hessen	144

Viel getan. Viel zu tun.

Eine stolze Bilanz als Grundlage für Vertrauen und Fortschritt in Hessen

„Wofür brauchen die Parteien eigentlich Wahlprogramme? Werden die denn überhaupt gelesen?“ Jeder, der schon einmal an der Ausarbeitung eines Wahlprogramms beteiligt war, kennt diesen Einwand. „Geht das nicht ein wenig kürzer? Konzentriert euch doch auf das Wesentliche, am besten in kurzen Sätzen!“, so ist zu hören.

Ja, das tun wir. Natürlich plakatieren wir im Verlauf des Wahlkampfes nicht das gesamte Programm, sondern kurze und klare Botschaften. Allerdings haben die Menschen in Hessen auch ein Recht darauf, präzise zu erfahren, was wir in den letzten Jahren getan haben und was wir in den nächsten Jahren tun wollen. Diesem Recht kommen wir nach und wir nehmen es sehr ernst – so ernst wie bereits im Jahr 1999.

Für uns ist das Wahlprogramm eine Vereinbarung mit den Wählern über die Zukunft. Eine solche Vereinbarung hat die hessische CDU auch vor der Landtagswahl 1999 vorgelegt. Wir formulierten bereits in unserem damaligen Wahlprogramm präzise und überprüfbare Ziele, die wir für den Fall der Regierungsübernahme umsetzen wollten. Da der Wähler nach acht Jahren unter Rot-Grün eine neue Politik in Hessen wollte und der CDU für vier Jahre die Regierungsverantwortung übertragen hat, können wir heute Bilanz ziehen. Eine beeindruckende Versprochen-Gehalten-Bilanz.

Wir haben das umgesetzt, was wir den Menschen in unserem Wahlprogramm versprochen haben. Angesichts dessen, was wir in letzter Zeit in der Bundespolitik erlebt haben, ist dies wohl eine geradezu revolutionäre Erkenntnis. Ja, man kann Versprechen auch halten! Ja, auch Politik kann das! Es gibt somit einen zentralen Unterschied zwischen dem was wir in Hessen gemacht haben und dem was die rot-grüne Bundesregierung macht: Rot-Grün in Berlin hat die Menschen betrogen, wir haben Wort gehalten!

Schröder und die Seinen haben uns vor der Bundestagswahl versprochen, dass es keine Steuererhöhungen geben werde und neue Schulden werde es natürlich auch nicht geben, von Haushaltslöchern war sowieso nie die Rede. Dass man nun in so kurzer Zeit seine Versprechungen über Bord wirft, ist an Dreistigkeit in der politischen Geschichte Deutschlands wohl einmalig. Die Tinte unter dem neuen Koalitionsvertrag war noch nicht getrocknet, da wurde der rot-grüne Wahlbetrug offenkundig.

Nachdem Schröder bereits seine Versprechen zum Abbau der Arbeitslosigkeit gebrochen hat, bricht er jetzt innerhalb kürzester Zeit seine neuen Versprechen. Eines ist deswegen gewiss, die zweite Chance die Schröder erhalten hat, wird seine letzte sein.

In Hessen haben wir den Beweis angetreten, dass es auch anders geht. Im vorliegenden Landtagswahlprogramm steht es schwarz auf weiß. In den wichtigsten Bereichen Bildung, Wirtschaft und Innere Sicherheit ist unsere Bilanz besonders eindrucksvoll.

Ein herausragendes Versprechen mit dem wir 1999 vor die Wähler getreten sind, war sicherlich die Unterrichtsgarantie. Wir wollten den dramatischen Unterrichtsausfall von 100.000 Stunden wöchentlich beseitigen und den Unterricht wieder garantieren. Heute treten wir vor die Wähler und sagen Ihnen, dass die Unterrichtsgarantie erfüllt ist. Die Schülerinnen und Schüler haben in Hessen heute 100.000 Stunden wöchentlich mehr Unterricht, als noch unter der Verantwortung der rot-grünen Vorgängerregierung. Die Unterrichtsgarantie bedurfte eines gewaltigen Kraftakts. Jetzt gibt es 2.900 Lehrer mehr an Hessens Schulen und 1.600 zusätzliche Referendare. Wir haben viel getan für eine bessere Bildung in Hessen, aber es gibt noch viel zu tun.

Im vorliegenden Wahlprogramm wollen wir den Weg von der Unterrichtsgarantie zur Qualitätsgarantie gehen. Eltern und Schüler bekommen damit die Sicherheit, in regelmäßigen Abständen über die Qualität und Leistungsfähigkeit der von ihnen gewählten Schule auf Grund von landesweiten Leistungsvergleichen unterrichtet zu werden. Schon das allein ist eine gewaltige Herausforderung für die Bildungspolitik der nächsten Jahre. Doch es geht hierbei um mehr, es geht um die Zukunftschancen der jungen Generation und damit um die Zukunftschancen Hessens. Diese Chancen werden wir nur mit gut ausgebildeten Menschen nutzen können und genau hierfür machen wir uns stark. Wir werden die Qualitätsgarantie deswegen genau so konsequent erfüllen wie die Unterrichtsgarantie. Darauf können sich die Bürger in Hessen verlassen.

Auch im Bereich der Inneren Sicherheit hat Hessen seit dem Regierungsantritt von CDU und FDP eine beeindruckende Entwicklung genommen. Erreicht haben wir das über die Umsetzung der Maßnahmen, die wir vor der letzten Landtagswahl angekündigt haben. Entgegen dem Bundestrend gehen die Straftaten in Hessen zurück. Die Aufklärungsquote steigt stetig. Die Menschen in Hessen sind heute auf der Straße

und in den eigenen vier Wänden sicherer als vor unserem Regierungsantritt. Das liegt daran, dass wir für die modernste Polizeiausstattung und den konsequentesten Strafvollzug in Deutschland gesorgt haben. Beides wurde unter der rot-grünen Vorgängerregierung völlig vernachlässigt. Konkret heißt das etwa für die Polizei: 1.300 neue Fahrzeuge und 10.200 neue Computer. Wir haben viel getan im Bereich der Inneren Sicherheit, aber es gibt noch viel zu tun. Unser Ziel für die nächsten Jahre: Wir wollen Hessen zum Sicherheitsland Nummer 1 machen.

Im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung ist es uns gelungen, Hessen an die Spitze in Deutschland zu führen. Trotz widrigster Rahmenbedingungen durch die rot-grüne Bundesregierung, haben wir Hessen aus dem Mittelmaß heraus und an vorderste Stelle beim Wirtschaftswachstum geführt. Bei uns ist deswegen die Arbeitslosigkeit wesentlich niedriger als anderswo in Deutschland. Eine Ursache für unser starkes Wachstum ist, dass wir die Mittel für den Landesstraßenbau verdoppelt haben, um so ein optimales Umfeld für Investitionen zu schaffen. Dass wir bei den ausländischen Direktinvestitionen ebenfalls Spitze sind, ist die Folge dieser Politik. Aber auch im Bereich der Wirtschaft reicht uns das noch nicht. Wir wollen dauerhaft die Nummer 1 beim Wachstum sein und die niedrigste Arbeitslosigkeit haben. Wirtschaftsland Nr. 1 zu sein, ist unser Ziel.

Die Versprochen-Gehalten-Liste lässt sich so Kapitel für Kapitel fortsetzen. In den Bilanzteilen unseres Landtagswahlprogramms sind die Fakten zusammengetragen, Punkt für Punkt. Hinter allen Zahlen und Fakten verbirgt sich aber mehr als nur die Einhaltung politischer Versprechen. Hinter alle dem stehen Menschen. Menschen, die sich wieder darauf verlassen können, dass sie wieder den Unterricht bekommen, der Ihnen zusteht, Menschen, die nach Jahren der Perspektivlosigkeit wieder einen Arbeitsplatz gefunden haben, Menschen, die sich abends in den Innenstädten wieder sicher fühlen. Wir freuen uns mit jedem, der dieses oder ähnliches so erlebt oder empfindet. Doch klar ist auch: Das reicht uns nicht!

Wir wollen, dass Hessen Erfolgsland bleibt und seine Spitzenstellung weiter ausbaut. Wir wollen, dass in Hessen auch weiterhin gezeigt wird, dass politische Versprechen eingehalten werden. Wir wollen, dass Hessen ein Gegenentwurf bleibt zu Rot-Grün in Berlin. Und wir wollen, dass Hessen seine Kontrollfunktion gegenüber der rot-grünen Bundesregierung wahrnimmt, wann immer diese mit ihrer Politik der Steuer-

erhöhungen genau das Gegenteil von dem unternimmt, was unser Land jetzt braucht. Rot-Grün in Berlin braucht Kontrolle dringender denn je!

Hessen ist ein großartiges Land. In der Mitte Deutschlands und im Herzen Europas gelegen ist unsere Heimat lebenswert und leistungsfähig. Ein starkes Erfolgsland mit riesigen Zukunftschancen. Wir wollen diese Chancen nutzen. Hierfür steht die hessische CDU, hierfür stehe ich, und hierfür werden wir gemeinsam kämpfen!



Landesvorsitzender
der CDU Hessen

1. Mit der Qualitätsgarantie zum Bildungsland Nr. 1

Bestmögliche Bildung für alle ist und bleibt für die CDU Hessen das Thema Nr. 1, denn Bildung und Ausbildung bestimmen maßgeblich die Entfaltungsmöglichkeiten jedes einzelnen Menschen und sind die Grundlage für die Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft und Wirtschaft.

Fördern und Fordern ist dabei das Grundprinzip unserer Bildungspolitik, weil wir wollen, dass allen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen bei der Entfaltung ihrer Begabungen bestmöglich geholfen wird.

Fördern bedeutet Förderung über die ganze Bandbreite von Begabung: von den Lernschwächeren bis zu den Hochbegabten. Fördern bedeutet auch, Familien Betreuungsangebote für ihre Kinder und Menschen im Beruf oder in der Arbeitslosigkeit sinnvolle Weiterbildungsangebote anzubieten.

Fordern bedeutet Einfordern von Leistung und Leistungsbereitschaft. Fordern bedeutet auch, die Familie für Bildung und Erziehung und damit für die Zukunftschancen ihrer Kinder in die unmittelbare Verantwortung zu nehmen. Fordern bedeutet auch, beruflichen Aufstieg oder solidarische Hilfeleistungen an die Bereitschaft zur persönlichen Weiterentwicklung /-bildung zu binden.

Der Erfolg der letzten Jahre hat bewiesen, dass es sich lohnt, Politik mit klaren Prinzipien und Prioritäten zu formulieren. Dies gilt insbesondere für die Bildungspolitik. Dort, wo Rot-Grün zu Lasten der Zukunftschancen unserer Kinder versagt hat, haben wir Hessen auf Erfolgskurs gebracht.

Wir haben mit der Erfüllung der Unterrichtsgarantie den von Rot-Grün verschuldeten Unterrichtsausfall an hessischen Schulen erfolgreich beseitigt. Wir haben mit einigen Tausend neuer, vor allem auch junger Lehrer für frischen Wind in hessischen Schulen gesorgt. Wir haben die Hochschulen gestärkt und besser ausgestattet. Heute ist Hessen auf dem Weg zum Bildungsland Nr. 1.

Versprochen - Gehalten

Wir haben viel getan und viel erreicht. Unsere Bilanz kann sich sehen lassen. Vor allen Dingen: Wir haben Wort gehalten und das, was wir den Wählerinnen und Wählern versprochen haben auch umgesetzt. Hier einige der wichtigsten Beispiele.

Wir haben

- die Unterrichtsgarantie erfüllt. Im Vergleich zum Schuljahr 1998/99, dem letzten in der Verantwortung von Rot-Grün in Hessen, erhalten seit Schuljahresbeginn 2002/2003 Schülerinnen und Schüler an hessischen Schulen 100.000 Stunden Unterricht mehr in der Woche! Wir haben dafür gesorgt, dass Hessens Schülerinnen und Schüler wieder den Unterricht bekommen, der ihnen zusteht.
- 2.900 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen. Die Zahl der Lehrerinnen und Lehrer unter 35 Jahren hat sich von ca. 4.000 auf ca. 12.000 verdreifacht.
- die Bildungsausgaben um 600 Mio. € erhöht. Lag Hessen unter Rot-Grün zwischen 1994 und 1998 beim prozentualen Zuwachs der Ausgaben der Länder auf einem dürftigen 13. Platz, so stehen wir heute schon auf Platz 2.
- in die Zukunft der hessischen Schulen investiert. 1.600 zusätzliche Referendarstellen sichern den eigenen Lehrernachwuchs. Wir haben dafür gesorgt, dass wir auch in den Fächern mehr Lehrerinnen und Lehrer haben werden, in denen heute noch Lehrermangel besteht.
- mit der "Unterrichtsgarantie Plus" ein bundesweit einzigartiges Aktionsprogramm gegen kurzfristigen Unterrichtsausfall geschaffen. Die Mittel, um Vertretungsunterricht flexibel zu bezahlen, wurden auf 32 Mio. € versechsfacht, damit bei Krankheit einer Lehrkraft oder bei anderen kurzfristigem Ausfall spätestens am dritten Tag, in Grundschulen sogar noch früher, Vertretungsunterricht möglich wird. Zudem stehen für Grundschulen 100 Lehrkräfte als "Lehrerfeuerwehr" zur Verfügung.
- den rot-grünen Betreuungsstau an den hessischen Grundschulen aufgelöst und die verlässliche Halbtagsgrundschule geschaffen. Die Stundentafel an der Grundschule wurde ausgeweitet und die Betreuungsangebote verdreifacht. Bis 1999 bekamen lediglich 288 der 1.172 Grundschulen in Hessen finanzielle Mittel für Betreuung. Jetzt sind es 946.
- zum Schuljahr 2002/2003 eine Offensive zum Ausbau von Ganztagsangeboten in allen Schulformen gestartet. Nach Bedarf - ohne Zwangsganztagschule! - wird gemeinsam mit den Schulträgern Schritt für Schritt das Ganztagsangebot ausgeweitet. Mit 140 Schulen mit Ganztagsangeboten steht Hessen im

Bundesvergleich schon heute auf einem guten fünften Platz. Im Schuljahr 2002/2003 sind noch einmal 40 Schulen mit neuen Ganztagsangeboten hinzugekommen.

- "Ja" gesagt zur Integration und den Deutschunterricht für ausländische Kinder fast verdoppelt. Gerade für Kinder aus nichtdeutschen Herkunftsfamilien gilt, dass Sprachkenntnisse unerlässliche Voraussetzung für schulischen Erfolg, aber auch für den Beruf und die Integration in die Gesellschaft insgesamt sind.
- für klare Versetzungsregeln gesorgt. Noten sind wieder etwas wert. Deutsch, Mathematik, Naturwissenschaften und Fremdsprachen wurden überall gestärkt. Unter Rot-Grün machte Hessen Schlagzeilen, weil sogar eine Versetzung mit fünf Fünfen möglich war. Eine Note 5 in einem Hauptfach kann heute nur noch durch eine Note 2 oder zweimal die Note 3 in einem Hauptfach ausgeglichen werden.
- den Einstieg in das Abitur in zwölf Jahren geschafft. An 15 hessischen Gymnasien wurde das "Turbo-Abitur" (8-jähriges Gymnasium) genehmigt.
- für landesweit verbindliche Lehrpläne gesorgt, damit alle Kinder und Jugendlichen die gleichen Startchancen haben. Der Hauptschulabschluss wurde durch freiwillige Abschlussprüfungen und durch die Erhöhung der Stundenzahl, die Stärkung der Fächer Deutsch und Mathematik in der Stundentafel sowie durch Erhöhung des Anteils des Fachs Arbeitslehre deutlich aufgewertet. Die Hauptschule hat wieder eine Zukunft.
- Hochleistende und Hochbegabte gezielt und in vielfältiger Weise gefördert. Mit dem geplanten Internat "Hansenberg" wird ein Bildungsangebot für besonders leistungsstarke Schülerinnen und Schüler geschaffen, um diese begabungsgerecht "fördern und fordern" zu können.
- dafür gesorgt, dass es in allen Kreisen endlich möglich ist, unter verschiedenen Schulformen wählen zu können.
- den Hochschulen in Hessen mehr Autonomie gegeben. Der nationale wie internationale Wettbewerb um die besten Köpfe kann somit schneller und besser aufgenommen werden.
- mit dem Hochschulpakt den Hochschulen nicht nur finanzielle Planungssicherheit, sondern vor allem auch noch zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung

gestellt. Seit 1999 haben wir die Zuschüsse an die Hochschulen jährlich gesteigert. Im Hochschulpakt erhalten sie zusätzlich zur Grundausrüstung jährlich 7,7 Mio. € für Sach- und Investitionsausgaben sowie 15,3 Mio. € für innovative Vorhaben. Die Hochschulen verpflichten sich im Gegenzug u. a. zur Sicherung der Studienkapazitäten und Studienqualität und zur Studienzeitverkürzung. Forschung und Innovation haben in Hessen den dringend erforderlichen neuen Schub erhalten.

- Zielvereinbarungen, in denen die Leistungen der Hochschulen festgeschrieben sind, und eine leistungsorientierte Mittelvergabe zum Markenzeichen hessischer Hochschulpolitik gemacht.
- für zukunftsweisende Kooperationen zwischen hessischen Universitäten und der Wirtschaft gesorgt, die teilweise finanziell vom Land unterstützt werden. Hierzu gehören:
 - Stiftungsprofessuren wie z.B. im Studiengang Informatik an der Universität Kassel oder im Weiterbildungsstudiengang Law and Finance an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt.
 - Das Technologie-Transfer-Netzwerk Hessen (TTN-Hessen) als Zusammenschluss aller staatlichen Hochschulen mit führenden hessischen Wirtschaftsorganisationen.
 - Die Beteiligung von Hochschulen an Technologie-, Innovations- und Gründerzentren.
- die Voraussetzungen für die Errichtung von Berufsakademien geschaffen. In Zukunft können junge Menschen in Hessen nach einem Schulabschluss, der die Hochschulzugangsberechtigung einschließt, die Ausbildung in einem Betrieb mit einem dreijährigen Studium an einer Berufsakademie (BA) kombinieren und danach ein staatlich anerkanntes Diplom mit dem Zusatz "BA" erwerben. Noch müssen zwar für ein Hochschulexamen zwei weitere Semester an der Fachhochschule studiert werden, doch erweist sich der hohe Praxisanteil in der dreijährigen Ausbildung, der gerade auf die spezifischen Bedürfnisse der örtlich ansässigen Unternehmen zugeschnitten ist, schon heute als ein großer Vorteil.

- durch die Neuregelung der Weiterbildung den Bürgerinnen und Bürgern das Tor zur Bewältigung der Herausforderungen, die durch die gesellschaftlichen, ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Entwicklungen auf sie zukommen, weit aufgestoßen. Die Weiterbildung in Hessen wurde auf ein solides Fundament gestellt.

Bildung aus Hessen - ein neues Markenzeichen

Wer in der Wirtschaft führend sein will, der muss in der Bildung vorn sein. Hessen ist unverkennbar auf dem Weg nach vorn. Endgültig vorn sind wir dann, wenn Bildung aus Hessen als ein anerkanntes, ständig geprüftes und verbessertes Qualitätsprodukt gilt. So wie für jeden im In- und Ausland ein Produkt mit dem Aufdruck „Made in Germany“ über Jahrzehnte der Inbegriff für Qualität war, so soll „Ausgebildet in Hessen“ zu unserem Markenzeichen werden. Wer von einer hessischen Schule oder Hochschule kommt, wer in Hessen seine berufliche Erstausbildung abgeschlossen hat und auch wer in Zukunft in Hessen Weiter- und Fortbildungseinrichtungen besucht hat, demjenigen oder derjenigen muss unabhängig vom individuellen Können der Ruf vorausereilen, aus einem anerkannt vorbildlichen Bildungssystem zu kommen, das für Qualität bürgt.

Doch Bildung ist mehr als die Förderung von Leistungsbereitschaft und die Qualifikation von Menschen. Bildung ist auch Selbstzweck im Sinne der Selbstentfaltung des Menschen und der Ausgestaltung von Freiheit. Bildung braucht auch Werte. Diese zu vermitteln, ist ein Ziel unseres Bildungssystems. Unter Wertevermittlung verstehen wir nicht nur die Vermittlung von Normen, sondern auch die Anleitung zu gesellschaftlicher Mitgestaltung und zu einer reflektierten Lebensgestaltung.

Wer unser Bildungssystem nachhaltig auf Qualität einstellen will, muss sich von dem Gedanken verabschieden, dass Bildung mit 6 Jahren beginnt und mit Schulabschluss und anschließender beruflicher Ausbildung bzw. mit dem Abschluss des Studiums endet. Angesichts der rasanten Veränderungsgeschwindigkeit des Wissens in der Welt muss Bildung heute als lebensbegleitendes Lernen begriffen werden. Nur so können wir in unserem rohstoffarmen Land den Wert der Ressource Wissen erhalten, damit den Erhalt unseres Wohlstandes sichern und die Chancen eines jeden Einzelnen, daran teilzuhaben, optimieren.

Der Vernetzung der Bildungsangebote gehört die Zukunft, weil die optimale Förderung der Fähigkeiten von den Jüngsten bis zu den Ältesten in unserer Gesellschaft um so besser gelingt, je enger die Bildungsangebote aufeinander abgestimmt sind. Wir lassen uns deshalb in unserer "Bildungspolitik für mehr Bildungsqualität" leiten von einem noch wesentlich stärkeren Ineinandergreifen der Bildungsangebote.

Wir wollen

- ein ganzheitliches Bildungs- und Erziehungskonzept, das auf hochwertige Erziehungs- und Bildungsangebote vom Kindergarten über Schule, Ausbildung, Hochschule und berufsbegleitende Weiterbildung bis hin zu lebenslanger Fortbildung setzt.
- dass das Land Hessen über seine Kernzuständigkeit im schulischen Bereich hinaus Koordinations- und Vernetzungsfunktionen sowohl im Kindergartenbereich als auch im Hochschul- und Weiterbildungsbereich übernimmt.
- regionale Bildungsnetzwerke unterstützen, die für eine koordinierende Abstimmung zwischen allgemeinbildenden Schulen, Berufsbildungs- und Weiterbildungseinrichtungen sorgen.
- ein „Wissensnetzwerk Hessen“, mit dem das Wissen von mehr als 3000 Professoren an hessischen Hochschulen und Universitätskliniken, gebündelt und der Politik des Landes effektiv zugänglich gemacht wird.

Zukunftsmodell Schule: für unsere Kinder

Schule braucht mehr Eigenverantwortung. Unser Ziel ist ein Zukunftsmodell „Qualitätsschule Hessen“. Schüler lernen besser in Schulen, in denen auf ihre spezifischen Erfordernisse eingegangen wird.

Wir wollen, dass

- Schulen immer mehr an Freiheit gewinnen. Damit sie das Personal, mit dem sie die gesteckten Bildungsziele anstreben, zu größeren Teilen auch selbst aussuchen können und über eigene Budgets verfügen.

- die Schulen ihre Qualität in Zukunft gegenüber den Eltern und der Öffentlichkeit stärker als bisher verantworten müssen. Die Wettbewerbssituation der Schulen wird als wesentlich für eine positive Qualitätsentwicklung angesehen.
- Ergebnisse staatlicher Vorgaben und schulischer Anstrengungen durch ein qualitätsorientiertes Bewertungssystem gemessen und transparent gemacht werden.
- über zusätzliche Mittel für Schulqualität ein Anreizsystem für Qualität geschaffen wird. Dabei konkurrieren staatliche mit nichtstaatlichen Schulen gleichberechtigt im Bildungswesen.
- es einen umfassenden Fächerkanon gibt, der grundlegendes Wissen über Sprache, Geschichte, Kultur, Mathematik und Naturwissenschaften, Fremdsprachen, Wirtschaft und Technik, Musik, Kunst und Sport vermittelt. Bildung hat Methodenkompetenz, Sozialkompetenz, den Umgang mit den Medien, Verantwortungsbewusstsein für sich und andere zum Ziel.
- neben staatlichen Sonderschulen, Haupt- und Realschulen, integrierten und kooperativen Gesamtschulen, beruflichen Schulen und Gymnasien auch Privatschulen als gleichberechtigten Bestandteil unseres vielfältigen Bildungsangebotes gefördert werden.
- Lehrer und Schüler in Schulgebäuden unterrichten und lernen, die zeitgemäß ausgestattet und ein positives Lehr- und Lernklima durch freundliche, helle und saubere Schulen schaffen. Mittelfristig sollen die Finanzmittel des Landes, der Schulträger und der Kommunen zusammen fließen und die Schulen Budgets erhalten, mit denen eine moderne Technikausstattung, zeitgemäße Lehr- und Lernmittel, gut ausgestattete und auch über neue Medien verfügende Bibliotheken geschaffen werden können. Einzellösungen sollen durch die Schaffung von Bildungsregionen vermieden und die Rückübertragung der Grundschulen in die kommunale Trägerschaft vorangetrieben werden.
- das Programm Schule@Zukunft fortgeführt wird. Die Forcierung der Entwicklung der Lernsoftware halten wir für notwendig.

Qualitätsgarantie – damit wir Bildungsland Nr. 1 werden

Unser wichtigstes Ziel nach der Verwirklichung der Unterrichtsgarantie ist jetzt die Qualitätsgarantie. Eltern und Schüler bekommen damit die Sicherheit, in regelmäßigen Abständen über die Qualität und Leistungsfähigkeit der von ihnen gewählten Schule auf Grund von landesweiten Leistungsvergleichen unterrichtet zu werden.

Wir wollen, dass

- die Abschlüsse der Haupt- und Realschulen und das Abitur nach landeseinheitlichen Standards abgenommen werden.
- Schüler in der Grundschule in Klasse 3 auf der Grundlage einer Orientierungsarbeit in Deutsch und Mathematik eine individuelle Leistungsbewertung und einen mit den Eltern zu besprechenden individuellen Förderplan erhalten, der (bei Bedarf) vor Abschluss der Klasse 4 eine begabungsgerechte Förderung auch bei unterschiedlichen Ausgangspositionen ermöglicht.
- in den Klassen 4 Vergleichsarbeiten geschrieben werden, die eine gleichmäßige Vorbereitung in allen hessischen Grundschulen auf die weiterführenden Schulen ermöglichen.
- zwischen möglichst vielen Bundesländern Bildungsstandards vereinbart werden, die den Schülern beim Wechsel zwischen den Ländern ein vergleichbares Anforderungsprofil sichern. Die CDU/CSU regierten Länder haben sich in etlichen Fächern schon darauf geeinigt.
- zwischen den Schulen und zwischen den Bundesländern regelmäßig vergleichende Untersuchungen stattfinden. Diese müssen veröffentlicht werden, damit Eltern jeweils aktuell über den Leistungsstand der Schulen informiert werden.
- in Hessen ein "Institut für Bildungsqualität" eingerichtet wird, das die Leistungsvergleiche organisiert und veröffentlicht.
- an hessischen Schulen die Studententafel weiter ausgebaut wird. Dabei sind neben dem zum Teil jetzt schon verbesserten Kernfachbereich Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen auch naturwissenschaftliche Fächer, sowie die Fächer Geschichte und Musik zu stärken.

Erziehung in Familie und Schule besser vernetzen

Wir sind uns bewusst, dass staatliche Interventionen Versäumnisse der Eltern in der Erziehung nicht ausgleichen können. Wir brauchen die Eltern in ihrer Verantwortung als Erzieher. Sie stehen in der Verantwortung, sich mit der Schule über gemeinsame Erziehungsziele zu verständigen. Nach wie vor gilt, dass das familiäre Umfeld eine entscheidende Grundlage für den Lernerfolg der Schüler ist. Eltern stehen in der Verantwortung, ihren Kindern deutlich zu machen, dass Schule Leistung und Anstrengung bedeutet. Trotz des Erziehungsauftrages von Schule ist diese kein Reparaturbetrieb für elementare elterliche Erziehungsversäumnisse.

Dennoch hat auch die Schule neben ihrem Bildungsauftrag selbstbewusst einen Erziehungsauftrag zu leisten. Für uns hat Schule den Auftrag, gezielt Werte zu vermitteln und Erziehungsziele zu erreichen. Toleranz, Ordnung, Hilfsbereitschaft, Disziplin, Fleiß und Pünktlichkeit sind integraler Bestandteil eines guten Unterrichts.

Individuelle Förderung, kindgerechte Leistungsanforderungen, differenzierte Lehrpläne und Stundentafeln dienen dem Erreichen dieses Zieles. Am Ende sollen Schüler das Selbstbewusstsein haben, dass sich Anstrengung lohnt und sie mit ihren erworbenen Fähigkeiten in jedem Wettbewerb um Ausbildungs- oder Arbeitsplätze bestehen können.

Wir wollen, dass

- Erziehungsvereinbarungen ergänzend zum Schulprogramm zwischen Eltern und Schulen geschlossen werden, um den Erfolg von Bildung und Erziehung durch eine größere Gemeinsamkeit in den Zielen zu fördern. Schüler haben einen Anspruch auf Erziehung; Widersprüchlichkeit der Ziele und Wege verunsichert und hemmt die Leistungsfähigkeit.
- in bewährter Form konfessionell geprägter Religionsunterricht erteilt wird. Für Kinder, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, wird Ethikunterricht zum Pflichtfach. Das Angebot ist entsprechend auszudehnen.
- die bisher getrennten Zuständigkeiten für Kinder und Jugendliche vernetzt werden. Besonders auf kommunaler Ebene sollen Schulverwaltungen und Jugendämter in Erziehungspartnerschaften unter Beteiligung von Vertretern der Eltern, der Kirchen, der Polizei, des örtlichen Arbeitsamtes bzw. der regionalen Wirtschaft im Rahmen des gemeinsamen Erziehungsauftrages kooperie-

ren. Auf Landesebene wird eine Koordinierungsgruppe für diese Querschnittsaufgabe unter Beteiligung der zuständigen Ressorts eingerichtet.

- Schulen verstärkt mit ihren ehemaligen Schülerinnen und Schülern (z.B. über „Verein für Ehemalige“) zusammenarbeiten. So werden wertvolle Erfahrungen aus Ausbildung, Studium und Beruf weitergegeben, von denen junge Menschen profitieren.

Mehr Ganztagsangebote schaffen

Die CDU bekennt sich uneingeschränkt zur Notwendigkeit von flächendeckenden freiwilligen Ganztagsangeboten, die wir innerhalb einer Legislaturperiode verbindlich schaffen wollen.

Wir wollen, dass

- in erreichbarer Nähe zum Wohnort alle hessischen Schüler die Möglichkeit erhalten, ein Ganztagsangebot in Anspruch zu nehmen.
- die Angebote für Kinder und Jugendliche, die über den Unterricht hinausgehen, zur Gemeinschaftsaufgabe von Schul- und Jugendhilfeträger einerseits und Land andererseits werden. Dabei gelten landesweit qualitative Kriterien, die vor Ort aber unterschiedliche Modelle gestatten. Die Einbeziehung freier Träger, Eltern und Vereine in die Gestaltung von Ganztagsangeboten wird ebenso ausdrücklich begrüßt wie die Einbeziehung von Wirtschaftsunternehmen an der ganztägigen Kinderbetreuung durch privat organisierte Betreuungsangebote in Kooperation mit staatlichen Schulen.
- Ganztagsangebote in besonderer Weise genutzt werden, um sprach-, leistungs- oder erziehungsbeeinträchtigte Schüler zu fördern. Durch die Nutzung von Ganztagsangeboten können auch schwächere Schüler Anschluß an das Klassenniveau halten. Hierfür sollte ehrenamtliches Engagement in besonderer Weise genutzt und gefördert werden.

Kindergarten: Mit Bildung so früh wie möglich und kindgerecht beginnen

Bildung muss so früh wie möglich kindgerecht beginnen. Kinder lieben die Herausforderung. Wir sollten daher nicht ihre Überforderung fürchten, sondern ihre Unter-

forderung vermeiden. Es bleibt aber dabei: Der Kindergarten ist keine Schule und wird auch in Zukunft nicht zum Schulersatz.

Wir wollen, dass

- das Land Hessen eine Koordinierungsaufgabe übernimmt, indem es mit den Trägern von Kinderbetreuungseinrichtungen und Grundschulen eine Vereinbarung trifft, die ein pädagogisches Gesamtkonzept definiert.
- der Besuch des Kindergartens weiterhin freiwillig ist. Ausländische Familien sind verstärkt zu ermutigen, ihre Kinder in den Kindergarten zu schicken, damit eine Benachteiligung vermieden wird.
- neben den Betreuungs- und Erziehungsauftrag des Kindergartens der gesetzlich vorhandene Bildungsauftrag stärker und allgemeiner als bisher beachtet wird. Dabei ist besonders auf die Sprachentwicklung durch Vorlesen, Erzählen, Singen etc., aber auch auf die Motorik zu achten. So führt der Kindergarten an die Grundschule heran, was durch vermehrte Zusammenfassung in Jahrgangsgruppen im letzten Kindergartenjahr unterstützt wird.
- ein Kindergartentagebuch angelegt wird, in dem festgehalten werden kann, an welchen Sequenzen oder Übungen ein Kind teilgenommen hat (etwa Sprach-, Gedächtnis-, Verkehrserziehungs- und Motorikübungen, aber auch praktische Grundfertigkeiten wie selbstständiges Essen, Anziehen, Hygieneverhalten) und wo weitere Gespräche und Anstrengungen gemeinsam mit den Eltern erforderlich sind.
- die Lehrpläne für die Erzieher(-innen)ausbildung modernisiert werden sowie ermöglichen, dass ein Teil der Erzieher(-innen) an einer Berufsakademie ausgebildet werden kann. In Aus- und Fortbildung ist auf Kooperation mit der aufnehmenden Grundschule hinzuwirken.
- der fließende Übergang zwischen Kindergarten und Grundschule, den die Eingangsstufe an Grundschulen darstellt, bewusster genutzt und schrittweise ausgeweitet wird. Hier können Entwicklungsdefizite am Beginn der Schulzeit behoben werden. Wir wollen Flexibilität sowohl, was das Einschulungsalter in diesem Bereich angeht, als auch unterschiedliche Geschwindigkeiten, in denen die Eingangsstufe durchlaufen werden kann.

Grundschule: Kinder an das lebenslange Lernen heranführen

Grundschulen sollen unsere Kinder an das Lernen heranführen, die Kulturtechniken Lesen, Schreiben, Rechnen vermitteln und auf den Besuch der weiterführenden Schulen bestmöglich vorbereiten.

Wir wollen, dass

- ein Grundschul-Kern-Curriculum erarbeitet wird, das für die einzelnen Jahrgangsstufen inhaltliche Mindeststandards vorgibt.
- ab dem Schuljahr 2003/2004 eine Stunde mehr Deutschunterricht in den beiden ersten Klassen erteilt wird.
- eine Ausweitung der Stundentafel erfolgt, um einerseits die Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben, Rechnen zu festigen und um andererseits aber auch den sportlichen, musischen und kreativen Bereich zu stärken.
- in den regulären Grundschulunterricht nur der aufgenommen werden kann, der über ausreichende Sprachkenntnisse verfügt, um dem Unterricht inhaltlich folgen zu können. In einem Stufenprogramm sollen massive Deutschprobleme bei deutschen Schülern und Schüler nicht-deutscher Muttersprache beseitigt werden. Es hat sich als richtiger und wichtiger Beitrag zur Integration herausgestellt, dass es vor Eintritt in die Grundschule eine Verpflichtung für ausländische Schüler gibt, ausreichende Deutschkenntnisse zu erwerben. Entsprechend besteht eine Verpflichtung für ausländische Eltern, die eigenen Deutschkenntnisse und die ihrer Kinder mit Unterstützung des Staates zu verbessern. Wenn 30% aller Zugewanderten keinen Schulabschluss erwerben, so ist dies nicht akzeptabel.
- im Sinne der Qualitätssicherung landesweite Orientierungsaufgaben in der Klasse 3 erarbeitet werden. Auch in Zukunft wird die Grundschule den Eltern eine Empfehlung für den Besuch weiterführender Schulen geben. Die Möglichkeit der Querversetzung in der ersten Hälfte des 5. Schuljahres bleibt bestehen. Beides hat sich zum Wohle der Kinder als sinnvoll erwiesen.

Sonderschule: Für ein selbständiges Lernen und Leben

Das differenzierte Sonderschulwesen in Hessen hat sich bewährt. Diese große Vielfalt gilt es nicht nur zu erhalten, sondern zu stärken, indem Sonderschulen zu Ganztagschulen ausgebaut und wie auch die anderen Schulen durch lokale Beratungs- und Förderzentren unterstützt werden.

Gemeinsamer Unterricht von lernbeeinträchtigten Kindern mit nichtbehinderten Kindern ist dann sinnvoll, wenn durch entsprechende sonderpädagogische Förderung die Lernziele der jeweiligen Regelschule erreicht werden können.

Wichtigstes Ziel der Sonderschulen muss es sein, die Kinder und Jugendlichen auf ein möglichst selbstständiges Leben vorzubereiten und weitmöglichst in das Berufs- und Arbeitsleben zu integrieren.

Wir wollen, dass

- es an Schulen Modelle gibt, in denen flexible und differenzierte Verfahren erprobt werden, um die Chancen lernschwacher Kinder in den Berufseinstieg zu verbessern. Dazu gehört für die CDU Hessen der Ausbau regionaler Netzwerke aus Schule, Elternhaus, Betrieb, Berufsverbände und Arbeitsverwaltung. Entscheidend sind entsprechend angepasste Entlohnungssysteme.
- ab Klasse 7 ein berufswahlvorbereitender Unterricht erteilt wird mit Praxistagen, Betriebspraktika und Langzeitpraktika, und es eine Modulausbildung sowie den Erwerb von Teilqualifikationen mit Zertifikat gibt.

Hauptschule: Kooperation zwischen Schule und Wirtschaft

Die CDU Hessen bekennt sich uneingeschränkt zur Notwendigkeit, einer guten Hauptschule und ihrer entsprechenden Förderung.

Wir wollen, dass

- der Bildungsgang Hauptschule weiter so gestärkt wird, dass er für Schüler, Eltern, Lehrer und Arbeitgeber noch attraktiver wird.
- das Hauptschulförderprogramm konsequent fortgesetzt wird.
- eine gezielte Hauptschulpädagogik weiter entwickelt wird. Dazu gehört der weitere Ausbau des schulischen Profils, die Verstärkung der Studentafel und

Zusatzangebote für leistungsstarke Hauptschüler, auch um den Übergang in die Realschule zu erleichtern.

- der Praxisbezug durch Praxistage, Betriebspraktika und praxisorientierte Projektprüfungen verstärkt wird.
- Haupt-, Real- und Berufsschule stärker verzahnt werden.
- das Zusammenwirken von Schule und Wirtschaft weiter verstärkt wird. In Zukunft soll es jährlich landesweite Aktionen geben „Wirtschaft trifft Schule“ und „Ideenbörse Wirtschaft-Schule“.
- vergleichbare Abschlussprüfungen für die Hauptschule eingeführt werden.

Realschule: Stärkung durch qualifizierende Abschlüsse

Die Realschule vermittelt ihren Schülerinnen und Schülern eine lebensbezogene und vertiefende Allgemeinbildung und ermöglicht ihnen gleichzeitig, entsprechend ihren Leistungen und Neigungen individuelle Schwerpunkte zu setzen. Sie qualifiziert die Schülerinnen und Schüler sowohl zu einem berufsbezogenen Schulabschluss als auch zum Übergang in eine schulische Weiterbildung. Sie hat ein wichtiges eigenständiges Profil.

Wir wollen, dass

- das Profil der Realschule weiter gestärkt und aufgewertet wird durch qualifizierende Abschlüsse.
- über Zusatzangebote für leistungsstarke Realschüler der Übergang in das Gymnasium erleichtert wird
- vergleichbare Abschlussprüfungen für die Realschule eingeführt werden.
- zur Stärkung der Fremdsprachenkompetenz schon ab dem 6. Schuljahr eine zweite Fremdsprache als Wahlpflichtfach angeboten wird.
- der Umgang mit moderner Informationstechnologie in der Studentafel verankert wird.

Gymnasium: Mit hessischem Abitur in 12 Jahren zum Erfolg

Das Gymnasium dient der Erlangung der allgemeinen Hochschulreife. Das Abitur soll auch weiterhin Kriterium für die Aufnahme eines Studiums sein.

Wir wollen, dass

- am Ende der Legislaturperiode an allen hessischen Gymnasien die Schüler ihr Abitur nach 12 Schuljahren auf solider qualitativer Basis absolvieren.
- Hochbegabte und Eliten im Sinne von deren besonderer gesamtgesellschaftlicher Verantwortung gefördert werden.
- das Abitur durch zentral gesteuerte Elemente zu einer vergleichbaren Abschlussprüfung wird.

Gesamtschule: Breites Bildungsangebot erhalten

Für kooperative Gesamtschulen, die sich bewährt haben und die einen Beitrag zum wohnortnahen Bildungsangebot leisten, gilt inhaltlich das, was für Haupt- und Realschule sowie Gymnasium ausgeführt wurde.

Integrierte Gesamtschulen, die sich hessenweit sehr differenziert entwickelt haben, gehören für die CDU Hessen zu einem breiten Bildungsangebot. Sie führen zu den selben Abschlußprüfungen und Übergängen wie die gegliederten Schulen. Ihre Schüler verdienen die gleiche Aufmerksamkeit und Förderung wie die anderen Schulformen.

Es wird in Hessen aus ideologischen Gründen keine Privilegierung einzelner Schulformen geben, da jeder Schüler das gleiche individuelle Recht auf Förderung hat.

Berufsschule: Duale Ausbildung ist ein eindeutiger Standortvorteil

Das duale Ausbildungssystem ist ein eindeutiger Standortvorteil Deutschlands. Staat, Unternehmen und Berufliche Schulen sind gleichermaßen verantwortlich dafür, dass dieses vorbildliche System nicht zerstört, sondern weiter ausgebaut wird. Die zeitangepasste, schnelle Ausprägung neuer Berufsbilder sichert die Chancen der beruflichen Bildung im Rahmen des globalen Wettbewerbes.

Wir wollen

- die Berufsbildenden Schulen mit den Arbeitsmarkteinrichtungen verzahnen.
- die beruflichen Vollzeitschulen Berufs-, Berufsfachschulen (BFS), Fachoberschulen (FOS), Berufliche Gymnasien (BG) fördern, da sie Garant für die Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung sind und zur Durchlässigkeit im Bildungswesen beitragen.
- die Fachschulstandorte stabilisieren, damit dem Mangel an qualifizierten Fachkräften (zum Beispiel Technikern) in Wirtschaft und Industrie entgegengewirkt wird. Eine praxisorientierte Weiterbildung wird damit sichergestellt.
- zusätzliche qualifizierende Maßnahmen für leistungsschwächere Jugendliche (z. B. sonderpädagogische Fördermaßnahmen, Erziehungs- und Eingliederungshilfen, die Ausbildung begleitende Stützkurse) anbieten. Für eine spätere Berufsausbildung müssen Ausbildungsinhalte so in die Fördermaßnahmen integriert werden, dass sie auf die Berufsausbildung angerechnet werden können. Erworbene Teilqualifikationen sind jeweils zu zertifizieren. Hinsichtlich der Inhalte ist der Theorieanteil auf ein erforderliches Maß zu reduzieren.
- die Wirtschafts- und Arbeitnehmerverbände weiterhin dazu auffordern für leistungsschwächere Jugendliche ohne oder mit schlechtem Schulabschluß Berufsbilder für sogenannte einfache Tätigkeiten zu entwickeln.
- für leistungsstarke Auszubildende die Ausbildung in anerkannten Berufen mit dem Erwerb geeigneter Zusatzqualifikationen verknüpfen(z. B. Fachhochschulreife, Fremdsprachen, vertiefte EDV-Kenntnisse, berufsfeldübergreifende Qualifikationen, Betriebsassistentenmodell, Fortbildung während der Ausbildung).
- in Abstimmung mit der Wirtschaft eine optimale Organisation des Berufsschulunterrichtes anstreben.
- die Ausstattung der Berufsbildenden Schulen mit moderner Technik sowie die Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte auf aktuellem Stand von Wissenschaft, Technik und Gesellschaft verbessern.

- langfristig die eigenständige Personal- und Finanzverantwortung der Beruflichen Schulen.
- Auslandspraktika von Schülerinnen und Schülern Beruflicher Schulen, um deren Chancen im Zeitalter der Globalisierung zu erhöhen
- eine stetige Überprüfung und schnellere Anpassung der vielfältigen Ausbildungszweige in den Berufen, Berufsfeldern und Schulformen entsprechend der Entwicklung in der Wirtschaft.
- die Kooperation zwischen Beruflichen Schulen und berufsständischen Organisationen aktiv fördern. Dazu gehören auch die gemeinsame Bereitstellung und Nutzung von Ressourcen (z. B. Fachräume und Maschinen).
- die ländlichen, stark differenzierten Beruflichen Schulen jeweils mit Schwerpunkten erhalten und in vernünftigen Größenordnungen fördern, damit sich die Nähe zum Ausbildungsplatz mit den qualitativen Anforderungen verbindet.
- ein Schulinformationssystem im Internet entwickeln und bereitstellen, um das vielfältige Bildungsangebot Berufsbildender Schulen in Hessen transparent zu machen.
- alle Möglichkeiten (z.B. Lehrstellenaktionen, Verbundausbildungen, vollschulische Berufsausbildungen in marktbezogenen und notwendigem Umfang wie etwa die Assistentenausbildung) ausschöpfen, um allen Jugendlichen eines Jahrganges eine Berufsausbildung anbieten zu können.

Gute Lehrer braucht das Land

Über den Erfolg oder Misserfolg schulischer Bildung entscheiden nicht nur die Schüler, sondern neben bestimmten Rahmenbedingungen vor allem die Pädagogen. Denn Lehrer sind Vorbilder in unserer Gesellschaft und für unsere Kinder. Deshalb ist es wichtig, die Lehrerschaft in ihrer Gesamtheit deutlich zu unterstützen. Die CDU ist sich bewusst, dass die Belastung des Lehrerberufs in den vergangenen Jahren gestiegen ist, deshalb müssen die Arbeitsbedingungen verbessert und die Arbeitsbelastungen reduziert werden. Gleichzeitig müssen andere Anforderungen an die Lehrkräfte hinsichtlich ihrer Eignung, ihrer Qualifikationen und Fertigkeiten gestellt und die Aus, Fort und Weiterbildung verbessert werden.

Wir wollen, dass

- eine „anreizorientierte“ Bezahlung von Lehrkräften eingeführt wird. Dies bedeutet die Einführung von Leistungszulagen, das Vorrücken in besoldungsrechtlichen Stufen bei entsprechender Leistung und eine Verbesserung der Relation von Beförderungsstellen.
- sich die gestiegenen Anforderungen an die hessischen Schulleitungen in neuen Modellen für alle Schulformen mit entsprechenden Kompetenzerweiterungen und Verbesserungen der Arbeitsvoraussetzungen und finanziellen Anreizen für Schulleitungen widerspiegeln.
- Schulleitungen und Kollegien die Möglichkeit erhalten, kurzfristig disziplinarische Maßnahmen gegen störende, gewaltbereite Jugendliche und Schulschwänzer ergreifen zu können. Der Maßnahmenkatalog ist entsprechend auszuweiten, im Verfahren zu vereinfachen und rechtlich abzusichern.

Ausbildung und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern stärken

Die CDU Hessen steht für eine moderne und zukunftsorientierte Lehrausbildung und Lehrerfortbildung.

Wir wollen, dass

- das zusätzliche Engagement der Studienseminare und Mentoren bei der Ausbildung der deutlich erhöhten Zahl von Referendaren leistungsorientiert honoriert wird.
- die Referendarbesoldung zeitgemäß ausgestaltet wird. Die CDU Hessen setzt sich deshalb für eine bedarfsorientierte "Hessenzulage" für Referendare in "Mangelfächern" ein, um die Attraktivität entsprechender Referendarstellen in Hessen zu steigern.
- die erste und zweite Ausbildungsphase wie auch Fort- und Weiterbildung bei künftigen Lehrern enger miteinander verzahnt werden. Dazu gehören verstärkt rechtzeitige Schulpraktika während des Studiums, die einen Beitrag zur Berufsfindung leisten sollen. Neben fachwissenschaftlichen Aspekten sind auch verstärkt praxisbezogene pädagogisch-didaktische Studieninhalte zu vermit-

teln. Die Rückkoppelung der pädagogischen Erfahrungen aus der Schulpraxis in Richtung Hochschule muss intensiviert werden.

- sich die Grundschullehrerausbildung stärker auf die Grundschulfächer und die Klassenlehrerfunktion konzentriert.
- das Nachwuchsmanagement für den Lehrerberuf weiter verbessert wird, so dass wir in Hessen vermehrt qualifizierte junge Menschen für diesen Beruf gewinnen.
- alle Lehramtsstudenten bzw. Referendare frühzeitig hinsichtlich ihrer Eignung und Qualifikation für den Lehrerberuf beurteilt und beraten werden, um sie bei ihrer Berufswahl zu unterstützen und sicherzustellen, dass die künftigen Lehrkräfte für ihren Beruf besonders geeignet, gut ausgebildet und hoch motiviert sind, damit sie ein hohes Maß an Berufserfolg erreichen.
- Lehrkräfte vermehrt im Rahmen eines Personalentwicklungskonzeptes ausgewählt, aus-, fortgebildet und gefördert werden.
- die Lehrerbildung im Grund- und Primarbereich in eigenen pädagogischen bzw. erziehungswissenschaftlichen Fakultäten zusammengefasst wird und dass andere Fachbereiche sich dann "kundenorientiert" am Bedarf der Lehrerbildung ausrichten müssen.
- die gezielte Fortbildung von Lehrern im Multiplikatorensystem, die eingeleitet wurde, konsequent ausgebaut wird, die schuleigene Fortbildung verstärkt und zusätzlich auf externen Sachverstand zurückgegriffen wird. Dazu müssen schuleigene Fortbildungsbudgets zur Verfügung gestellt werden.
- die Rolle der Schulaufsicht neu definiert wird. Schulaufsicht muss in Zukunft mehr als bisher im Sinne der Beratung bei schulinterner Qualitätsverbesserung, aber auch als Kontrolle von außen verstanden werden und der Qualitätssicherung dienen.

Zukunftsmodell Hochschule: Für Wissens- und Leistungsträger

Um im Wettbewerb um die besten Wissens- und Leistungsträger weiterhin erfolgreich bestehen zu können, genießt die Förderung von Hochschulen und Wissenschaft auch zukünftig Priorität für die CDU Hessen.

Die CDU Hessen bleibt Partner der Hochschulen und Wissenschaft und wird die hessischen Hochschulen auf ihrem Weg, die ihnen eingeräumten Selbstverwaltungsmöglichkeiten auszubauen und zu nutzen, beratend begleiten und weitere Selbstverwaltungsbestrebungen unterstützen. Nur so können Hochschulen und Wissenschaft dem internationalen Wettbewerb einerseits und ihrer regionalen Verantwortung andererseits in optimaler Weise gerecht werden.

Wir wollen, dass

- die Mobilität von Lehrenden und Studierenden durch vergleichbare Abschlüsse in der europäischen Hochschullandschaft weiter erhöht wird, um auch so den „Bologna-Prozess“ voranzutreiben.
- vor dem Hintergrund von Bachelor- und Masterstudiengängen und dem Aufbau eines European-Credit-Transfer-Systems, an den hessischen Hochschulen in großen Maße Qualitätssicherung stattfindet. Entsprechende Maßnahmen des Qualitätsmanagements, wie etwa Akkreditierung und Evaluation sind zu forcieren. Die Evaluationsergebnisse sollen nach einer Übergangsphase veröffentlicht werden.
- die Frauenförderung und Wege des „Gender Mainstreaming“ in den Hochschulen wie auch in der übrigen Forschung verstärkt wird, weil wir nur so die Konkurrenz um die besten Lehrenden und Studierenden erfolgreich bestehen können.
- Hochschulmarketing in Zukunft eine entscheidende Größe wird.
- die Studienberatung optimiert wird, um die hohen Studienabbrecherquoten zu senken.
- der bereits in der letzten Legislaturperiode begonnene Weg der leistungsorientierten Zuweisung staatlicher Mittel an die hessischen Hochschulen konsequent weiter beschritten wird.
- die Hochschulen eigenständig Finanzmittel einwerben und verwalten können, insbesondere durch:
 - Hochschulsponsoring,
 - die vermehrte Schaffung von Stiftungsprofessuren,
 - Werbung um Stiftungskapital,
 - die Kooperation mit Unternehmen.

- der Ausbau des Stipendiatswesens forciert wird. Die Errichtung einer Hessischen Stipendiatsanstalt ist ebenso zu prüfen wie die eines Darlehenssystems.
- Studiengebühren für Langzeitstudenten eingeführt werden. Ein generelles Verbot von Studiengebühren lehnen wir ausdrücklich ab. Darüber hinaus werden wir eine Debatte auf der Bundesebene über neue Wege der Bildungsfinanzierung führen, die BAföG, Bildungssparen, Bildungsdarlehen, Gebühren bei einkommensabhängiger Darlehensrückzahlung sowie Freiplätze für Begabte und Bedürftige einbezieht.
- die Universität Darmstadt ihre Stellung als „Modelluniversität“ auch in Zukunft behält. Sie soll Vorreiter bei der landesweit beabsichtigten Übertragung der Bauherreneigenschaft und der Dienstherreneigenschaft auf die Universitäten sein.
- die Zentrale Vergabestelle für Studienplätze (ZVS) abgeschafft wird, weil sie einem Wettbewerb der Hochschulen im Wege steht. Studierende sollen sich ihre Hochschule aussuchen können und die Hochschulen sollen Einfluss auf die Auswahl ihrer Studierenden nehmen können.
- das Abitur die Zugangsvoraussetzung für ein Hochschulstudium bleibt und zusätzlich den Hochschulen die Möglichkeit eingeräumt wird, ergänzende Eignungsgespräche zu führen, die in ein Punktesystem einfließen, das über die endgültige Eignung entscheidet. Ein eventuell negativer Verlauf des Eignungsgesprächs kann die Aufnahme des Studiums nicht unmittelbar verhindern. Durch eine entsprechende Gewichtung bedeutet es aber eine höhere Hürde für den endgültigen Verbleib im Studiengang. Der Studienanfänger hat die Chance, durch das Gespräch frühzeitig abzuwägen, ob er trotz eines negativen Eignungsgesprächs und dadurch notwendiger Zusatzleistungen zur Erreichung der notwendigen Punktzahl dieses Studiums dennoch aufnimmt und binnen zwei Semestern durch Erlangen der Punkte seine Eignung nachzuweisen versucht oder aber sich direkt umorientiert.
- die Hochschul- und Wissenschaftsverwaltung in Hessen zu Dienstleistungseinrichtungen umgewandelt werden. Insbesondere soll sich die Wissenschaftsverwaltung des Landes noch stärker auf die Beratung der Hochschulen konzentrieren. Sollte die Wissenschaftsverwaltung die Beratung nicht über-

nehmen, wird ein „Beirat für Hochschulen und Wissenschaftsfragen“ eingerichtet. Im Rahmen der Wissenschaftsentwicklung ist dessen Funktion die Vernetzung aller wissenschaftlichen Potenziale.

- die Hochschulräte gestärkt werden. Über ihre beratende Funktion hinaus werden sie an den Hochschulen das Aufsichtsorgan.
- die studentische Mitverwaltung neu organisiert wird. Anstelle der heutigen eigenen Zwangskörperschaft „Verfasste Studentenschaft“ soll eine Studentenkonzferenz treten, die formal einen Unterausschuss des Senats darstellt. Die Studentenkonzferenz wählt einen Studentensprecher und kann einen zusätzlichen Vorstand mit Referenten wählen.
- die Studienstrukturreform fortgesetzt wird. Hierzu hat jede Hochschule die von ihr verfolgten Perspektiven bis 2010 festzulegen. Gleichzeitig soll eine unabhängige Studienstrukturkommission am selben Ziel arbeiten. Die Ergebnisse werden vom Land evaluiert und zu einer Entwicklungsstrategie zusammengeführt. Dieses Projekt soll bis Ende 2003 abgeschlossen sein.
- im Sinne eines echten Wettbewerbs zwischen Hochschulen eine stärkere finanzielle Förderung privater Hochschulen erfolgt. Hierbei ist das Angebot der privaten Hochschulen in die Hochschulentwicklungsplanung des Landes mit einzubeziehen. In den Fällen, in denen private Hochschulen Studieninhalte, die denen staatlicher Einrichtungen entsprechen, bei gleicher oder besserer Qualität kostengünstiger und effizienter anbieten, ist diesen der Vorzug zu geben.
- Bildungsregionen durch –auch länderübergreifende- Hochschulkooperationen aufgebaut werden. Insbesondere soll die Rhein-Main-Region zu einem internationalem Wissenschaftszentrum werden.
- die Profilschärfung der einzelnen Hochschularten verstärkt wird. In den letzten Jahrzehnten wurden Universitäten und Fachhochschulen von ihrer Ausrichtung immer mehr einander angenähert. Effektiver und sinnvoller ist es, den Leistungsdifferenzierungen gerecht zu werden. Universitäten sollen vorrangig den wissenschaftlichen Nachwuchs ausbilden und sich auf die forschungsorientierte Ausbildung für berufliche Tätigkeiten außerhalb von Forschung und Lehre konzentrieren. Aufgabe der Fachhochschulen ist es, eine wissenschaft-

lich geprägte, an der Praxis orientierte Ausbildung auf hohem Niveau für den Arbeitsmarkt zu übernehmen.

- die Durchlässigkeit zwischen Fachhochschulen und Universitäten über Bachelor- und Masterstudiengänge erhöht wird, um hervorragenden Studenten jederzeit eine optimale Nutzung ihrer Begabung zu gewährleisten. Dies gilt auch im Bereich der Lehrenden, d.h. der Dozenten und Professoren. Langfristig wird über ein Punktesystem und modulares Curriculum ein fließender Übergang von der Fachhochschule an die Universität ermöglicht, wobei bestimmte Marken im Punktesystem einem entsprechenden Abschluss gleichkommen. Auf diese Weise rücken wir unserem Ziel international vergleichbarer Abschlüsse näher.
- in Hessen verstärkt Berufsakademien eingerichtet werden. Diese verbinden in idealer Weise Praxis und Theorie. Praxisorientierte, wirtschaftsnahe und zugleich wissenschaftsbezogene Ausbildungsgänge sind zukunftsweisend und eine Alternative zum klassischen Hochschulstudium. Wir setzen deshalb auch auf eine verstärkte finanzielle Förderung von Berufsakademien. Diese müssen als Bestandteil einer nachfrageorientierten, differenzierten Hochschullandschaft den Status von Hochschulen erhalten.
- die Virtualisierung von Studiengängen gefördert wird. Diese sollten von den einzelnen Hochschulen vernetzt angeboten werden, um so die Innovationsregion Hessen zu entwickeln bzw. zu stärken.
- die Universitätsbibliotheken zukünftig vermehrt Material auch online zugänglich machen. Somit können wissenschaftliche Werke ständig aktualisiert angeboten werden.
- die Einbindung von Vereinigungen Ehemaliger (Alumni) gefördert und ausgebaut wird. Bisher wurde die Alumni-Arbeit durch datenschutzrechtliche Bedenken erschwert. Es ist daher erforderlich, im HHG eine Ermächtigungsgrundlage für die Hochschulen zu schaffen, um entsprechende Daten zu erheben und zu verarbeiten. Ferner soll ein Alumni-Vertreter als Mitglied des jeweiligen Hochschulrats berufen werden.
- das Studentenwerkgesetz novelliert wird, auch um verstärkt preiswerten studentischen Wohnraum schaffen zu können.

- eine Vielzahl von Qualifizierungswegen zu einer Professur führen können. Die von der rot-grünen Bundesregierung vorgenommene obligatorische Abschaffung der Habilitation lehnen wir ab.
- als Antwort auf die Besoldungsreform des Bundes eine gemeinsame Arbeitsgruppe zur Neugewinnung wissenschaftlichen Nachwuchses gegründet wird, die aus Vertretern der Hochschulen sowie externen Gutachtern und Beratern besteht.
- zur Festlegung der zukünftigen Rechtsform hessischer Hochschulen ein „Forum Hochschulentwicklung“ eingerichtet wird, das bis 2005 der Landesregierung Vorschläge unterbreitet.
- exzellente Forschung an den Hochschulen in Hessen gefördert wird. Dies gilt sowohl für die hochschulische wie auch außerhochschulische Forschung. Zwischen beiden Forschungsbereichen sind Kooperationen zu forcieren und ebenso wie durch das Zusammenwirken mit Unternehmen der freien Wirtschaft, Forschungs- und Entwicklungsnetzwerke zu schaffen.
- die Abwanderung hochqualifizierter Wissenschaftler ins Ausland gestoppt wird und Nachwuchswissenschaftler attraktive Forschungsbedingungen hierzulande vorfinden.

Zukunftsmodell Weiterbildung: Für ein lebensbegleitendes Lernen

Der Weiterbildungsmarkt als „vierte Säule des Bildungswesens“ verspricht für die Zukunft überragende Zuwachsraten, denn die Herausforderungen der Globalisierung und Deregulierung sowie gravierende technologische Umwälzungen in der Informationsgesellschaft verlangen von den Bürgerinnen und Bürgern ein lebensbegleitendes Lernen.

Der Weiterbildungsmarkt umfasst die Fort- und Weiterbildung in Wissen und Technik, die personale Bildung, die politische Bildung und die Qualifizierung des Ehrenamts. Die Angebote der Fort- und Weiterbildung sind als Anreiz zu verstehen, sich auf Veränderungen einzulassen und dabei die eigene Persönlichkeit weiter zu entwickeln, denn zusätzliche Abschlüsse, Zertifikate und Qualifikationen, helfen den Menschen, ihre derzeitige Tätigkeit zu sichern und sich auch an der Gestaltung der Gesellschaft zu beteiligen.

Hierbei ist ihnen die CDU Hessen ein verlässlicher Partner, denn wir kümmern uns um qualitativ hochwertige Weiterbildungsangebote.

Wir wollen

- die eingeleiteten strukturellen Veränderungen zur Fortentwicklung des Weiterbildungssystems – bei gleichzeitiger Verkürzung der Erstausbildungszeiten - auch in Zukunft unterstützen und vorantreiben.
- über Zielvereinbarungen Anreize für die Hochschulen schaffen, stärker in diesem Bildungssegment aktiv zu werden. Deshalb müssen u.a. alle durch solche Aktivitäten eingenommenen Mittel den Hochschulen verbleiben. Um die Nachfrage an den Hochschulen zu stärken, müssen berufsbegleitende, kostendeckende Teilzeitstudiengänge eingerichtet werden.
- für berufliche Schulen die rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen, um ihnen über Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen neue Einnahmemöglichkeiten zu öffnen und sie in diesen Bereichen zu regionalen Kompetenz- und Qualifikationszentren auszubauen.
- die Weiterbildungsmaßnahmen von Hochschulen, beruflichen Schulen und sonstigen Weiterbildungseinrichtungen aufeinander abstimmen, um so regionale Netzwerke für Weiterbildung zu schaffen, denn Weiterbildung wird zunehmend ein wichtiger Faktor von Beschäftigung und Regionalentwicklung. Der neu eingerichtete Innovationspool „Weiterbildung“, die Fachkommission „Innovation“ und das Programm „lernende Regionen“ erschließen dabei schon jetzt neue, produktive Formen der Kooperation von Einrichtungen der Bildungspraxis und der Wissenschaften, die helfen, ein Aus- bzw. Weiterbildungsangebot auch in der Fläche verfügbar zu machen.
- ein zentrales Informationssystem „Weiterbildung“ einrichten, mit Daten und Aussagen zu Trägern, Angeboten, Teilnahme, Finanzierung und Prognosen, um so die Angebotsstruktur und Bedeutung der Weiterbildung für Anbieter, Nachfrager und politische Entscheidungsträger deutlich zu machen. Gleichzeitig bedarf es einer öffentlichen Debatte über den Weiterbildungsbericht Hessen.



- das neue Weiterbildungsgesetz mit Blick auf Bildungsurlaub, betriebliche Weiterbildung und die Weiterbildung an Hochschulen und Berufsschulen schrittweise erweitern.

2. Sicherheit als Bürgerrecht für Alle

Unsere freiheitliche Gesellschaft benötigt Sicherheit und Ordnung als Grundlage für die freie Entfaltung der Menschen. Sicherheit und Freiheit sind zwei Seiten derselben Medaille. Deshalb genießt die Innere Sicherheit als herausragendes Bürgerrecht bei uns höchste Priorität. Die Bürger haben einen Anspruch auf Sicherheit. Wir machen Hessen zum Sicherheitsland Nummer 1.

Bereits in dieser Legislatur ist eine Trendumkehr erreicht worden. Während im Jahr 2001 im Bund die Straftaten noch zugenommen haben, hat sich in Hessen die Entwicklung um 2,5% vermindert. Besonders auch die für das subjektive Sicherheitsgefühl relevanten Straftaten sind in Hessen erheblich zurückgegangen. So hat sich die Zahl der Diebstähle in oder aus Wohnungen von 18.900 im Jahr 1998 auf etwas über 14.000 im Jahr 2001 verringert.

Wir haben den konsequentesten Strafvollzug in Deutschland eingerichtet und damit ein klares Signal für potentielle Straftäter gesetzt, indem wir Privilegien für Straftäter abgebaut haben. So wurde z.B. die Zahl der gewährten Hafturlaube im geschlossenen Strafvollzug von rund 3.000 im ersten Halbjahr 1998 auf 1.037 im ersten Halbjahr 2001 gesenkt, eine Reduktion auf rund ein Drittel. Und noch wichtiger – im gleichen Zeitraum ist die Zahl der Missbräuche bei gewährtem Hafturlaub sogar auf ein Zehntel gesunken!

Dies war nur möglich durch die hohe Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich der Polizei, der Justiz, des Verfassungsschutzes und anderer Behörden und Institutionen der Inneren Sicherheit. Die hessische Landesregierung hat in diesem Bereich weit überproportional Mittel zur Verfügung gestellt – und damit auch dokumentiert, dass sie die Leistungen in diesem Bereich sehr hoch schätzt und anerkennt.

Aber das Verbrechen kennt keinen Stillstand, immer neue Sicherheitslagen erfordern immer schnellere und immer entschiedener Reaktionen. Es bleibt deshalb dabei: Für die Freiheit und Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger arbeiten wir entschlossen weiter.

Versprochen – Gehalten

Wir haben Wort gehalten. Konsequenterweise haben wir unser Wahlprogramm von 1999 sowie weitere notwendige Maßnahmen umgesetzt und damit rot-grüne Versäumnisse der Vergangenheit beseitigt. Der Erfolg dieser Politik ist auch messbar. Seit dem Amtsantritt der CDU/FDP-Landesregierung ist die Kriminalität in Hessen gesunken. Gleichzeitig hat die Aufklärungsquote mit einem Anstieg von 47,4% auf 48,6% einen Rekordstand erreicht.

Wir haben

- konsequent neue Methoden zur Verbrechensbekämpfung eingeführt.
- verdachts- und ereignisunabhängige Kontrollen (sog. Schleierfahndung) gesetzlich verankert und mit großem Erfolg durchgeführt. Wir haben damit der Polizei ein neues Instrument gegeben, gegen grenzüberschreitende Kriminalität, wie Drogen und Menschenhandel, Waffenschmuggel und Bandenkriminalität vorzugehen. Allein 886 Festnahmen im Jahr 2001 gehen darauf zurück und zeigen den Erfolg dieser Maßnahmen. Durch die Einführung der Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten (derzeit in Hofheim, Frankfurt am Main, Fulda, Limburg und Gießen), wurde die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger an den überwachten Plätzen deutlich erhöht. An der Konstablerwache in Frankfurt sank die Zahl der Rauschgiftdelikte sogar um 35%. Hessen ist das erste Bundesland, das auch den Kommunen die Möglichkeit der Videoüberwachung einräumt. Die CDU strebt an, zukünftig verstärkt gemeinsam mit den Kommunen den Einsatz von Videoüberwachungsanlagen an geeigneten Orten auszubauen.
- den Unterbindungsgewahrsam verlängert und somit dafür gesorgt, dass im Vorfeld von Störungen und Krawallen Randalierer und Gewalttäter von Veranstaltungen ferngehalten werden können. Bekannte Rädelsführer können nun bis zu sechs Tagen arrestiert werden, um Straftaten und erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit vorzubeugen. Wir haben eine „Wegtragegebühr“ für Demonstranten eingeführt, die sich in illegaler Form an Sitzblockaden beteiligen. Dadurch soll den Demonstranten die Lust genommen werden, die Einsätze der Polizei zu behindern. Neben den strafrechtlichen Möglichkeiten wird so ein weiteres Sanktionsmittel zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung geschaffen.

- den Verfassungsschutz um rund 20 Stellen verstärkt. Unter der rot-grünen Vorgängerregierung wurde der Verfassungsschutz sowohl personell als auch finanziell drastisch geschwächt. Diese Fehlentscheidung wurde korrigiert. 20 neue Mitarbeiter sind zur Bekämpfung des Terrorismus und der Organisierten Kriminalität eingestellt worden. Darüber hinaus wird der Haushaltsansatz für Sachmittel um jeweils eine halbe Million Euro jährlich erhöht.
- nach nahezu zehn Jahren in Hessen der Öffentlichkeit erstmals wieder einen Verfassungsschutzbericht vorgestellt. Außerdem wurde dem Verfassungsschutz als zusätzliche Beobachtungsaufgabe im Rahmen einer umfassenden Kriminalitätsbekämpfung auch die Beobachtung der Organisierten Kriminalität übertragen.
- zur Verbesserung und effektiveren Vorbeugung und Bekämpfung von Straftaten mit Baden-Württemberg und Thüringen Sicherheitskooperationsverträge abgeschlossen. In diesen Verträgen sind unter Einbeziehung auch der staatlichen Ordnungsbehörden, der Arbeitsbehörden und der Ausländerbehörden die Voraussetzungen für die intensivere unmittelbare länderübergreifende Zusammenarbeit der Polizeibehörden ermöglicht und geregelt worden.
- die größte Ausstattungs- und Modernisierungsoffensive in der Geschichte der hessischen Polizei durchgeführt. Allein mit dem Sicherheitspaket Hessen für die Jahre 2002 bis 2004 werden 200 Mio. € nicht nur zur Verbesserung der Sachausstattung der Polizei, sondern auch für den Verfassungs- und Katastrophenschutz zur Verfügung gestellt.
- 10.200 neue Computer in die Polizeidienststellen gebracht und die völlig veraltete IT-Ausstattung der Polizei beendet. Mittlerweile verfügt jeder Sachbearbeiter über einen Computer. Wir haben das teure Trauerspiel um den falschen hessischen Sonderweg beim Fahndungssystem HEPOLAS beendet und das System POLAS entwickelt, das bereits jetzt aufgrund seiner Zukunftsfähigkeit nicht nur vom Bundeskriminalamt, sondern auch von fast allen anderen Bundesländern übernommen worden ist. Mit COMFOR verfügt die hessische Polizei jetzt über das modernste Polizeiarbeitsplatzsystem der Republik.
- mit der Anschaffung von 1.300 neuen Polizeifahrzeugen eine weitere rot-grüne Hinterlassenschaft aufgearbeitet. Der Fuhrpark der hessischen Polizei

war hoffnungslos überaltert. Wir haben dafür gesorgt, dass in Hessen Einsatzfahrzeuge der Polizei nicht älter als fünf Jahre sind.

- für mehr Sicherheit der Polizeibeamten gesorgt, z.B. durch die Ausstattung der Polizisten des Landes mit insgesamt 13.800 leichten ballistischen Unterziehschutzwesten.
- die Polizeiorganisation entschieden modernisiert. Die bisherige Polizeiorganisation wurde von 28 Behörden und Einrichtungen auf 11 gestrafft, durch den Abbau von Hierarchieebenen, die Bündelung von Stabs- und Querschnittsaufgaben und der Vermeidung von ressourcenbindender Doppelarbeit werden mehr Polizisten für den Dienst auf der Straße freigesetzt.
- die als skandalös zu bezeichnende Ausbildungspolitik der Vorgängerregierung beendet und die Ausbildungskapazitäten der Polizei bedarfsgerecht von 350 in den Jahren 2001 bis 2004 gestaffelt auf 850 Stellen pro Jahr erhöht. Die Einstellung von bis zu 130 Angestellten bei der Polizeiverwaltung trägt zur weiteren Entlastung der Vollzugspolizei bei.
- mit der flächendeckenden Einführung der Wachpolizei und der Einstellung von 360 Wachpolizisten ebenfalls erheblich dazu beigetragen, dass die Vollzugspolizei spürbar entlastet wird.
- mit dem neuen Freiwilligen Polizeidienst für die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit geschaffen, sich ehrenamtlich aktiv an der Erfüllung polizeilicher Aufgaben zu beteiligen. Gerade dort, wo die hauptberufliche Polizei häufig nicht ständig präsent sein kann, können engagierte Bürger als freiwillige Polizeidienstleistende gerade das subjektive Sicherheitsgefühl stärken. Dies gilt insbesondere abends in Fußgängerzonen, in Parks, zur Kontrolle von Spielplätzen etc. Das Pilotprojekt „Freiwilliger Polizeidienst“ wurde sehr erfolgreich erprobt und wird daher nun landesweit eingerichtet. Unter dem Motto „Präsenz zeigen – beobachten – melden“ soll deshalb der „Freiwillige Polizeidienst“ künftig auch Zivildienstleistenden zur Ableistung ihres Ersatzdienstes offen stehen. Junge Männer können hier ihren Dienst für die Gesellschaft leisten, indem sie sich für das wertvolle Gut „Sicherheit“ engagieren.
- die Anstrengung für Prävention und die Einbeziehung des kommunalen und ehrenamtlichen Engagements gestärkt. Wir sind der Überzeugung, dass die beste Kriminalitätsbekämpfung die Vermeidung von Straftaten ist. Deshalb

schaffen wir Netzwerke gegen Gewalt. Wir wollen damit fortfahren, in Hessen ein Klima zu schaffen, in dem die Entstehung von Kriminalität frühzeitig erkannt und präventiv angegangen wird.

- bei den Kommunen die Zuständigkeit begründet, Präventionsarbeit zu leisten. Dies ist einzigartig in Deutschland und zeigt den Stellenwert, den wir der kommunalen Prävention zuordnen. Nirgends können Probleme und Fehlentwicklungen besser und früher erkannt werden als in der Kommune. In Hessen haben sich mittlerweile ca. 100 Kriminalpräventionsräte auf kommunaler und Kreisebene gebildet. Sie leisten erfolgreiche Arbeit und sind ein geeignetes Bindeglied zwischen denjenigen, die sich hauptberuflich mit Fragen der Sicherheit beschäftigen und den ehrenamtlich Tätigen.
- die hessische Justiz wieder auf den richtigen Weg gebracht. Der Stellenabbau bei Richtern und Staatsanwälten wurde sofort gestoppt. Es wurde eine staatsanwaltschaftliche Eingreifreserve zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität geschaffen.
- rot-grüne Erlasse, die die Justiz behindert haben, aufgehoben, damit die Staatsanwaltschaften wieder ungehindert gegen Kriminelle ermitteln können.
- das beschleunigte Verfahren ausgebaut, damit bei immer mehr Straftätern insbesondere im Bereich der Alltagskriminalität die Strafe der Tat „unmittelbar auf dem Fuße folgt“. Während der Anteil der beschleunigten Verfahren 1995 noch bei 4,3% lag, konnten wir ihn bis ins Jahr 2001 bereits auf fast 8% steigern und streben eine weitere Ausweitung der beschleunigten Verfahren auf 15 bis 20% an.
- als erstes Bundesland das Pilotprojekt „elektronische Fußfessel“ gestartet. Die Ergebnisse weisen eine erfreulich positive Bilanz auf. Zu Bewährungsstrafen verurteilte Straftäter können so besser überwacht werden.
- den Strafvollzug verschärft und die Überbelegung in Hessens Gefängnissen nahezu halbiert. Wir haben dafür gesorgt, dass jetzt in Hünfeld eine neue Justizvollzugsanstalt mit 500 weiteren Haftplätzen gebaut wird.
- die Anzahl der Missbräuche bei Hafturlauben in nur drei Jahren um 90% gesenkt.

- in Hessen eine Modernisierungsoffensive der Justiz mit einem Gesamtvolumen von 90 Mio. € gestartet und werden damit auch in Zukunft Vorreiter bei der Initiierung moderner und bürgerfreundlicher Projekte in der Justiz sein.
- das elektronische Grundbuch und das elektronische Handelsregister in Hessen eingeführt.
- die Ausstattung der Justizbehörden mit modernen EDV-Netzen begonnen und werden in den nächsten Jahren hessenweit eine Vollausrüstung sämtlicher Gerichte mit EDV-Netzen haben. Das umfasst praktisch alle Arbeitsplätze einschließlich der Richter, der Staatsanwälte und Rechtspfleger.
- die „Eingreifreserve“, bei der mehrere Staatsanwälte zur Unterstützung bei komplexen Ermittlungsverfahren, insbesondere der Organisierten Kriminalität, zusätzlich zum Einsatz kommen, eingeführt. Wir wollen diese nun bereits bewährte Institution in Zukunft personell aufstocken.

Ziel: Bis 2015 das „Sicherheitsland Hessen“ schaffen

Wir haben innerhalb weniger Jahre enorme Fortschritte bei der Bekämpfung der Kriminalität gemacht und Hessen von einem der letzten Plätze in der Aufklärungsstatistik in Richtung Spitzengruppe gebracht. Diesen Weg wollen wir konsequent fortsetzen. Wir haben uns das Ziel gesetzt, bis 2015 das Konzept „Sicherheitsland Hessen“ umzusetzen: Wir wollen Hessen zu dem Land mit der niedrigsten Kriminalitäts- und der höchsten Aufklärungsquote in ganz Deutschland machen und haben uns das ehrgeizige Ziel gesetzt, in der nächsten Legislaturperiode die Aufklärungsquote auf über 50% zu steigern. Dazu trägt auch der Strafvollzug bei. Wir haben den konsequentesten Strafvollzug in Deutschland eingerichtet und werden das Signal, dass dem Verbrechen die Strafe auf den Fuß folgt, verstärken. In Hessen werden Verbrecher auch in Zukunft hinter Schloss und Riegel sitzen und nicht wieder auf Freigang im Café.

Prävention und Opferschutz statt falscher Nachsicht

Innere Sicherheit fängt in den Kommunen an. Gerade in der Kommunalpolitik muss Sicherheit integriert mitgedacht und mitgeplant werden.

Wir wollen

- die Voraussetzungen dafür schaffen, dass in Zukunft kein Baugebiet geplant, keine Buslinie festgelegt und keine städtische Wohnungspolitik mehr betrieben werden kann, ohne die Aspekte der Sicherheit von vornherein mitzuplanen und zu bedenken.
- das Selbstvertrauen der Bürger durch unsere Aufklärungskampagne „Hinhören – Hinsehen – Handeln!“ verstärken, denn Kriminalität entsteht häufig durch Wegsehen bei Rechtsverstößen. Wir werden deshalb eine landesweite Aufklärungskampagne starten, um die Zivilcourage der Bürger im Vorgehen gegen Kriminalität zu stärken. Hierzu zählt auch, dass die Bürger sich als Zeugen zur Verfügung stellen. Erfahrungen zeigen, dass viele Menschen sich nicht als Zeugen von Straftaten melden, da sie unsicher sind und Angst vor Repressionen haben.
- in größeren Städten weitere Opferschutz- und Präventionseinrichtungen schaffen und ausbauen. Dem Bürger werden dort Hinweise zur Kriminalprävention gegeben und Opfer von Straftaten erhalten Informationen, wie man sich schützen und seine Rechte durchsetzen kann. Gleichzeitig werden wir den vertrauensbildenden Kontakt zwischen Bevölkerung und Polizei durch „Betreuungsbeamte“ verstärken.

Ausländerkriminalität konsequent bekämpfen

Neben unseren intensiven Bemühungen um die Integration ausländischer Mitbürger dürfen wir nicht übersehen, dass es eine beachtliche Zahl von Menschen gibt, die allein deswegen nach Hessen kommen, um Straftaten zu begehen. Die Statistiken belegen, dass diese nicht integrationsbereiten Ausländer einen hohen Anteil an Straftätern stellen. Deswegen verdient gerade diese Gruppe das besondere Augenmerk der Strafverfolgungsorgane und anderer Behörden. Die Ermittlung von Schleuserbanden, das Feststellen der Hintermänner bei der organisierten Rauschgiftkriminalität, die konsequente und umgehende Abschiebung von ausländischen Straftätern müssen daher mit aller Kraft vorangetrieben werden.

Wir wollen

- die Projekte zur Bekämpfung von Intensivtätern ausbauen.

- durch eine verbesserte Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz die rot-grüne Vogel-Strauß-Politik nicht weiterführen und ein erhöhtes Augenmerk auf islamistische Extremisten legen. Da die rot-grüne Bundesregierung auf halber Strecke stehengeblieben ist, fordern wir weiterhin die Ausweisung islamistischer Extremisten bereits bei begründetem Verdacht der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, nicht erst nach Vorlage „gesicherter Erkenntnisse“ – meist dann, wenn es zu spät ist.
- die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Religions- und Volkszugehörigkeit im Ausländerzentralregister gespeichert werden kann. Nur so können die Behörden gesichertes statistisches Material über Werbungs- und Rekrutierungspotential bestimmter Bereiche des Ausländerextremismus erhalten.
- darauf hinarbeiten, dass in Zukunft die Ausländerbehörden die Möglichkeit bekommen, nicht nur vor der Einbürgerung einer Person eine Regelabfrage beim Verfassungsschutz vornehmen zu können, sondern bereits vor Erteilung eines Daueraufenthaltsrechts. Nur so kann man im Vorfeld bereits feststellen, ob der Antragsteller bereits früher für eine extremistische Organisation seines Heimatlandes tätig war. Gerade die Problematik der sog. „Schläfer“ macht deutlich, dass diese Personen mit einem deutschen Pass oder einer dauerhaften Aufenthaltserlaubnis einen noch größeren Aktionsradius haben.
- uns dafür einsetzen, dass die Ausweisungsregelung für ausländische Straftäter verschärft wird. Nach Ansicht der CDU Hessen soll schon eine Haftstrafe von einem Jahr ausreichend sein, um zur Ausweisung zu führen.

Netzwerk gegen Gewalt

Die Erfahrungen der vergangenen Monate zeigen, dass gerade im Bereich der Kinder- und Jugendkriminalität verstärkt vorbeugende Maßnahmen ergriffen werden müssen. Gefährdete Jugendliche müssen frühzeitig erkannt werden, um ihnen so durch geeignete Maßnahmen ein Leben ohne Straftaten zu ermöglichen – aber auch, um gleichzeitig die Sicherheit der Bevölkerung verbessern zu können.

Es muss gemeinsame Aufgabe der Elternhäuser, der Schulen, der Kirchen, der Vereine, Verbände und Medien sein, Grundnormen einer friedlichen Gesellschaft wieder weit mehr als bisher zu vermitteln und vorzuleben. Die Erziehung zu den Werten un-

serer Verfassung, der Ehrfurcht vor Gott und der Achtung vor der Würde eines jeden einzelnen Menschen zeigt auf pädagogischem Wege, dass die Freiheit ihre Grenzen am Recht des Anderen hat. Gute Erziehung ist die beste Prävention gegen Kriminalität.

Wir wollen

- aufbauend auf die bereits bestehenden Initiativen der hessischen Polizei (z.B. SMOG, AGAS etc.), dass in Hessen zusammen mit den Kommunen, Schulen, Vereinen und anderen Partnern landesweit ein Netzwerk gegen Gewalt entsteht.
- verstärkte Jugendschutzkontrollen in problematischen Stadtteilen von Ballungszentren sowie gezielte Kontrollen von Gast- und Vergnügungsstätten durchführen.
- Beamte des Landeskriminalamtes verstärkt mit der Fahndung nach Straftaten im Internet beschäftigen und Rechtsverstöße im Internet ermitteln. Wir werden die von uns ins Leben gerufene „virtuelle Streife“ ausbauen. Wir müssen den Teil der Nutzer des Internets, die anfällig für Gewalt sind, klar machen, dass es sich hier nicht um einen rechtsfreien Raum handelt.
- die Polizei zum verstärkten Aufgreifen von Schulschwänzern und Verbringung in die Schulen unter Benachrichtigung der Eltern oder des Jugendamtes einsetzen.
- mit den Kommunen eine Verbesserung von betreuten Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche anstreben. Die sinnvolle Gestaltung von Freizeit ist unter dem Gesichtspunkt der Prävention von besonderer Bedeutung, um Kriminalität allein aus Langeweile vorzubeugen.
- landesweite Ausklärungskampagnen an Schulen durchführen, durch die den Kindern und Jugendlichen die Sozialschädlichkeit und die Folgen krimineller Handlungen eindringlich nahegebracht werden. Begleitend werden Besuche in Haft- und Unterbringungsanstalten organisiert.
- ein kriminalpädagogisches Schülerprojekt (teen-court) einsetzen, in dem Schülergremien mit straffällig gewordenen Jugendlichen über deren Straftat sprechen und gegebenenfalls eine erzieherische Maßnahme gegen sie festsetzen, die dann von der Staatsanwaltschaft übernommen wird. Die Wirkung

- dieses von Gleichaltrigen ausgehenden Gruppendrucks ist häufig besser als die eines staatlichen Verfahrens.
- die Möglichkeiten des Jugendarrests bei Jugendlichen, die immer wieder zu Gewalttaten neigen, ausdehnen. In manchen Fällen ist es nur möglich, durch eine harte Strafe dem Täter seine Grenzen aufzuzeigen und ihn so von weiteren Straftaten abzuhalten.
 - eine stärkere Bekämpfung der Jugendkriminalität umsetzen. Gerade die zunehmende Gewaltkriminalität bei Jugendlichen und Heranwachsenden stellt den Rechtsstaat vor neue Herausforderungen. Deshalb fordern wir, die Höchststrafe im Jugendstrafrecht von 10 auf 15 Jahre für besonders schwere Straftaten wie Mord heraufzusetzen. Darüber hinaus ist nicht einzusehen, dass über 18jährige Straftäter zwar voll geschäftsfähig sind, in der Regel aber strafrechtlich nach Jugendstrafrecht behandelt werden. Deshalb fordern wir, dass bereits ab Vollendung des 18. Lebensjahres das Erwachsenenstrafrecht in vollem Umfang Anwendung findet.
 - weiter für eine intensive Betreuung von Jugendlichen über die Strafe und die Bewährungszeit hinaus sorgen. Der Betreuung nach der Bestrafung kommt immer größere Bedeutung zu, um Rückfallquoten zu senken.

Modernste Technik im Kampf gegen Kriminalität

Der Einsatz moderner Techniken zur Prävention und Bekämpfung jedweder Kriminalität muss Ziel von Sicherheitspolitik sein. Langfristig sollte jedes Auto als Diebstahlschutz mit einer black-box ausgestattet werden, jede Wohnung zum Schutz der Bewohner mit Rauchmeldern und Alarmanlagen ausgestattet werden.

Auch in der Polizeiarbeit müssen verstärkt modernste Methoden und Techniken eingesetzt werden. Ein modernes Land braucht eine moderne Polizei. Wir werden fortfahren, die Polizei mit neuen Einsatzfahrzeugen, neuen PCs und dem modernsten Fahndungssystem der Republik (POLAS), sowie dem modernsten Polizeiarbeitsplatzsystem (COMFOR) auszustatten. Neben modernster Technik müssen aber auch die Voraussetzungen geschaffen werden, dass neueste Methoden der Kriminalitätsbekämpfung effektiv eingesetzt werden können.

Wir wollen

- dafür sorgen, dass die rechtliche Gleichstellung des genetischen mit dem herkömmlichen Fingerabdruck erfolgt. Aus dem genetischen Fingerabdruck ergibt sich mit fast 100%iger Sicherheit, ob eine bestimmte Person als Täter in Frage kommt. Wir treten der Auffassung, dass eine regelmäßige Abnahme von genetischen Fingerabdrücken bei Verdächtigen in Strafvermittlungsverfahren mit dem Persönlichkeitsschutz des Grundgesetzes kollidiert, entschieden entgegen. Der mit der Analyse erstellte Code kann nach übereinstimmenden Expertenaussagen zu nichts anderem verwandt werden, als zur Beantwortung der Frage, ob er mit einer weiteren Spur identisch ist. Mit der Einführung einer bundesweiten Gendatei für Straftäter nach Vorbild des Verfahrens für Fingerabdrücke werden sich die heute schon auftretenden Zufallsfunde vervielfachen und entscheidend zur Sicherung der Bevölkerung vor Schwerkriminellen gerade im Bereich von Sexualdelikten und solcher gegen die körperliche Unversehrtheit beitragen. Mehrfachtäter können schneller ermittelt und von weiteren Straftaten abgehalten werden.
- weiter mobile und temporär einsetzbare Videoanlagen zur Beobachtung von Kriminalitätsschwerpunkten bei öffentlichen Großereignissen einsetzen. Hierdurch werden Täter ermittelt und Personen wegen der abschreckenden Wirkung von der Begehung von Straftaten abgehalten.
- einen Teil der neu angeschafften Streifenwagen mit Car-Computern ausstatten. Dadurch wird die Identifizierung von Personen und Fahrzeugen erleichtert und beschleunigt.
- Austauschprogramme mit Polizeibeamten aus den Herkunftsländern von größeren Tätergruppen erweitern und neue Programme einführen. Gleichzeitig sind wir bestrebt, junge Menschen mit kulturellem Hintergrund aus Ländern wie den Staaten der ehemaligen russischen Föderation oder dem Balkan und der Türkei sowie aus Südosteuropa und Nordafrika für den Polizeidienst zu gewinnen. Wir wollen zum einen damit zeigen, dass erfolgreiche Integration möglich ist, zum anderen erreichen wir eine intensivere Ansprache ausländischer Tätergruppen. Auch bei der Steigerung der Aufklärungsquoten können gute Erfolge mit mehrsprachigen Polizisten erzielt werden.

Organisierte Kriminalität verstärkt bekämpfen

Zu den Erscheinungsformen des Verbrechens, die die konsequenteste Verfolgung und den längsten Atem brauchen, gehört die Organisierte Kriminalität, die wir auch in Zukunft entschieden bekämpfen werden.

Wir werden

- uns für die Wiedereinführung der Kronzeugenregelung im Umfeld der Bekämpfung terroristischer Vereinigungen und der Organisierten Kriminalität einsetzen. Die Kronzeugenregelung hat sich als geeignetes Mittel im Kampf gegen diese Kriminalitätsform bewährt, ihre Abschaffung durch die rot-grüne Bundesregierung stellt einen schweren Fehler bei der Kriminalitätsbekämpfung dar.
- das rechtlich bereits vorhandene Instrument der Vermögensabschöpfung durch Konzentration der Kompetenzen und entsprechende Qualifizierung noch wirkungsvoller zur Anwendung bringen.

Keine Toleranz gegenüber Kleinkriminalität

Auch in Zukunft ist die hessische Polizei angehalten, mit aller Schärfe gegen illegale Graffiti-Sprayer vorzugehen. Nur eine saubere Stadt kann auch eine sichere Stadt sein. Mit dem Sprühen von Graffiti wird stark zur Verwahrlosung der Großstädte beigetragen.

Wir werden

- die Anti-Graffiti-Einsätze flächendeckend ausweiten. Wir halten an unserer Forderung fest, das Graffiti-Sprayen als Straftatbestand in das Strafgesetzbuch aufzunehmen.
- auch in Zukunft mit aller Entschiedenheit einer Entkriminalisierung von kleineren Delikten wie Ladendiebstahl oder Schwarzfahren entgegenzutreten. Wer diese Taten nicht mehr unter Strafe stellt, der gibt der Gesellschaft ein falsches Zeichen, nämlich das der Tolerierung von Straftaten. Dies führt dazu, dass die Täter den Respekt vor dem Rechtsstaat verlieren und weitere, meist schwerere Taten begehen.

Härte gegenüber gemeingefährlichen Straftätern

Wir treten auch weiterhin für die Einführung der sogenannten nachträglichen Sicherungsverwahrung für gemeingefährliche Straftäter ein. Kinderschänder müssen hinter Gittern bleiben. Leider hat die rot-grüne Bundesregierung unsere entsprechenden Initiativen zur Änderung des Strafgesetzbuches immer wieder abgelehnt.

Wir werden

- ein eigenes hessisches Landesgesetz voranbringen, um insbesondere gefährliche Sexualstraftäter in Haft behalten zu können.
- rückfallgefährdete Sexualstraftäter konsequent unter Führungsaufsicht stellen und flächendeckend kontrollieren. Dazu werden wir zwei Führungsaufsichtszentren im Bereich Darmstadt und im Bereich Marburg bzw. Gießen einrichten. Risikoprobanden werden von dort aus durch spezialisierte Teams „an der kurzen Leine“ kontrolliert und betreut.
- die Erweiterung der sozialtherapeutischen Nachsorge voranbringen. Auch im Anschluss an den Aufenthalt in einer Justizvollzugsanstalt muss eine ambulante Nachsorge erfolgen. Psychische Defizite bei Gefangenen müssen erkannt werden, um Rückfälle zu verhindern. Mit der Klinik für forensische Psychiatrie in Haina haben wir bereits ein Modellprojekt durchgeführt und wollen diesen Weg weiter verfolgen.

Opferschutz stärken

Wir haben versprochen, die Stellung der Opfer, die bisher am Rande des öffentlichen Interesses stehen, zu verbessern. Dieses Versprechen haben wir bereits umfänglich eingelöst. Wir haben den Täter-Opfer-Ausgleich praxisgerechter und effizienter in einer Hand zusammengefasst. In den Städten Hanau, Gießen, Wiesbaden, Kassel und Frankfurt am Main sind Beratungsstellen für Opfer und Zeugen eingerichtet worden, die durch Zuwendungen des hessischen Justizministeriums unterstützt werden. In den vergangenen Jahren wurden in hessischen Landgerichtsbezirken bundesweit beispielhaft Täter-Opfer-Vermittlungsstellen aufgebaut. In mehreren Land- und Amtsgerichten sind Zeugenzimmer in Zusammenarbeit mit professionellen Beratern, zum Teil auch mit kindgerechter Einrichtung geschaffen worden.

Wir werden

- auch in Zukunft auf diesem Weg voranschreiten und uns intensiv um die Opfer von Straftaten kümmern.
- erhebliche Mittel im Haushalt einstellen, um Opfer von Gewalttaten zu entschädigen, die durch zu Haftstrafen Verurteilte verübt wurden.
- uns für eine gesetzliche Regelung der staatlichen Finanzierung eines Opferanwaltes einsetzen, damit die Geschädigten in einem Strafverfahren nicht länger gegenüber den Tätern benachteiligt werden.

Konsequent gegen Asylmissbrauch vorgehen

Wer das Recht auf Asyl für politisch Verfolgte langfristig sichern will, der muss sich heute konsequent gegen den Asylmissbrauch einsetzen.

Wir werden

- uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass während des Asylverfahrens die Bewerber weiterhin primär Sachleistungen statt Geldleistungen erhalten sollen, um so den Schlepperbanden die finanzielle Grundlage zu entziehen. Der Staat darf nicht mit finanziellen Leistungen die Schlepperkriminalität noch belohnen.
- auch weiterhin für die beschleunigte und konsequente Abschiebung abgelehnter Asylbewerber sorgen, die kein sonstiges Bleiberecht haben. Dies wird auch durch die hessische Polizei bereits getan, wenn der BGS keine Kapazitäten hat.
- uns dafür einsetzen, dass Ausländer, die keine Asylbewerber sind, ihren Anspruch auf Sozialhilfe verlieren, wenn sie nur wegen dieser Leistung nach Deutschland eingereist sind. Eine Flucht nach Deutschland aus finanziellen Gründen darf nicht gefördert werden.
- Leistungen für Asylbewerber einschränken, wenn die Ausreisepflicht aufgrund von Umständen nicht durchgesetzt werden kann, die von den Ausländern selbst verschuldet worden sind. Wer selbst seinen Pass vernichtet, um von seinem Heimatland nicht mehr zurückgenommen zu werden, muss mit Sanktionen rechnen, d.h. zum Beispiel auch Erziehungshaft.

- uns dafür einsetzen, dass die in Deutschland gewährten Leistungen für Asylbewerber in Form, Umfang und Höhe an den Standard der anderen EU-Länder angepasst werden.

Kampf gegen die Drogenkriminalität verstärken

Allererste Maßnahme ist es, den Einstieg in den Drogenmissbrauch zu verhindern, indem junge Menschen in ihrem Selbstvertrauen und ihrem Heimatgefühl in der Gesellschaft gestärkt werden, damit sie „Nein“ zur Droge sagen. Dies ist die Aufgabe eines Präventionsbündnisses von Eltern, Lehrern, Schülervertretern, Kirchen, Medien, Verbänden, Vereinen und Kommunen.

Wir werden

- Präventionsunterrichtsmodelle an den Schulen unter Beteiligung von Ärzten und ggf. von ehemaligen Drogenabhängigen durchführen. Ehemalige Drogenabhängige, die über ihr Leben mit der Sucht berichten, haben oftmals eine enorme Abschreckungswirkung.
- uns weiterhin für eine strikte Einschränkung der Verfügbarkeit von Drogen durch die Polizei und konsequente Rechtsanwendung durch die Justiz einsetzen. Die Fortsetzung der konsequenten Bekämpfung von Anbau und Handel mit Drogen auf internationaler Ebene sind für uns Aufgabe und Ziel. Die Hintermänner des Drogenhandels müssen mit aller Härte des Gesetzes verfolgt und verurteilt werden, um sie auf Dauer für die Gesellschaft unschädlich zu machen.
- uns auch weiterhin für eine strikte Überwachung sämtlicher bekannter Drogenumschlagsplätze sowie regelmäßig durchgeführte Razzien in Diskotheken und Jugendclubs einsetzen. Nur durch eine permanente Verunsicherung der Drogendealer ist es möglich, den Drogenhandel auszutrocknen und so die Gefahren für Kinder und Jugendliche, die von Drogen ausgehen, beseitigen zu können.
- uns auch weiterhin für eine Verschärfung der Haftgründe im Zusammenhang mit Drogendelikten einsetzen. Es kann nicht sein, dass Dealer, die vormittags von der Polizei aufgegriffen werden, in Ermangelung einer gesetzlichen Regelung am Mittag ihr todbringendes Geschäft fortsetzen können.

- in Hessen auch in Zukunft Drogenkurieren Brechmittel verabreichen, um Beweismittel zur strafrechtlichen Verfolgung dieser Personen zu erhalten und damit die abschreckende Wirkung auf potentielle Kuriere bestehen bleibt.
- dafür sorgen, dass bei Drogenabhängigen gesundheitliche Maßnahmen mit Therapie, Beratung und Rehabilitation durchgeführt werden. Die Zusammenführung dieser Maßnahmen führt dazu, den Abhängigen wieder auf ein Leben ohne Drogen vorzubereiten. Alle Angebote für Drogenabhängige müssen ausstiegsorientiert sein. Auch Drogenersatzprogramme müssen das Ziel haben, dass der Abhängige am Schluss ein Leben ohne Drogen führen kann und nicht, dass er auf Dauer nur von einem anderen Stoff abhängig ist.

Keine Privilegien im Strafvollzug

Wie an kaum einer anderen Stelle ist es in Hessen gelungen, konsequent und wirkungsvoll das Ruder im Bereich des Strafvollzuges herumzureißen. Wir haben den konsequentesten Vollzug eingerichtet. Privilegien wurden drastisch reduziert und Sicherheitskontrollen verstärkt.

Heute gehören verbotene Gegenstände wie Drogen, Waffen oder Handys oder Bargeld nicht mehr wie früher zum Standard der Gefangenausstattung. Alle Einzelmaßnahmen sind eingebunden in ein erstmals erstelltes einheitliches Strafvollzugskonzept, das einerseits einen Beitrag für die Sicherheit der Bürger leistet und andererseits die Resozialisierungschancen der Verurteilten erhöht.

Wir werden

- weiterhin fordern, dass ausländische Täter ihre Strafhaft in Zukunft auch ohne ihre Zustimmung in ihrem Heimatland verbüßen können. Leider verweigert die Bundesjustizministerin bisher die effektive Umsetzung eines entsprechenden internationalen Abkommens.
- uns für die Entwicklung eines Gesamtvollzugskonzeptes für Jugendliche und heranwachsende Inhaftierte einsetzen. Die Fortentwicklung des Jugendstrafvollzuges ist in Hessen Teil eines kriminalpolitischen Gesamtkonzeptes für einen konsequenten, zugleich aber auch humanen, rationalen und effektiven Umganges mit Jugendkriminalität. Hierzu gehört eine konsequente Altersdifferenzierung im Strafvollzug durch Trennung von Jugendlichen (14 bis 18 Jahre)

und Heranwachsenden (19 bis 24 Jahre). Weiter gehören hierzu Programme zur Förderung und Vorbereitung auf die Zeit nach Haftentlassung, namentlich Maßnahmen zur Alphabetisierung und die berufliche Ausbildung.

- durch eine besondere Fortbildung der Bediensteten die für die Verwirklichung des Erziehungsauftrages im Jugendvollzug erforderliche fachliche und soziale Kompetenz verstärken.
- weiter die Arbeitsbedingungen der Justizvollzugsbediensteten verbessern. Bisher konnten durch die Anhebung der Stellenobergrenzen und den Abbau der Überstunden fast 700 Angehörige des allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes, die täglich den besonderen Belastungen des Vollzuges ausgesetzt werden, befördert werden. Wir werden uns auch weiterhin für die berechtigten Belange des Justizvollzugspersonals einsetzen, wobei wir einen besonderen Schwerpunkt auf die Aus- und Fortbildung legen werden, insbesondere im Bereich des Sicherheitstrainings. Wir werden die Sicherheit von Bediensteten effizienter gestalten durch den flächendeckenden Einsatz von Personensicherungsanlagen.

3. Wirtschaftsmotor Hessen:

Arbeit und Wohlstand für Alle

In Hessen hat sich in den vergangenen vier Jahren gezeigt, wie schnell ein Land an die Spitze gelangen kann, wenn die Dynamik, die Antriebskräfte und die Fähigkeiten nicht ideologisch gebremst, sondern entfesselt und unterstützt werden: Hessen ist das wirtschaftsstärkste deutsche Flächenland. Im Jahr 2001 erreichte Hessen zudem erstmals wieder das stärkste Wirtschaftswachstum aller Länder. Es ist kein Wunder, dass Hessen auch beim Länderfinanzausgleich wegen seiner hohen Leistungsfähigkeit der größte Zahler ist.

Hessen gehört zu den prosperierendsten Regionen in Deutschland und Europa. In Hessen ist der größte deutsche und kontinentaleuropäische Finanzplatz zu Hause. Hessen hat nicht nur den größten internationalen Flughafen in Kontinentaleuropa, sondern ist auch der europäische Internet-Knotenpunkt und bedeutender Standort der Telekommunikationsindustrie.

Wie vielleicht kein zweites Land hat sich Hessen auf die Globalisierung eingestellt, die Internationalisierung der Wirtschaft ist in keinem anderen Land so ausgeprägt wie in Hessen. Dies zeigen nicht nur die ausländischen Direktinvestitionen, bei denen Hessen bundesweit klar an der Spitze liegt.

Insbesondere der Arbeitsmarkt hat sich in Hessen erheblich besser als im Bundesdurchschnitt entwickelt. In Hessen sank die Arbeitslosenzahl im Jahr 2001 um 6,5% und somit am stärksten in Deutschland, während bundesweit die Zahl der Arbeitslosen kaum noch abnahm. In Hessen sank die Zahl der Arbeitslosen seit Regierungsübernahme um 15,5%, während im Bundesdurchschnitt lediglich ein Rückgang von 4,9% zu verzeichnen ist. Im letzten Jahr sank die Zahl der Arbeitslosen in Hessen mit 6,5% sogar am stärksten in Deutschland, während bundesweit die Zahl der Arbeitslosen kaum noch abnahm. Auch in diesem Jahr rangiert die Arbeitslosenquote in Hessen rund 3% unter der bundesdeutschen Quote und erreicht mit Baden-Württemberg und Bayern die niedrigste Position. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten steigt von Jahr zu Jahr an. Seit Antritt der Regierung von Roland Koch und Ruth Wagner gibt es 105.000 Beschäftigte mehr in Hessen. Damit liegt Hessen deutschlandweit beim Arbeitsplatzzuwachs an erster Stelle. Die Jugendarbeitslosigkeit sinkt* wieder unter die allgemeine Arbeitslosigkeit. Zum ersten

Mal seit über fünf Jahren gab es im Jahr 2000 in Hessen wieder mehr Ausbildungsplätze als Bewerber.

Beim Abbau der Arbeitslosigkeit bei Schwerbehinderten setzt sich Hessen ebenfalls deutlich vom Bundestrend ab. Während im Bund von 2000 auf 2001 lediglich ein Rückgang von 6,9% zu verzeichnen ist, ging in Hessen die Zahl der arbeitslosen Schwerbehinderten um 17,5% zurück. Damit ist Hessen mit weitem Abstand Spitzenreiter. Hessen ist beim Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit bundesweit führend.

Viele wirtschaftspolitisch bedeutende Faktoren wie z.B. die Steuerpolitik stehen heute nicht in der Disposition eines Bundeslandes. Gerade deshalb ist es wichtig, dass sich die Wirtschaftspolitik eines Bundeslandes vor allem auf den Bereich der Standortpolitik konzentriert. Es geht darum, mit den landespolitischen Mitteln die strukturellen Voraussetzungen für Innovationen und zukunftssträchtige Investitionen zu schaffen. Dies schafft nur eine Landespolitik, die zum einen den Anforderungen modernen Wirtschaftens entgegenkommt und zum anderen ein investitionsfreundliches Klima schafft. Hessen hat gezeigt, dass hier Unternehmen und Investitionen sowie neue Arbeitsplätze willkommen sind. Standortpolitik für ein Bundesland bedeutet aber auch, die Interessen des Landes auf Bundesebene aktiv zu wahren.

Versprochen – Gehalten

Erfolgreiche Standortpolitik für Hessen: Schritt für Schritt hat die hessische Landesregierung auch im Wirtschaftsbereich ihr Wahlprogramm und die Koalitionsvereinbarung abgearbeitet und so die Voraussetzung für die Trendumkehr in Hessen geschaffen.

Die CDU-geführte Landesregierung hat in den letzten vier Jahren einen neuen Weg eingeschlagen und begonnen, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es qualifizierten jungen Menschen und innovativen Unternehmen mehr und mehr ermöglichen, ihre Ideen und Kreativität ohne oder zumindest mit weniger staatlicher administrativer Behinderung und Gängelung umzusetzen. Deregulierung, Verwaltungsabbau, mehr Transparenz, weniger Steuern, weniger Gesetzesdschungel und die Förderung unternehmerischen Handlungsspielraumes. Das ist die neue Politik für Hessen.

Wir haben

- den Regelungsdschungel gelichtet. Deutschland hat weltweit das dichteste Regelungswerk mit Gesetzen, Verordnungen, Erlassen, kommunalen Satzungen und behördlichen Einzelbestimmungen. Gerade junge, innovative Unternehmen können im internationalen Vergleich leicht den Eindruck gewinnen, von Behörden übermäßig kontrolliert, reglementiert oder gar behindert zu werden. Dieser Prozess der Gängelung von Seiten des Staates hatte in Hessen unter der rot-grünen Vorgängerregierung derartig groteske Ausmaße, dass der Standort Hessen Schritt für Schritt seine Wettbewerbsfähigkeit verlor. Wegweisend war deshalb die Umsetzung eines strikten Abbaus von Verwaltungsvorschriften durch die CDU-geführte Landesregierung in Hessen. 39% aller Verwaltungsvorschriften und 15% der Rechtsverordnungen, d.h. insgesamt mehr als 3.500 Regelungen, sind in nur zwei Jahren außer Kraft gesetzt worden.
- die Grundwasserabgabe abgeschafft. Grundanliegen der hessischen Landesregierung war es, benachteiligende Rahmenbedingungen für hessische Unternehmen abzubauen und sie so im Wettbewerb mit anderen Bundesländern und international zu stärken. Deswegen hat die Landesregierung, trotz widriger finanzieller Rahmenbedingungen, beschlossen, die verbliebene rot-grüne „Hessensteuer“ abzuschaffen. Bis zum Ende der Legislaturperiode wird es die Grundwasserabgabe nicht mehr geben. Das entlastet die hessische Wirtschaft um jährlich rund 120 Mio. €.
- den Straßenbau wieder entschieden verstärkt. Die CDU-geführte Landesregierung hat seit Regierungsantritt die Mittel für den von rot-grün sträflich vernachlässigten Landesstraßenbau und vor allem für den Bau von Ortsumgehungen sukzessive auf 46 Mio. € erhöht. Das entspricht einer Steigerung im Vergleich zum letzten rot-grünen Regierungsjahr von 131%, denn der letzte Haushalt der Regierung Eichel sah für das Jahr 1999 noch Ausgaben in Höhe von 20 Mio. € für den Erhalt und den Ausbau der hessischen Straßen vor. Innerhalb von acht Jahren wurden mit dem ideologischen Rotstift der Regierung Eichel rund 70% der Mittel für den hessischen Straßenbau gekürzt. Durch diese Politik von Rot-Grün ist in den vergangenen Jahren ein Investitionsstau von weit mehr als 300 Mio. € aufgelaufen, der in den kommenden Jahren abge-

baut wird. In den letzten 4 Jahren konnten aufgrund der Erhöhung der Mittel im Landesstraßenbau-Programm rund 300 Maßnahmen auf den Weg gebracht werden, bei denen rund 350 km Straßen gebaut wurden.

- zusätzlich mit dem Sonderprogramm „Hessisches Kommunales Interesses Modell“ die Möglichkeit geschaffen, dass Kommunen dringende neue Ausbaumaßnahmen vor allem von Ortsumgehungen vorfinanzieren können. Vor allem bei Ortsumgehungen, die in absehbarer Zeit nicht komplett aus Haushaltsmitteln finanziert werden können, werden nach der Vorfinanzierung durch das Land die Baukosten in 15 gleichen Jahresraten zurückgezahlt. Das Programm hat ein Volumen von ca. 128 Mio. €.
- unser Versprechen gehalten und die Wiedereinführung einer gleichgewichteten Förderung der Zuwendungsmaßnahmen (Straße einerseits, ÖPNV andererseits) nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz herbeigeführt.
- die Mittel für den Landesstraßenbau, das Kommunalinteressenmodell erhöht sowie die gleichgewichteten Förderung der Zuwendungsmaßnahmen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz wieder eingeführt. Diese Maßnahmen führten dazu, dass in den vergangenen 4 Jahren insgesamt 476 Mio. € in den Erhalt und den Ausbau der hessischen Straßen investiert wurde.
- dem Flughafen Frankfurt am Main Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet. Der internationale Flughafen Frankfurt am Main ist die größte Arbeitsstätte unseres Landes. 62.000 Beschäftigte arbeiten direkt am Frankfurter Flughafen. Hinzu kommen noch einmal 105.000 Beschäftigte, die z.B. in Zulieferfirmen arbeiten. Die Rolle des Flughafens für den Finanz-, Börsen- und Messeplatz Frankfurt und die Ansiedlung globaltätiger Unternehmen ist außergewöhnlich. Immer mehr Firmen machen ihre Standortwahl von einer optimalen weltweiten Verkehrsanbindung abhängig. Um jedoch an dieser prosperierenden Entwicklung auch weiterhin teilzuhaben braucht der Frankfurter Flughafen Entwicklungsmöglichkeiten durch den Bau einer neuen Landebahn. Mehrere Gutachten kommen zu dem Ergebnis, dass die Zahl der direkt und indirekt Beschäftigten am Frankfurter Flughafen durch den Bau einer neuen Landebahn bis zum Jahre 2015 um rund 52.400 anwachsen wird. Die CDU sieht die Inbetriebnahme einer neuen Landebahn nur in Verbindung mit einem dann geltenden Nachtflugverbot in Rhein-Main in der Zeit zwischen 23.00 Uhr bis 5.00

- Uhr. Keine neue Landebahn ohne Nachtflugverbot, kein neues Nachtflugverbot ohne Landebahn. Zur mittel- und langfristigen Kapazitätssteigerung wie zur Umsetzung des Nachtflugverbotes, gehört die Verlagerung eines Großteils des drehscheiben-unabhängigen Charter- und Nur-Cargo-Flugverkehrs nach Frankfurt-Hahn. Wir setzen uns dafür ein, dass gemeinsam mit dem Land Rheinland-Pfalz, eine bessere verkehrliche Anbindung des Flughafens Frankfurt-Hahn innerhalb eines Flughafen-Verbundsystems geschaffen wird.
- mit dem Start für den Flughafen Kassel-Calden das Signal zum Aufschwung für Nordhessen gegeben. Der Ausbau des Verkehrslandeplatzes Kassel-Calden hat eine überragende strukturpolitische Bedeutung für Nordhessen. Die Landesregierung hat sich mit dieser Entscheidung für eine Investition im Umfang einer dreistelligen Millionensumme ganz klar für Nordhessen ausgesprochen. Mit der Realisierung des Vorhabens wird der Grundstein für eine weitere Ansiedlung von Unternehmen in Nordhessen gelegt. Die CDU-geführte Landesregierung hat das Projekt Ausbau des Flughafens Kassel-Calden zügig begonnen. 35 Mio. € stellt die Landesregierung für das Projekt, das sich bereits im Raumordnungsverfahren befindet, bereit. Mit einer Beteiligung der Fraport AG (Frankfurter Flughafen) bekommt der Flughafen einen der weltweit erfahrendsten Flughafenbetreiber zur Seite. Der Ausbau des Verkehrslandeplatzes Kassel-Calden zu einem Regionalflughafen bietet – wie viele andere Beispiele in Europa zeigen – enorme Entwicklungspotenziale für den gesamten nordhessischen Raum.
 - auf Miteinander statt Gegeneinander beim Umweltschutz gesetzt. Ein wichtiger Erfolg der hessischen Deregulierungspolitik ist die Umweltallianz mit der hessischen Wirtschaft. Jedes Unternehmen, das sich an der Umweltallianz beteiligt, erhält Verfahrenserleichterungen. Mit der Umweltallianz haben wir ganz praktisch gezeigt, dass man damit Standortmarketing betreiben und die Bedingungen für Investitionen verbessern kann.
 - die Hessische Bauordnung entrümpelt. Ein weiterer großer Deregulierungsbereich, den wir umgesetzt haben. Bauen wird in Hessen künftig schneller, günstiger und unkomplizierter. Vorgänge werden umfassend beschleunigt und die Kosten für die Bauherren gesenkt. Erfahrungen aus Bayern zeigen, dass ca. 35% aller Bauvorhaben unter das Freistellungsverfahren fallen werden und

- Genehmigungsgebühren in zweistelliger Millionenhöhe wegfallen. Bei einem Ein- und Zweifamilienhaus sind das ca. 750 € bis 1.000 € und bei einem Mehrfamilienhaus durchschnittlich 2.500 €.
- Existenzgründungs- und Investitionsförderung auf neue FüÙe gestellt. Zum Erfolg der neuen Standortpolitik gehört es auch, dass neue, innovative Unternehmen und Geschäftsideen schon frühzeitig gefördert werden. Mit der Schaffung der Investitionsbank Hessen ist ein effektives und schlagkräftiges Institut geschaffen worden, mit dem die Förderpolitik des Landes komplett neu geordnet und gebündelt wurde. Die Innovationskraft kleinerer und mittlerer Betriebe in Hessen und Existenzgründer werden damit gestärkt und gefördert. Die Investitionsbank Hessen (IBH) gibt in Zusammenarbeit mit den Banken und Sparkassen für die Entwicklung zukunftsreicher Wirtschaftsaktivitäten im Land wichtige Impulse. Zu den Instrumenten der IBH sollen auch Bürgschaften für Existenzgründer und Kleinbetriebe gehören. Die IBH soll die kommunalen und regionalen Einrichtungen zur Wirtschaftsförderung aktiv unterstützen.
 - die Förderung des hessischen Handwerks verstärkt. Die Stärkung des Handwerks in Hessen als wichtiger Wirtschafts- und Gesellschaftsgruppe ist für die CDU von hoher Priorität. Deswegen hat sich die CDU für die Schaffung mittelstandsgerechter Rahmenbedingungen und für eine Ausschreibungspolitik des Landes eingesetzt, die kleinen und mittleren Betrieben eine faire Chance bei der Vergabe öffentlicher Aufträge einräumt. Die CDU hat und wird auch in Zukunft alles daran setzen, um gerade das Handwerk als maßgeblichen Stabilisator des Ausbildungsmarktes wirksam zu unterstützen. Insbesondere wurde die bedarfsgerechte Förderung der beruflichen Bildung, vor allem bei der überbetrieblichen Ausbildung und den handwerklichen Berufsbildungsstätten ausgeweitet, damit die Sicherung und der Ausbau der dualen Berufsausbildung vorangebracht werden. Allen Versuchen, die Meisterprüfung als Regelvoraussetzung für die Selbständigmachung im Handwerk in Frage zu stellen oder gar abzuschaffen, hat sich die Landesregierung widersetzt und wird es auch in Zukunft tun.
 - die Förderung der Medienwirtschaft in Hessen verbessert. Fast 80.000 Menschen arbeiten in Hessen in über 3.400 Unternehmen der Medienwirtschaft.

Ein Drittel der 25 umsatzstärksten deutschen Werbeagenturen und die Hälfte der 25 PR-Agenturen haben ihren Sitz in Hessen. Die CDU-geführte Landesregierung stößt mit ihrem Programm „Hessen-Media“ jährlich zusätzliche Investitionen von über 30 Mio. € an. Führend ist Hessen in Deutschland bei der Entwicklung des digitalen Films, der sog. Postproduction. Diese unangefochtene Stellung muss in Zukunft verteidigt und ausgebaut werden. Dazu gehört es auch, dass der Postproduction-Kongress eDIT weiter zu einem Schaufenster für die ganze Welt entwickelt wird. 2002 wird zum ersten Mal in Zusammenarbeit mit der amerikanischen Visual Affects Society eine weltweit sichtbare Brücke zwischen Hessen und Hollywood hergestellt.

- einen modernen Rahmen für den Schienenverkehr / ÖPNV geschaffen. Trotz der erheblichen Verbesserungen und Anstrengungen beim Ausbau des hessischen Straßennetzes ist gleichzeitig auch die Entwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs mit dem Bus und auf der Schiene stetig weiterentwickelt worden. Mit der Schaffung des neuen ICE-Fernbahnhofes am Frankfurter Flughafen sowie der vor der Tür stehenden Inbetriebnahme der ICE-Hochleistungsstrecke Frankfurt-Köln und der Planung der Strecken Frankfurt-Fulda und Frankfurt-Rhein-Neckar entsteht ein einmaliger und beispielhafter europäischer Schienenverkehrsknoten mitten in Hessen. Schon jetzt reisen 300.000 Menschen pro Monat mit der Bahn zum Flughafen Frankfurt. Das sind bedeutend mehr als bei den großen europäischen Konkurrenten wie z.B. London-Heathrow. Trotz aller europäischen Dimensionen dürfen dabei die Regionalexpress-Verbindungen als wichtige Bindeglieder nicht aus den Augen verloren werden.
- auf der Basis der von der ehemaligen CDU-Bundesregierung durchgeführten Regionalisierung der Zuständigkeiten den schienengebundenen Personennahverkehr zusammen mit den Städten, Landkreisen und Verkehrsunternehmen weiter ausgebaut. Das Zusammenwirken aller öffentlichen und privaten Verkehrsunternehmen und deren Fortentwicklung unterstützt die CDU Hessen nachdrücklich. Die CDU Hessen spricht sich für eine klare Aufgabenverteilung zwischen der Politik und den Verkehrsunternehmen im öffentlichen Personennahverkehr aus. Eine Trennung in politische Bestellung und unternehmerische Erstellung von Verkehrsleistungen erhöht die Entscheidungstransparenz. Der so entstehende Wettbewerb steigert die Angebotsqualität und führt gleichzei-

tig zu einer stärkeren Kosteneffizienz. Gleichzeitig muss das Gesetz zur Weiterentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs in Hessen (Hess-ÖPNVG) geändert werden mit dem Ziel, dass es eine eindeutige Zuordnung der Zuständigkeiten für den schienengebundenen Regionalverkehr bei den Regionalverbänden und des lokalen Verkehrs (Bus, U-Bahn, Tram) bei den lokalen Aufgabenträgern gibt. Damit ergeben sich erhebliche finanzielle Vorteile: durch Entbürokratisierung der Verbände, mehr Finanzverantwortung vor Ort, Synergieeffekte bei Zusammenarbeit einzelner lokaler Aufgabenträger und effizienteren Einsatz von Bundes- und Landesmitteln, da Finanzverantwortung auf der lokalen Ebene liegt und nicht mehr Verbundweit von allen per Umlage getragen werden muss. Außerdem muss das Hess-ÖPNVG den Europäischen Rechtsnormen und dem sich daraus ergebenden Wettbewerbsrahmen angepasst werden.

Politik für den Standort Hessen: Damit wir besser bleiben

Um im weltweiten Wettbewerb um den besten Standort erfolgreich bestehen zu können, haben wir in den letzten dreieinhalb Jahren wichtige Voraussetzungen geschaffen. Hessen hat mit die beste Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur der Welt. Wir haben die Weichen gestellt, dass diese auch in Zukunft zur Weltspitze zählen wird. Wir haben Hessen zu einem Land entwickelt, in dem neue innovative Ideen willkommen sind, in dem Unternehmer Ideen und Projekte ohne politische Gängelung und Bevormundung umsetzen können. Unsere Aufgabe im weltweiten Wettbewerb besteht darin, Hessen als den Investitionsstandort in Europa zu entwickeln und über diese Qualitäten zu informieren. Wir müssen nicht nur deutschen, sondern auch den internationalen Investoren vermitteln, dass derjenige, der sich nicht für Hessen entscheidet, Chancen auslässt.

Unser Erfolg wird auch in Zukunft maßgeblich davon abhängen, ob wir es schaffen, flexibler und schneller als unsere Mitbewerber zu sein.

Werben für Hessen – für Investoren aus der ganzen Welt

Wir wollen die erfolgreichsten Investoren der Welt vom Europa-Standort Hessen überzeugen. Ziel muss es sein, Hessen als europäischen Headquarter-Standort global agierender Firmen zu etablieren.

Wir werden

- Hessische Kontaktbüros in den wichtigsten Handelsländern sowie in den schnell wachsenden Regionen der Welt auf- bzw. weiter ausbauen.
- mit zusätzlichen "Reisereferenten" dafür sorgen, dass die Kontakte zwischen Brüssel und Hessen weiter intensiviert werden.

Moderne Infrastruktur für den Aufschwung

Überlegene Schnelligkeit und Flexibilität erfordert eine moderne Infrastruktur. Deshalb sind der bedarfsgerechte Ausbau und die Weiterentwicklung der hessischen Verkehrsinfrastruktur für den Europa-Standort Hessen unabdingbar.

Wir werden

- die Mittel für den Landesstraßenbau und für dringend notwendige Ortsumgehungen nochmals – auf dann 100 Mio. € - verdoppeln.
- darüber hinaus an der Verwirklichung dringlicher Bundesautobahn- und Bundesstraßenprojekte zügig weiter arbeiten. Hierzu gehören:

Der sechsspurige Ausbau der A 66 zwischen dem Wiesbadener Kreuz und Krifteler Dreieck sowie der Bau des Alleen- und Riederwaldtunnels in Frankfurt am Main.

Der sechsspurige Ausbau der A 3 zwischen den Anschlussstellen Hannau und dem Offenbacher Kreuz.

Der achtspurige Ausbau der A 5 zwischen Friedrichsdorf und dem Bad Homburger Kreuz.

Der Ausbau der A 67 zum Autobahnkreuz Darmstadt bis Lorsch von vier auf sechs Spuren.

Der vierspurige Ausbau der B 49 zwischen Limburg und Wetzlar.

Der Ausbau der A4 vom Kirchheimer Dreieck bis zum Anschlussdreieck Wommen.

Wir unterstützen den Bau einer zweispurigen mautfinanzierten Rheinbrücke mit regionaler Bedeutung im Bereich Rüdenheim/Bingen.

Speziell im nord- und osthessischen Bereich sind folgende Projekte vordringlich:

Die Vollendung der 64 km langen Lücke der A 44 Aachen-Görlitz zwischen dem Abschnitt Kassel und der hessisch-thüringischen Landesgrenze; Klärung der rechtlichen Grundlagen dürfen nicht zu Verzögerungen des Gesamtprojektes führen.

Der Weiterbau der A 49, der die Verbindung von Kassel gegen Süden Richtung Gießen erheblich verbessern wird.

Die Vollendung des Ausbaues der A 4 bis zur Landesgrenze.

Der Lückenschluss der A 4 zwischen Hattenbach und Olpe.

Der Lückenschluss der A 66 zur A 7 zwischen Schlüchtern und Fulda.

Der Ausbau der Verbindung Fulda-Meinungen und der Altbundesstraßen B84 / B27 mit Anbindung des Wirtschaftsraumes Schmalkalden / Thüringen.

Wir werden

- sofern die erforderlichen Mittel für die Umsetzung dringlicher Baumaßnahmen bei Brücken und Tunneln nicht zur Verfügung stehen, auch die Möglichkeiten einer Mautfinanzierung des Baus und des Betriebs solcher Infrastrukturprojekte durch Private nutzen.
- die Planungen für die ICE-Hochgeschwindigkeitsstrecken Frankfurt-Hanau-Fulda sowie Frankfurt-Mannheim weiter zügig vorantreiben. Die Anbindung der südhessischen Stadt Darmstadt ist für uns zwingend.
- zur weiteren Entlastung der Straßen und der BAB 5 zwischen Mittelhessen und dem Raum Frankfurt sowie zur Kapazitätserweiterung des Schienenverkehrs zügig mit der DB Netz AG und dem Bund in Verhandlungen über ein dringend notwendiges drittes Gleis zwischen Gießen und Frankfurt eintreten.

Frankfurter Flughafens ausbauen und Nachtflugverbot einführen

Nur eine CDU-geführte Landesregierung ist ein Garant dafür, dass der Wirtschaftsmotor Frankfurter Flughafen in der notwendigen Weise weiter entwickelt werden kann und diese Entwicklung nicht im Konflikt zu einer lebenswerten Umwelt steht.

Wir werden

- das Mediationsergebnis Schritt für Schritt umsetzen und garantieren, dass die Inbetriebnahme einer neuen Landesbahn zwingend mit der Einführung eines Nachtflugverbotes von 23.00 Uhr bis 5.00 Uhr einhergehen wird.
- die Stiftung „Zukunft – Flughafen“ gründen, die u.a. aus Teilen der dem Land zufließenden Dividendenerlöse gespeist wird. Mit Mitteln der Stiftung werden im Umfeld des Frankfurter Flughafens Projekte zur Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität sowie Umweltprojekte finanziert.
- uns auf allen Ebenen für eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur innerhalb des Ballungsraums Rhein-Main einsetzen, insbesondere für eine bessere Anbindung des Flughafens Frankfurt-Hahn.
- die notwendigen Erweiterungsmaßnahmen am Flughafen Frankfurt-Hahn vorantreiben. Eine Beteiligung des Landes Hessen an der Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH ist zu prüfen.
- den Verkehrslandeplatz Kassel-Calden mit einem dreistelligen Millionenvolumen zu einem Regionalflughafen ausbauen.

Verkehrsströme intelligent steuern

Um die vorhandene Verkehrsinfrastruktur optimal nutzen zu können, braucht Hessen eine intelligent Streuung und Steuerung der Verkehrsströme.

Wir werden

- die Telematik im Verkehr weiter forcieren, indem die vorhandenen Verkehrsinformationen und Verkehrsrechner besser vernetzt und ausgebaut werden. Damit soll es in Zukunft möglich sein, das optimale Verkehrsmittel zur richtigen Zeit wählen zu können, Informationen über Parkplätze und Verkehrsbelastungen rund um die Uhr verfügbar zu haben. Wir wollen, dass Autofahrer auf Hessens Straßen in zehn Jahren nicht mehr im Stau stehen müssen!

Gesicherte Stellung für den Finanzplatz Frankfurt in Europa

Hessen hat mit Frankfurt den wichtigsten und größten Bankenplatz Deutschlands und Kontinental-Europas. Rund 350 Banken mit 75.000 Beschäftigten weisen eine Bilanzsumme von rund 2.300 Mrd. € aus. Allein in den letzten vier Jahren stieg das Geschäftsvolumen um über 510 Mrd. € an. Der erfolgreiche Finanzplatz ist Garant für Wachstum, Stabilität und Wohlstand, nicht nur im Rhein-Main-Gebiet, sondern in ganz Hessen. Deswegen muss auch die Landespolitik mit allen ihr zugänglichen Instrumenten dafür sorgen, dass dieser Finanzplatz seine Stellung im fairen Wettbewerb, vor allem mit London, behaupten und seine Vorteile ausbauen kann.

Wir werden

- alles dafür tun, damit auch in unserem Land brillante Mitarbeiter mit international höchstem Know-How ausgebildet werden. Das Center for Financial Studies ist mittlerweile im internationalen Maßstab gut positioniert. Das House of Finance, in dem alle für finanzwirtschaftliche Themen notwendigen Expertisen gebündelt werden, wird bedarfsgerecht aufgebaut und weiterentwickelt.
- die notwendigen nationalen und internationalen Verkehrsanbindungen im Bereich Straße, Bahn oder Flugzeug konsequent ausbauen,
- dafür sorgen, dass international hoch qualifizierte Experten für ihre Arbeitsphase in Deutschland ein optimales Umfeld finden. Dazu gehört sowohl das Kultur- wie auch das Schulangebot. Die Internationalen Schulen im Rhein-Main-Gebiet leisten eine hervorragende Arbeit; der Aufbau der Europäischen Schule wird von der Landesregierung unterstützt.
- uns dafür einsetzen, dass die steuerlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen so gestaltet werden, dass für ausländische Arbeitskräfte, die für eine bestimmte Zeit für die Mitarbeit in einem deutschen Unternehmen gewonnen werden, steuerliche Anrechnungsmöglichkeiten geschaffen werden, damit die Netto-Einkommensdifferenz zwischen dem ausländischen und deutschen Standort nicht mehr so gravierend ist (z.B. zwischen London und Frankfurt).

Mittelstand stärken, Selbständigkeit fördern

In kaum einem anderen Land der Welt spielt der Mittelstand eine so wichtige wirtschaftliche und gesellschaftliche Rolle wie in Deutschland. Allein in Hessen gibt es ca. 300.000 mittelständische Unternehmen mit insgesamt 1,5 Millionen Beschäftigten. Im Mittelstand wird mehr als die Hälfte der Bruttowertschöpfung aller Unternehmen erwirtschaftet. Über 70% aller Arbeitnehmer sind bei mittelständischen Unternehmen beschäftigt und 80% der Lehrlinge werden dort ausgebildet. Die Benachteiligung des Mittelstandes muss durch eine gerechte Steuerpolitik und durch den Abbau von einseitigen Subventionen an Großbetriebe beseitigt werden. Ziel ist es, die Eigenkapitalquote des Mittelstandes zu erhöhen. Der Mittelstand ist ein wichtiger Faktor für Stabilität, Wertschöpfung und Schaffung neuer Arbeitsplätze in ganz Hessen. Insbesondere der zukunftsorientierte und erfolgreiche Einstieg unserer jungen Menschen in die Berufs- und Arbeitswelt ist ein zentrales Anliegen unserer Wirtschaftspolitik in Hessen.

Wir werden

- die hessischen Unternehmen und besonders die Betriebe im Mittelstand in ihren Anstrengungen weiter unterstützen, ausreichend Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Jugendliche zu schaffen, damit möglichst allen jungen Menschen ein sicheren Einstieg in die Arbeitswelt gelingt. Alle Bestrebungen müssen darauf ausgerichtet werden, dass junge Menschen einen Beruf ergreifen können und vor allem Schülerinnen und Schüler mit einem schlechten oder ohne Schulabschluß nicht in die Arbeitslosigkeit geraten. Dies ist eine zentrale Verpflichtung gegenüber der nachrückenden Generation.
- Planungs- und Genehmigungsverfahren reduzieren und zeitlich verkürzen sowie prüfen, inwieweit die Mehrstufigkeit der Verfahren verringert werden kann.
- uns dafür einsetzen, dass die mittelstandsfeindliche rot-grüne Steuerpolitik beendet wird. Die Beschneidung der früheren „630-DM-Jobs“, die Regelung zur Scheinselbständigkeit schützen keine Arbeitsplätze, sondern behindern die Schaffung neuer Arbeitsplätze und müssen deshalb konsequent reformiert werden.
- dafür sorgen, dass auch künftig die Finanzierung von Investitionen durch mittelständische Unternehmen gesichert werden kann. Vor dem Hintergrund der Basel II-Beschlüsse, aber auch der unattraktiven Rendite aus der Kreditver-

gabe droht die Gefahr, dass die Kreditwirtschaft sich zumindest teilweise aus dem Mittelstandsgeschäft zurückzieht. Dies gilt insbesondere für die Unternehmen in den strukturschwächeren Regionen. Hier wird die Landesregierung auch weiterhin alle Anstrengungen unternehmen, mittelständische Unternehmen aus Handwerk, Handel und Industrie, aus Bau und Dienstleistungswirtschaft sowie freien Berufen gezielt zu fördern.

- Schwarzarbeit konsequent bekämpfen. Schwarzarbeit verursacht Jahr für Jahr einen Schaden von rund 5 Mrd. € für das hessische Handwerk. Neben den von uns verbesserten ordnungsrechtlichen Instrumentarien benötigen wir vor allem Maßnahmen, die das Übel Schwarzarbeit an der Wurzel packen. Die hessische CDU spricht sich daher für die steuerliche Absetzbarkeit von Handwerksrechnungen bei eigengenutzten Immobilien aus. Bei einer steuerlichen Gleichbehandlung der eigen- und fremdgenutzten Immobilie soll Selbstnutzern künftig einerseits eine fiktive Mieteinnahme angerechnet werden, andererseits sollen sie aber im Gegenzug Schuldzinsen, Abschreibungen sowie gerade auch Handwerksrechnungen völlig absetzen können. Dieses Modell soll nicht generell verpflichtend sein, sondern vielmehr als Option an Stelle der bisherigen Verfahrensweise von den Eigentümern wählbar sein.

Mit Fördern und fordern für eine effiziente Arbeitslosen- und Sozialhilfe

Der Anspruch auf staatliche Unterstützung muss die Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme oder Qualifizierung voraussetzen. Wer arbeitsfähig ist und Arbeit erhalten kann, muss arbeiten, sonst muss mit massiven Einschnitten gerechnet werden. Solange Sozialleistungen ohne Gegenleistung zu haben sind, fehlen die Anreize zur Aufnahme von Arbeit.

Wir werden

- mit der Umsetzung unseres „Offensivgesetzes“ soziale Leistungen für erwerbsfähige Hilfesuchende an Arbeit oder Qualifizierung binden.
- die Leistungen der Arbeitslosen- und Sozialhilfe, individuelle Beratung und passgenaue Vermittlung für alle erwerbsfähigen Hilfesuchenden an einer Stelle zusammenfassen.

- die Tätigkeit der Sozial- und Arbeitsämter für Sozialhilfeempfänger und Arbeitslosenhilfeempfänger zusammenführen, damit Synergieeffekte erzielt werden können.
- die nach dem Offensivgesetz vorgesehenen „Vermittlungsagenturen“ gründen.
- auf Bundesebene darauf hinwirken, dass die Zumutbarkeitskriterien zur Arbeitsaufnahme im BSHG verschärft werden.
- darauf hinwirken, dass die Verpflichtung zu gemeinnütziger Tätigkeit verstärkt wird.

Ländliche Wirtschaftsregionen stärker fördern

Auch über die zentralen Gebiete in Nordhessen und Rhein-Main hinaus gilt es, die Dynamik der Wirtschaftsregion Hessen zu fördern. Mittel-, Nord- und Osthessen sowie die ländlichen Regionen in West- und Südhessen sind als Standorte innovativer wachstumsstarker und international orientierter mittelständischer Industrie- und Dienstleistungsunternehmen weiter zu stärken.

Wir werden

- diesen Prozess besonders in topografisch schwierigen und ökologisch wertvollen Regionen durch eine naturverträgliche Ausweisung von Gewerbeflächen, dem bedarfsgerechten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und die Stärkung von Fachhochschulen, Berufsakademien und anderen Bildungseinrichtungen fördern.
- dafür sorgen, dass auf keinen Fall Mittel-, Nord- und Osthessen sowie die ländlichen Regionen in West- und Südhessen durch überzogene Ausweisung von FFH-Gebieten und die restriktive und einseitige Anwendung von natur- und landschaftsschutzrechtlichen Ausgleichsregelungen auf eine Rückzugs- und Freizeitfunktion für die Ballungsräume Kassel und Rhein-Main reduziert werden.

4. Forschung und Technologie – Zukunftsfelder verantwortungsvoll erschließen

Hessen ist ein herausragender Hightech-Standort. Das beweist nicht nur die prosperierende Biotechnologie im Rhein-Main-Gebiet, sondern auch, dass ein Hightech-Produkt wie der Transrapid in Kassel in Serie geht.

Für ein ansonsten rohstoffarmes Land ist ein offener Umgang mit neuen Technologien und den Ergebnissen wissenschaftlicher Forschung unverzichtbare Voraussetzung für den Erhalt des Wohlstandes. In einer globalisierten Wirtschaftsordnung wird in Zukunft nur derjenige den Wettbewerb mitbestimmen, der frühestmöglich die sich bietenden Chancen der Zukunftstechnologien nutzt.

Gleichzeitig bedarf es eines permanent begleitenden Diskurses über die Nutzung dieser Technologien. Denn um der gesellschaftspolitischen Verantwortung von Forschung nachhaltig gerecht zu werden, müssen ethische Maßstäbe gesetzt und beachtet werden. Nur so können neue Technologien gesellschaftliche Akzeptanz erfahren. Eine uferlose, bedingungsfreie Entwicklung der Forschung würde sich am Ende gegen die Menschen *selbst* richten. Die CDU Hessen tritt deshalb für eine offensive, aber auch verantwortungsvolle Erschließung von neuen Zukunftsfeldern ein.

Wir haben

- den Transrapid- und Hochtechnologiestandort Nordhessen vorangebracht. Der Transrapid steht exemplarisch für die innovative Kraft der Region Nordhessen. Die CDU-geführte Landesregierung hat sich in den letzten Jahren maßgeblich für den Erhalt der Hightech-Industrie in Deutschland und auch in Nordhessen eingesetzt. Das Interesse Chinas an dieser Technologie ist ein Glücksfall für Kassel, allerdings wird dieser Vorteil nur gesichert, wenn neben den Anwendungsstrecken in China auch deutsche oder europäische Anwendungsstrecken realisiert werden. Die CDU Hessen spricht sich daher für den schnellen Bau innerdeutscher Transrapidstrecken aus, nicht nur im Nah- sondern vor allem auch im Fernverkehr. Dafür bietet sich auch die ergebnisoffene Prüfung einer Strecke zwischen den Flughäfen Frankfurt/Main und Frankfurt/Hahn an, mit einer weiteren Anbindung nach Luxemburg und/oder Brüssel.

- eine Forschungs- und Technologiepolitik ohne ideologische Scheuklappen betrieben. Wir wollen den Weg, Hessen zur Region Nr. 1 für Spitzentechnologie in Europa zu machen, fortsetzen. Mit der Gründung von Innovationszentren wie z.B. dem Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie (FIZ) in direkter Nachbarschaft zu führenden Biotechnologieinstituten ist bereits ein wichtiger Schritt auf diesem Weg gegangen worden. Diese Entwicklung muss auch für strukturschwächere Regionen vorangebracht werden.

Technologische Chancen weiter nutzen

Ein entscheidender Standortfaktor für Hessen und insbesondere für das Rhein-Main-Gebiet ist das Zusammenwirken im Bereich Finanzplatz, Bio- und Zukunftstechnologien, Informations-, Verkehrs- und Telekommunikationswirtschaft. Die glänzenden Chancen Hessens müssen weiter entwickelt werden, um unsere Spitzenplätze zu sichern und unseren Vorsprung auszubauen.

Wir werden

- das Zusammenwachsen von High-Tech und Finanzen, Biotechnologie und Informationstechnologien durch branchenübergreifende Kommunikationsplattformen (Wirtschaftsförderung, Hochschule, Branchenvertreter, IHK) für Netzwerke, Partnerschaften, neue Kooperationen und neue Start-up-Unternehmen unterstützen.
- die unter Rot-Grün vernachlässigte Technologie-Stiftung konsequent weiter ausbauen und ihr eine zentrale Rolle bei der Vernetzung und Promotion des Wissenschafts- und High-Tech-Standortes Hessen geben.
- die Medien- und Kommunikationsunternehmen in Hessen stark machen. Wir wollen den Kontakt zwischen Wirtschaft und Hochschulen auch in diesem Bereich ausbauen, damit der Fachkräftemangel auf diesem Gebiet beseitigt werden kann.

Mit Verantwortung forschen: Biotechnologie und Gentechnik

Die Einstellung zur Biotechnologie in Hessen hat sich während der Regierungszeit der CDU grundlegend geändert. Während rot-grüne Ideologen früher von „Risiko-

technologien“ sprachen, hat sich inzwischen die Erkenntnis durchgesetzt, daß es sich hierbei um Zukunftstechnologien des 21. Jahrhunderts handelt. Gerade hier bedeutet staatlich verordneter Stillstand technologischen Rückschritt. Die CDU hat dagegen die sich bietenden Chancen im Hinblick auf Wissenschaft und Forschung, Wirtschaft und Arbeitsplätze entschlossen ergriffen. Der offene Dialog und die grundsätzlich forschungsfreundliche Einstellung haben sich bewährt. Die Zahl der hessischen Biotechnologieunternehmen stieg von 1998 bis 2000 um 15%. Viele Unternehmen haben ihren Standort in hessische Regionen verlegt. Über 15.000 Mitarbeiter arbeiten in 330 Biotechnologieunternehmen. Mittlerweile hat Hessen gegenüber anderen Ländern sogar bei den Arbeitsplätzen die Nase vorn. Doch dies kann nur der Anfang einer gewünschten Entwicklung sein. Dabei ist „Forschen mit Verantwortung“ der Grundsatz, dem die hessische CDU in diesem Bereich folgt.

Wir wollen

- den weltweit bekannten und geschätzten Chemie-Standort zu einem Biotechnologie-Standort erweitern. Hessen bietet mit hervorragend ausgebildeten Fachkräften ein großes Potenzial. Wo Wissen ist, kommt auch Wissen hin. Die CDU wird für die Vorzüge des Standorts Hessen werben. Wir wollen die bereits vorhandene Internationalität Hessens nutzen, ein Know-how-Marketing anzustoßen. Im Zuge dessen wollen wir die Forschungsinfrastruktur verbessern. Insbesondere ist es nötig, die Drittmittelfinanzierung – wie sie in den USA gang und gäbe ist – zu fördern und staatliche Subventionierung auf ein Mindestmaß zu beschränken.
- vor dem Hintergrund des jahrelangen, ideologisch bedingten Stillstands in der "Grünen Gentechnik" über die Chancen dieses Forschungszweiges besser aufklären. Mit dieser Technologie sind einerseits positive Auswirkungen auf die Umwelt möglich, indem durch verbesserte Resistenzen der Pflanzenschutzmittel-aufwand vermindert werden kann. Darüber hinaus können pflanzliche Inhaltsstoffe auch im Hinblick auf Krankheitsprävention optimiert werden. Die „Grüne Gentechnik“ soll einen gleichberechtigten Stand neben der „Roten Gentechnik“ haben, zumal beide zunehmend ineinander greifen. Dabei wollen wir insgesamt darauf achten, dass es in Hessen staatliche Förderung in der Gentechnik nur für verantwortbare Vorhaben gibt. Nicht alles, was technisch möglich ist, darf auch machbar sein. Ethische und ökologische Bedenken

müssen ernst genommen werden und Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben. So müssen etwa im Bereich der „Grünen Gentechnik“ effektive aber auch praktikable Kennzeichnungsvorschriften – auch auf europäischer Ebene – durchgesetzt werden, damit der Verbraucher nicht nur informiert ist, sondern selbst über die Verwendung der Produkte entscheiden kann, dazu sind einheitliche Grenzwerte festzulegen. Gleichzeitig wird dabei der Abbau von Resentiments gefördert. Bei der menschlichen Stammzellenforschung muß der Forschungsschwerpunkt auf der adulten Stammzellforschung als ethisch unbedenklicher Forschungsmethode konzentriert werden. Gleichzeitig setzt sich die CDU für die Förderung neuer Forschungsschwerpunkte wie etwa der Proteomik. (Proteinforschung) und der In-Vitro-Translation (Proteinherstellung ohne Zellen) ein.

- auf eine enge Zusammenarbeit der Entscheidungsträger in Wissenschaft, Forschung, Wirtschaft und Politik zu gegenseitigem Verständnis hinarbeiten, um damit auch zur Feststellung und Bewahrung grundlegender gesellschaftlicher Werte zu kommen. So soll die Verknüpfung zwischen Universitäten, Forschungseinrichtungen und mittelständischen Unternehmen noch weiter verbessert und zu Netzwerken ausgebaut werden. Gleichzeitig will die CDU mit der Gründung von Innovationszentren preiswerte Labor- und Büroflächen zur Verfügung stellen und den Kontakt zwischen Nachwuchsforschern und Kapitalgebern herstellen, um so schneller als andere die Umsetzung praktischer Forschungsergebnisse in neue Produkte und Verfahren, aber auch in den gesellschaftlichen Diskurs zu ermöglichen.

5. Vorrang für Familien:

In Hessen geht es sozial und gerecht zu

Grundprinzipien unserer Sozialpolitik sind Solidarität und Subsidiarität. Fördern und Fordern sind die Leitgedanken unseres sozialpolitischen Handelns. Dabei stehen der Staat und der Hilfesuchende in einem gegenseitigen Verantwortungsverhältnis. Menschen, die auf Grund von Krankheit, Behinderung oder Alter dauerhaft auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, müssen wissen, dass sie nicht alleine gelassen werden und ihnen geholfen wird. Organisationen, die Hilfsbedürftigen mit Rat und Tat zur Seite stehen, müssen wissen, dass sie der Staat bei ihrem Engagement unterstützt. Menschen, die sich im Rahmen einer Aktiven Bürgergesellschaft für die Allgemeinheit engagieren, müssen die erforderliche Wertschätzung erfahren.

Die CDU-Hessen steht für einen Paradigmenwechsel von einer ausschließlichen Anspruchshaltung zu Gunsten eines Konzepts von Leistung und Gegenleistung ein. Soziale Leistungen sollen für jeden Hilfesuchenden, der erwerbsfähig ist, grundsätzlich an Beschäftigung bzw. Aus- und Weiterbildung geknüpft sein. Der Staat verpflichtet sich, Hilfestellung bei der Beseitigung von Problemen, die eine Arbeitsaufnahme verhindern, zu leisten. Kinder dürfen zukünftig keine Sozialhilfebezieher mehr sein - ihnen muss eine eigenständige Finanzausstattung unabhängig von der Sozialhilfe zukommen.

Insbesondere in Jahren äußerst eingeschränkter finanzieller Möglichkeiten braucht Politik Prioritäten, hohe Zielgenauigkeit und Augenmaß. Auch in der Sozialpolitik muss es deshalb erlaubt sein, Förderprogramme auf ihre Wirtschaftlichkeit und ihren Erfolg zu überprüfen. Denn bei einer Förderung nach dem „Gießkannenprinzip“ wird letztlich denjenigen zu wenig geholfen, die tatsächlich Unterstützung brauchen.

Weil freigemeinnützige, kirchliche und private Träger mit ihrem Wirken unersetzlicher Bestandteil unserer Gesellschaft sind, spricht sich die CDU klar für einen Vorrang freier Träger gegenüber öffentlichen Trägern aus. Überall dort, wo durch das Engagement freier und privater Träger die erforderlichen sozial- und gesellschaftspolitischen Angebote flexibler und genauso gut vorgehalten werden können, ist ein zusätzliches staatliches Engagement über öffentliche Träger nicht erforderlich.

Versprochen – Gehalten

Wir haben

- begonnen, sämtliche Förderrichtlinien nach den Grundsätzen: Verwaltungsvereinfachung, Deregulierung und Bürgernähe zu überarbeiten. Mit der Richtlinie für die Förderung sozialer Gemeinschaftseinrichtungen und nichtinvestiver sozialer Maßnahmen (IMFR) wurden die bisher getrennten Investitions- und Maßnahmeförderrichtlinien zusammengefasst. Ein entscheidender Vorteil liegt darin, dass nunmehr nicht mehr jeder einzelne Förderbescheid durch das Sozialministerium zu bestätigen ist. Dies ist ein wichtiger Schritt zur Verwaltungsvereinfachung.
- mit dem OFFENSIV-Gesetz (Optimal Fördern und Fordern – Engagierter Service In Vermittlungsagenturen) erstmals eine grundlegende und strukturelle Reform der Arbeitslosen- und Sozialhilfe im Rahmen eines Gesamtkonzepts präsentiert. Wir wollen weg von der reinen Alimentation hin zu einem Fördern und Fordern. Arbeit, Qualifikation oder qualifizierende Beschäftigung haben Vorrang vor dem Bezug von Sozialleistungen ohne Gegenleistung. Im Sinne einer effektiven Hilfe werden die Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammengeführt. Dem Hilfesuchenden wird nun bei einer einzigen Anlaufstelle – dem so genannten Job-Center – eine umfassende und auf die individuellen Bedürfnisse abgestimmte Hilfe zuteil. Es gilt der Grundsatz: Ein Mensch, ein Betreuer, ein Geldtopf. Rechte und Pflichten beider Seiten werden in einem verbindlichen Vertrag – dem Hessen-Pakt – festgelegt. Der Hilfesuchende verpflichtet sich, sich selbst nach besten Kräften an der Vermittlung in ein neues Beschäftigungsverhältnis zu beteiligen. Lehnt er grundlos ein zumutbares Angebot ab, greifen Sanktionsmaßnahmen in Form von Leistungskürzungen nun schneller als bisher.
- insgesamt rd. 20 Mio. € für familienpolitische Leistungen in den Jahren 2000-2002 ausgegeben. Hessen ist mit einem umfangreichen Maßnahmenkatalog für mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit auf dem Weg zum Familienland Nummer 1 in Deutschland.
- die „Familienpolitische Offensive“ mit vielen innovativen Ideen (z.B. „Kommunaler Familientisch“) gestartet und deren Mittelausstattung von 256.000 € im Jahr 2001 auf 375.000 € 2002 erhöht.

- auf die Förderung der Mütterzentren einen besonderen Wert gelegt und deren Förderung von 250.000 € im Jahr 2000 auf 295.000 € im Jahr 2002 und Folgejahren angepasst.
- den Hessischen Familientag eingeführt, der erstmals am 24. August 2002 in Bensheim (Bergstraße) stattfand. An diesem Großereignis wird den Familien aus ganz Hessen die Gelegenheit zu Unterhaltung, Information und Spiel geboten.
- mit der „Offensive für Kinderbetreuung“, die vor allem innovative Ansätze wie Tagesmütterprojekte, flexible Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen oder Mittagstische für Schulkinder fördert, einen - vor allem auch für die Frauen - wichtigen Schritt zur besseren Vereinbarung von Familie und Beruf getan. Die Fördermittel des Landes für Kinderbetreuung wurden aufgestockt. Allein im Jahr 2001 wurden im Rahmen der „Offensive für Kinderbetreuung“ 8,2 Mio. € und damit zusätzlich 6,1 Mio. € für die Kinderbetreuung bereitgestellt. Im Jahr 2002 wurden die Mittel nochmals auf 9,9 Mio. € erhöht.
- als einziges Bundesland einen Zuschuss zur Altersvorsorge von Tagespflegepersonen / Tagesmüttern eingeführt. Dieser Festbetrag von 200 € pro Halbjahr wird fortlaufend angepasst. Dies stärkt nachhaltig deren eigenständige soziale Absicherung.
- den virtuellen Familienatlas (www.sozialnetz.de) aufgebaut, in dem sich Kinder und Eltern über vielfältige regionale Angebote für Familien informieren können.
- die „Hessenstiftung: Familie hat Zukunft“ gegründet. Deren Aufgabe ist es, die Entwicklung neuer ganzheitlicher konzeptioneller Ansätze zur Verbesserung der familienpolitischen Rahmenbedingungen zu fördern.
- den Wettbewerb „familienfreundliche Kommune“ ins Leben gerufen.
- mit der Öffnung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes durch eine Experimentierklausel ein höheres Maß an Flexibilität vor Ort bei der Umsetzung der Frauenförderpläne geschaffen. Das Mentorinnen-Netzwerk für Frauen in naturwissenschaftlichen Fächern an Universitäten und Fachhochschulen oder das Projekt: „Frauen und Führung“, eine Initiative zur Erhöhung des Frauenanteils in Wirtschaft, Verwaltung und Politik, sind nur zwei Beispiele dafür.

- mit der Schaffung flexibler, familienfreundlicher Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen im Öffentlichen Dienst begonnen, dem eine Vorbildfunktion zukommt.
- Beispiel Audit: Familie und Beruf im Hessischen Sozialministerium. Flexible Arbeitszeiten, Beurlaubung über die gesetzliche Elternzeit hinaus oder Programme zur Wiedereingliederung nach der Familienphase sind hier selbstverständlich.
- Beispiel Modellversuch: „Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen durch alternierende Telearbeit“. Dadurch ist es Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Landesverwaltung in allen Laufbahn- und Vergütungsgruppen möglich, einen Teil der Arbeit am häuslichen Arbeitsplatz zu verrichten.
- mit der Jugendleitercard und dem Sonderurlaubsgesetz für ehrenamtliche Jugendarbeit wichtige Schritte zur Förderung der ehrenamtlichen Jugendarbeit umgesetzt.
- das Fundament für eine qualitativ hochwertige Pflegebetreuung durch die Übernahme der Schulkosten für die Altenpflegeausbildung durch das Land und die neu geschaffene Möglichkeit einer, unter bestimmten Bedingungen, verkürzten Altenpflegeausbildung und einer einjährigen Altenpflegehilfeausbildung gelegt.
- verhindert, dass Familien, die zur Unterstützung ihrer pflegebedürftigen Angehörigen auf Hilfskräfte aus Nicht-EU-Ländern zurückgreifen wollen, kriminalisiert werden. Das Land Hessen hat bei der Bundesregierung die Änderung der entsprechenden arbeits- und ausländerrechtlichen Regelungen bewirkt, so dass kurzzeitig ausländische Pflegehilfskräfte legal tätig sein können.
- die Landeskrankenhausplanung auf eine Rahmenplanung beschränkt. Hierzu hat das Land bereits gemeinsam mit dem Landeskrankenhausausschuss einen „Planungskorridor“ je Fachgebiet und Versorgungsgebiet aufgestellt. Dadurch wurde die Flexibilität für Einrichtungen vor Ort wesentlich verbessert. Die regionalen Krankenhauskonferenzen haben noch mehr dezentrale Entscheidungskompetenzen erhalten. Sie setzen die Rahmenplanung durch den Abschluss zweiseitiger Versorgungsverträge zwischen den Krankenhäusern

und den Krankenkassen, die der Zustimmung der regionalen Krankenhauskonferenzen bedürfen, um.

- durch ein modernes Landes-Krankenhausgesetz umfassend auf die Strukturveränderungen im Krankenhauswesen reagiert und eine patienten- und bedarfsgerechte stationäre Versorgung der Bevölkerung langfristig sichergestellt sowie durch die Möglichkeit einer Darlehensfinanzierung von Investitionen den langjährigen Investitionsstau abgebaut.
- alle bestehenden Gesetze und Verordnungen generell auf besondere Auswirkungen für behinderte Menschen überprüft sowie die Belange behinderter Menschen bereits bei der Erstellung von neuen Gesetzen und Verordnungen berücksichtigt.
- mit verschiedenen Landesprogrammen dazu beigetragen, die Arbeitslosigkeit behinderter Menschen in Hessen deutlich zu verringern. Beim Abbau hat Hessen eine Spitzenposition und liegt weit über dem Bundesdurchschnitt. Das Land erfüllt nicht nur deutlich die gesetzlich vorgegebene Quote zur Beschäftigung von Schwerbehinderten in der Landesverwaltung, sondern wirkt auch darauf hin, dass private Unternehmen diesem Beispiel folgen.
- das ineffektive Programm: „Arbeit statt Sozialhilfe“ der rot-grünen Vorgängerregierung durch das „Hessische Aktionsprogramm Regionale Arbeitsmarktpolitik“ (HARA) abgelöst, das passgenauer und personenbezogener ist und einen besonderen Schwerpunkt auf die Förderung von Langzeiterwerbslosen und Sozialhilfeempfängern legt. Die finanzielle Förderung von HARA betrug im Jahr 2002 10,1 Mio. € und liegt damit wesentlich höher als die Förderung von „Arbeit statt Sozialhilfe“ (1999: rd.7,5 Mio. €). HARA wird ausschließlich aus echten Landesmitteln und aus ESF-Mitteln finanziert und nicht, wie unter rot-grün, aus kommunalen Finanzausgleichsmitteln.
- in der BSE- und MKS-Krise kompetentes Krisenmanagement im Sinne des Verbraucherschutzes betrieben. Hessen hat bei der Einführung der BSE-Schnelltests für Rinder ab 24 Monate eine bundesweite Vorreiterrolle gespielt und mit dem BSE-Sofortprogramm einen wirksamen, umfassenden und ressortübergreifenden Maßnahmenkatalog aufgelegt. Das Land hat die Kosten für die BSE-Schnelltests übernommen.

- seit der Übernahme der Regierungsverantwortung nicht nur den von der rot-grünen Vorgängerregierung zu verantwortenden Stellenabbau in der hessischen Lebensmittelüberwachung gestoppt, sondern gleichzeitig auch in einem immensen Kraftakt allein in den vergangenen zwei Jahren die Stellen für Lebensmittelkontrolleure um über 36% aufgestockt. Angesichts der dramatischen Situation in der hessischen Lebensmittelüberwachung bei Regierungsantritt haben wir in einem Sonderprogramm mit der erstmals in Hessen durchgeführten Ausbildung für Lebensmittelkontrolleure das Vertrauen der Verbraucher in die Lebensmittelsicherheit neu gestärkt. 26 neu ausgebildete Lebensmittelkontrolleure achten auf Qualität.
- die Zuständigkeiten in der Lebensmittelüberwachung und Lebensmittelkontrolle neu konzipiert, Verwaltungsabläufe vereinfacht und die Arbeit der Untersuchungsämter durch die Vermeidung von Doppelzuständigkeiten sowie Investitionen in zeitgemäße Analysetechniken effektiver gemacht.
- einen ernährungswissenschaftlichen Beirat gegründet, der sich aus Vertretern von Verbraucherorganisationen, Landwirtschaft, Wissenschaft, Handel und Parteien zusammensetzt, um den Dialog der Verantwortlichen in Ernährungsfragen zu verbessern.
- durch die Reform der Arbeitsschutzverwaltung im Zuge der Verwaltungsstrukturreform für eine effektivere Kontrolle der Einhaltung der Schutzbestimmungen gesorgt.
- das überzogene hessische Zweckentfremdungsgesetz entschärft und der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts angepasst. So wurde der Geltungsbereich des Gesetzes von über 300 auf unter 50 Kommunen reduziert.
- die Regelungen der sog. Fehlbelegungsabgabe geändert. Um eine soziale Durchmischung in Gebieten mit einseitiger Bewohnerstruktur zu gewährleisten, wurden in solchen Gebieten die sog. Kappungsgrenzen um 20% verringert. Des Weiteren erhalten die Kommunen künftig mehr Spielraum bei der Verwendung der aus der Fehlbelegungsabgabe eingenommenen Mittel.
- die Hessische Bauordnung deutlich vereinfacht und bürgerfreundlicher gestaltet. Auf Baugenehmigungen wird künftig vielfach ganz verzichtet.

Kraftanstrengung für ein familienfreundliches Hessen

Hessen hat in den vergangenen Jahren durch eine hervorragende Wirtschafts-, Bildungs- und Sicherheitspolitik, die Rahmenbedingungen für die Familien in Hessen wesentlich verbessert. Sichere Arbeitsplätze schaffen die materielle Grundlage zur Familiengründung. Die Unterrichtsgarantie sichert den Kindern den besten Start in eine erfolgreiche Zukunft. Die Maßnahmen zur inneren Sicherheit schaffen Sicherheit und Vertrauen für die ganz Familie. Damit wird deutlich, dass Familienpolitik mehr ist als eine soziale Maßnahmenpolitik.

Hessen ist inzwischen ein Familienland geworden, weil wir die Familie als wichtigste Säule der Gesellschaft ins Zentrum der Landespolitik gerückt haben. Bei uns finden Familien Unterstützung, insbesondere auch bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die Erziehung der Kinder in der Familie hat absoluten Vorrang! Wer Kinder erzieht, leistet einen wichtigen Beitrag für die Generationen. Dies muss stärker als bisher gewürdigt und unterstützt werden.

Wir wollen

- die Initiative der Landesregierung zur Änderung von Bundesgesetzen zu Gunsten der Familien erweitern. Die Ergebnisse des „Wiesbadener Entwurfs“ des Familienpolitikexperten Borchert werden dabei wichtige Ausgangspunkte sein. Die Hessische Landesregierung wird einen ganzheitlichen Finanzentwurf für die Zukunft von Kindern und Familien erarbeiten. Die bereits begonnene Auseinandersetzung mit dem „Schweizer Modell“ in der Rentenversicherung wird fortgesetzt.
- mehr Gerechtigkeit im Steuer-, Renten- und Sozialversicherungssystem zu Gunsten von Familien. Hier muss das Prinzip gelten: wer Kinder erzieht, leistet einen wichtigen Beitrag für den Generationenvertrag. Deshalb darf Kindererziehung nicht zu gesellschaftlichen und finanziellen Benachteiligungen führen.
- eine echte Wahlfreiheit zwischen ausschließlicher Kindererziehung eines Elternteils und der Vereinbarkeit zwischen Kindererziehung mit Berufstätigkeit beider Elternteile für alle Schichten der Bevölkerung. Wir fordern deshalb die Arbeitgeber dazu auf, die Kompetenzen, die während der Erziehungszeit er-

worben wurden, bei der Wiedereinstellung von Eltern nach der Erziehungszeit verstärkt zu berücksichtigen.

- durch bedarfsgerechte Kinderbetreuungsangebote, die den individuellen Wünschen der Eltern entsprechen, bessere Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familienarbeit und Berufstätigkeit schaffen.
- flexiblere Öffnungszeiten von Betreuungseinrichtungen, den Ausbau der Angebote im Tagesmütterbereich und privater Initiativen. Wir setzen uns für generationenübergreifende Kinderbetreuungspatenschaften und Betriebskinder-einrichtungen ein. Weil im Kindergartenbereich eine Vollversorgung bei Betreuungsplätzen gewährleistet ist, konzentrieren wir uns jetzt auf den Ausbau der Angebote für unter dreijährige Kinder und für Schulkinder.
- einen besonderen Schwerpunkt in unserer Familienpolitik auf den Ausbau der Tagesmütterbetreuung legen, weil dies dem Wunsch der meisten Eltern nach individueller Betreuung gerade von Klein- und Kleinstkindern am ehesten entspricht. Der Aufbau eines Tagesmütternetzwerkes mit dem Ziel der Gewinnung und der Fort- und Weiterbildung von Tagesmüttern und -vätern und die Einrichtung von Vermittlungsstellen hat bereits begonnen. Dies soll mit dem Ziel eines flächendeckenden, bedarfsorientierten Angebotes weiter ausgedehnt werden.
- ein Klima in Hessen schaffen, in dem sich Familien ernst genommen fühlen und sie Unterstützung und Wertschätzung erfahren. Dazu gehören familienfreundliche Wohn- und Verkehrsbedingungen, Freizeitangebote, familienverträgliche Arbeitsplätze und Arbeitszeiten sowie eine flexible Kinderbetreuung. Mit dem Modellprojekt: „Kommunaler Familientisch“, welches zur Verbesserung der örtlichen Rahmenbedingungen für Familien initiiert wurde, geht Hessen hier schon jetzt einen neuen Weg des Dialogs zwischen allen Beteiligten. Diesen wollen wir fortführen.
- zur Unterstützung und Förderung der Erziehungskompetenz der Eltern in Einrichtungen der Familienbildung und -beratung durch Elternbildung beitragen. Dazu dient der Ausbau und die Förderung vor allem von Familienbildungsstätten und Erziehungsberatungsstellen. Kindereinrichtungen, Schule und Jugendarbeit sind familienergänzend tätig. Die Kindererziehung kann und soll nicht der Staat übernehmen. Sie ist und bleibt die vorrangige Aufgabe der El-

tern, aber wir wollen sie in ihrer Verantwortung und bei ihrer Aufgabenerfüllung stärken und unterstützen.

- regelmäßig einen hessischen Familientag durchführen.

Gleiche Chancen für Frauen

Als gleichrangiges Ziel der Lebensplanung von Frauen ist neben die Familienarbeit die Erwerbsarbeit gerückt. Mit unserem Leitbild in der Frauenpolitik, das auf die Partnerschaft zwischen Frauen und Männern mit gleichen Rechten, Chancen und gemeinsamer Verantwortung setzt, haben wir beste Voraussetzungen, diesem Selbstverständnis der Frauen gerecht zu werden.

Wir wollen

- bessere Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit für Frauen erreichen.
- die berufliche und gesellschaftliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Praxis weiterhin fördern und verbessern.
- auch in der Privatwirtschaft eine bessere Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit. Viele Firmen haben erkannt, dass auf die Kreativität, die Einsatzbereitschaft und das Organisationstalent von Frauen mit Kindern nicht mehr verzichtet werden kann und bieten deshalb verschiedene Betreuungsmodelle in Betriebskindereinrichtungen an. Wir begrüßen und unterstützen Initiativen in Betrieben, Arbeitszeiten weiter zu flexibilisieren, Kinderbetreuungsmöglichkeiten vorzuhalten und Weiterbildungsmöglichkeiten während und nach der Kindererziehungsphase anzubieten.
- uns dafür einsetzen, dass die Teilzeitorientierung fortgesetzt wird. Teilzeitanestellte haben weniger Krankheitstage, größere Motivation und dadurch höhere Produktivität. Durch mehr Mobilzeit entstehen neue Arbeitsplätze.
- den Ansatz, dass Chancengleichheit sowie frauen- und familienfreundliche Arbeitsbedingungen in der Unternehmensphilosophie fest verankert sein sollten, unterstützen.
- dafür sorgen, dass Frauen bei der Besetzung von Führungspositionen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik stärker berücksichtigt werden.

- die Angebote für Existenzgründerinnen stärker bekannt machen und ein Aktionsprogramm auflegen, weil wir im Bereich der Rahmenbedingungen für die Erwerbstätigkeit von Frauen einen Schwerpunkt sehen. Mit jeder Existenzgründung stärken Frauen den Wirtschaftsstandort Hessen und sichern ihre finanzielle Unabhängigkeit und eine eigene Altersversorgung.
- entsprechend unserer Zielsetzung, die Chancengleichheit von Frauen und Männern auf allen Feldern der Landespolitik und der Landesverwaltung durchzusetzen, das EU-Konzept zur Gleichstellungspolitik (gender mainstreaming) in Hessen weiter umsetzen und die Chancengleichheit in Konzepte und Maßnahmen der Landespolitik weiterhin einbinden.
- die Kreise, Städte und Gemeinden in Hessen auffordern, auf kommunaler Ebene die Chancengleichheit von Frauen und Männern entsprechend dem EU-Konzept zur Gleichstellungspolitik zu verwirklichen.

Perspektiven für die Jugend

Die Jugend soll Vertrauen in die Zukunft entwickeln, deshalb müssen den Jugendlichen Perspektiven aufgezeigt werden. Chancen und Risiken müssen für Jugendliche klar erkennbar und zu bewältigen sein. Jugendlichen muss deutlich gemacht werden, dass es sich lohnt, Leistung zu erbringen, dass es sich lohnt, sich in Gesellschaft und Politik einzubringen und Verantwortung zu übernehmen und dass es sich lohnt, sich ehrenamtlich für Mitmenschen zu engagieren.

Den Jugendlichen müssen vor allem im Elternhaus Werte wie Leistungsbereitschaft, Toleranz und Gewaltfreiheit vorgelebt und vermittelt werden. Die CDU Hessen versteht Jugendarbeit als Engagement für die Jugendlichen. Sie dient aber langfristig auch dem friedlichen, generationsübergreifenden Zusammenleben in unserer Gesellschaft.

Jugendliche benötigen eine klare berufliche und wirtschaftliche Perspektive. Gerade Jugendliche, die aufgrund schulischer, sozialer oder persönlicher Probleme Schwierigkeiten auf dem Ausbildungs- und Stellenmarkt haben, wurden mit der Jugendberufshilfe und anderen erfolgreichen Projekten, Beratungs- und Praktikumsprogrammen vielfach unterstützt.

Wir wollen

- dafür sorgen, dass die Jugendarbeit in Vereinen, Kirchen und Verbänden Priorität vor staatlicher Jugendarbeit hat.
- darauf hinwirken, dass die Jugendarbeit langfristig finanziell abgesichert wird.
- Intensiv daran arbeiten, dass ehrenamtliches Engagement in der Jugendarbeit weiterhin höchste Priorität genießt und öffentlich anerkannt wird.
- die Vermittlung von Werten und Orientierung in unserer Gesellschaft stärken, damit Jugendliche ein Wertebewusstsein entwickeln können. Insbesondere den Eltern, aber auch Lehrern, Erziehern, Jugendarbeitern, Jugendgruppen- und Vereinsleitern, jedem Erwachsenen, kommt eine Vorbildfunktion zu.
- das gesellschaftliche Engagement von Jugendlichen im Rahmen des „Freiwilligen Sozialen Jahres“, des „Freiwilligen Ökologischen Jahres“, des „Europäischen freiwilligen Dienstes“ und des „Freiwilligen Jahres im Betrieb“ fördern, weil es nicht nur der Berufsvorbereitung dient, sondern vor allem dazu beiträgt, soziale Kompetenzen zu entwickeln.
- Beteiligungsformen für Jugendliche wie Jugendparlamente und Jugendforen, in denen sie lernen, Verantwortung im Gemeinwesen zu übernehmen, weiter ausbauen. Deren Entscheidungskompetenzen müssen weiter verbessert werden. Ihre materielle Ausstattung ist zu sichern.
- getragen von den Schulen, Kommunen und Vereinen die Möglichkeiten für Jugendliche für kurzfristiges oder projektbezogenes Engagement verbessern. Für die Einrichtung ist der Wunsch der Beteiligten vor Ort maßgeblich.
- die Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendkriminalität ausbauen. Gerade jugendliche Straftäter müssen bereits nach der ersten Tat spürbar auf ihr Fehlverhalten aufmerksam gemacht werden. Ladendiebstahl oder Schwarzfahren sind Straftaten und stehen häufig am Anfang einer kriminellen Laufbahn. Auch hier gilt es, die Jugendlichen dabei zu unterstützen, ein ausgeprägtes Bewusstsein für Recht und Unrecht zu entwickeln und sie auch mit den Folgen für die Opfer zu konfrontieren. Deshalb sind die Maßnahmen der Jugendhilfe und die Tätigkeit der Strafverfolgungsbehörden noch besser aufeinander abzustimmen.

Austausch der Generationen – Erfahrungen der Senioren nutzen

Die Verantwortung für Senioren ist eine generationenübergreifende Aufgabe. Jung und Alt sind füreinander verantwortlich. Die Senioren haben durch ihre Lebensleistung für unseren Wohlstand gesorgt; sie haben Anspruch, von den jüngeren Menschen solidarisch unterstützt zu werden.

Es entspricht der Würde des Menschen, ihn in seinen Fähigkeiten zu stärken, seine Kenntnisse und Lebenserfahrung zu nutzen und nicht „alt“ mit „hilfsbedürftig“ gleichzusetzen. Menschen, die heute aus dem Erwerbsleben ausscheiden, sind überwiegend weiterhin mobil und aktiv. Sie möchten sich in vielfältiger Form in die Gesellschaft einbringen, sich ehrenamtlich engagieren und auch weiterbilden.

Wir wollen

- Angebote für vielfältige Freizeitangebote und Weiterbildung fördern und gleichzeitig die vorhandenen Potenziale von Berufs- und Lebenserfahrung verstärkt nutzen, z.B. durch Seniorenpatenschaften in der Kinderbetreuung, Patenschaften zwischen Auszubildenden in Betrieben und Mitarbeitern im Ruhestand. Die Kommunen und die Unternehmen sollten diese Potenziale verstärkt ausschöpfen.
- entsprechend unserem Menschenbild jedem pflege- und hilfsbedürftigen Menschen eine angemessene individuelle und qualitativ hochwertige Betreuung gewährleisten. Unser Respekt und unsere Anerkennung gilt all jenen, die in der professionellen Altenpflege tätig sind und jenen, die ihre Familienangehörigen zu Hause betreuen.
- den Beruf der Altenpflege für einheimische Arbeitskräfte hinreichend attraktiv gestalten. Wir haben in einem ersten Schritt eine Werbekampagne für den Kranken- und Altenpflegeberuf gestartet.
- die Spielräume, die durch die Pflegeversicherung für das Land Hessen durch Entlastungen in der Sozialhilfe entstehen, für eine fortschrittliche Altenhilfe nutzen.
- die Leistungen der Pflegeversicherung fortlaufend anpassen, um die besonders erhöhten Aufwendungen für Demenzkranke finanzieren zu können.
- alte Menschen dazu befähigen so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung selbstbestimmt leben können. Der Ausbau einer qualifizierten Geriat-

rierversorgung wird fortgesetzt. Wir wollen eine verstärkte Förderung von geriatrischen Tagesversorgungseinrichtungen mit niedrigschwelligen Betreuungs- und Beratungsangeboten ebenso wie den Ausbau von gerontopsychiatrischen Zentren zur Entlastung der Allgemeinpsychiatrie.

- eine Pflegemedaille als Auszeichnung für besondere Verdienste im ehrenamtlichen Pflegedienst einführen.
- erreichen, dass die Kosten für Hilfskräfte in der Pflege und Betreuung steuerlich absetzbar sind.

Herausforderung „Alter“: Qualität der Pflege verbessern

Wir wollen

- Leitlinien für die vollstationäre Pflege,
- ein Konzept für die Fort- und Weiterbildung in der gerontopsychiatrischen Pflege,
- einen Leitfaden zur Kooperation von Hauswirtschaft und Pflege in stationären Einrichtungen der Altenhilfe,
- ein Hessisches Prädikat: „Geprüfte Pflegequalität in Hessen“,
- den Ausbau von Rehabilitationsangeboten,
- zukunftsorientierte Lebensmodelle für ältere Menschen entwickeln, die eine sinnvolle Beteiligung am öffentlichen Leben z.B. durch verstärkte Förderung von Seniorenbeiräten und Seniorengenossenschaften ermöglichen,
- eine bedarfsgerechte Altenhilfeplanung modernen Erfordernissen anpassen,
- das „betreute Wohnen“ für Senioren in Zusammenarbeit mit den Gemeinden weiterentwickeln, einheitliche Qualitätsstandards vorgeben und im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus stärker fördern,
- die weitere Unterstützung und Ausbau von Koordinierungsstellen zum Selbstbestimmten Wohnen im Alter ermöglichen,
- Pilotprojekte einer zukunftsorientierten Altenhilfe fördern,
- Vereine und Selbsthilfegruppen in der Altenhilfe in ihrer ehrenamtlichen Arbeit stärken.

Gesundheit muss bezahlbar bleiben

Die CDU wird sich auch in Zukunft für ein leistungsfähiges Gesundheitssystem einsetzen, das auch weiterhin Hochleistungsmedizin und ein dichtes Versorgungsnetz für alle bietet und zugleich bezahlbar bleibt.

Fundament der ambulanten Versorgung ist dabei für uns weiterhin die niedergelassene, frei beruflich tätige Ärzteschaft. Dies ist zugleich ein Kernelement eines leistungsfähigen, patientenfreundlichen und freiheitlichen Gesundheitswesens.

Wir wollen

- die notwendigen Reformen zur Stabilisierung und Begrenzung der Beitragsausgaben positiv begleiten und im Gesundheitswesen frühzeitig und dauerhaft den Dialog mit den Betroffenen führen.
- eine „konzertierte Aktion“ auf Landesebene mit dem Ziel einrichten, dass sich bei der Gestaltung der Versorgungsstrukturen Spielräume im Leistungs- und Vertragsbereich für eine Steigerung von Qualität und Wirtschaftlichkeit in patientenorientierter Hinsicht ergeben.
- Qualität und Wirtschaftlichkeit im Rettungsdienstwesen im ständigen Dialog mit den Leistungserbringern und Kostenträgern weiterentwickeln. Das Rettungswesen nach dem Hessischen Rettungsdienstgesetz als Aufgabe der Gefahrenabwehr und der Gesundheitsvorsorge dient der bedarfsgerechten und flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung und des qualifizierten Krankentransportes.
- mit allen im Transplantationsbereich Tätigen durch verstärkte Aufklärung zur Spendenbereitschaft aufrufen. Das Transplantationsgesetz gibt vielen kranken Menschen Hoffnung und die Chance auf ein lebensnotwendiges Organ.
- die „Initiative Organspende Hessen (IOH)“ fortsetzen.
- mit dem Hessischen Krebsregistergesetz die Chance bieten, eine flächenbezogene Ursachenforschung zu betreiben.
- den Ausbau eines umfassenden und differenzierten Systems der Nachsorge und Rehabilitation sowie Hospiz und Palliativversorgung fördern.
- der Prävention von Volkskrankheiten eine größere Aufmerksamkeit widmen. Prävention und Erziehung zu gesundheitsbewusstem Verhalten muss im frü-

hen Kindesalter beginnen. Hier müssen die Anstrengungen im Sinne einer nachhaltigen Vorsorge verstärkt werden. Deshalb hat Hessen 2002 den Diabetes-Beirat eingerichtet, der sowohl die Koordination einer landesweit qualitativ hochwertigen Versorgung der Patienten, als auch die Prävention vom Kindesalter an übernimmt.

- die Programme zur Prävention und die Hilfsangebote für Abhängige, vor allem bei sog. legalen Drogen wie Nikotin, Alkohol und Medikamenten weiter ausbauen.
- die optimale Krankenhausversorgung der Patienten mit mehr Wirtschaftlichkeit verbinden: Auf Bundes- und Landesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass die Krankenhausplanung entpolitisiert, dezentralisiert und entbürokratisiert, und der Weg zu leistungsnahen Vergütungsformen im Krankenhaus mit besserer Steuerungswirkung konsequent weitergegangen wird.

Prävention statt Verharmlosung von Drogen

Prävention für Gefährdete und Überlebenshilfe für Betroffene, Therapie und Repression sind die Kernpunkte der CDU-Drogenpolitik. Die hessische CDU wendet sich entschieden gegen jede Verharmlosung legaler und illegaler Drogen. Eine Freigabe harter und weicher Drogen widerspricht dem Ziel der Ausstiegsorientierung und wird daher von der CDU-Hessen abgelehnt.

Die hessische CDU räumt der Drogen-Prävention oberste Priorität ein, wobei den modernen Erscheinungsformen des Drogenkonsums besondere Aufmerksamkeit gelten muss.

Wir wollen

- die Arbeit der 28 Fachstellen für Suchtprävention, die zu 50% durch das Land und die Kommunen finanziert werden und fast flächendeckend in Hessen vorhanden sind, der 750 Beratungslehrer für Suchtprävention, die von Fachberatern für Suchtprävention bei den Staatlichen Schulämtern begleitet werden, und der 40 Jugend- und Drogenberatungsstellen in Hessen unterstützen.
- die Einführung von Drogentests an Schulen prüfen.

- die Suchtprävention im Bereich der legalen Drogen ausbauen, um die Zahl von Nikotin-, Medikamenten- und Alkoholabhängigen zu reduzieren. Immer mehr Kinder, vor allem junge Mädchen, rauchen heute bereits im Kindesalter. In diesem Bereich sind die Präventions- und Hilfsangebote nachhaltig auszubauen.
- Präventionsmaßnahmen in kind- und jugendgerechter Form nicht nur auf Schule und klassische Beratungsstellen beschränken, sondern auch Orte, wo Kinder- und Jugendliche sich häufig aufhalten und wo Drogen konsumiert werden (z.B. Diskotheken, Clubs etc.) wirksam in die Präventionsbemühungen einbeziehen. Die Kampagne „Alkohol: Lieber nicht“, die z.B. die Gefahren des Alkoholkonsums im Straßenverkehr thematisiert, ist ein erster Schritt. Derartige Kampagnen müssen weiter öffentlichkeitswirksam und zielgruppenspezifisch ausgebaut werden.
- eine Ausstiegsorientierung bei allen Hilfsprojekten für Drogenabhängige.
- dafür sorgen, dass Drogenprävention ein Teil von Gesundheitserziehung und Gesundheitsaufklärung ist, die bereits im Kleinkindalter beginnt und im Schulunterricht intensiv ausgeweitet wird.
- die Ergebnisse des Modellversuchs des Bundes zur Heroin- bzw. Metadonabgabe unter ärztlicher Aufsicht in Frankfurt sorgfältig auswerten. Dieses Projekt, an dem das Land Hessen finanziell beteiligt ist, soll dazu dienen, Schwerstabhängige aus der Beschaffungskriminalität zu bringen und besser vor einer möglichen HIV-Infektion zu schützen. Prämisse ist die Ausstiegsorientierung und Resozialisierung der Teilnehmer.

Behinderte Menschen stärker in die Gesellschaft integrieren

Körperlich, geistig und seelisch behinderte Menschen bedürfen in besonderem Maße der Unterstützung und Zuwendung. Sie dürfen nicht ausgegrenzt am Rande, sondern sollen im Rahmen ihrer Möglichkeiten mitten in der Gesellschaft leben.

Die Stärkung der Eigenverantwortung und Selbstvertretung von Menschen mit Behinderung ist ein vorrangiges Ziel sozialer CDU-Politik. Um eine gleichberechtigte Teilnahme Behinderter zu sichern, brauchen wir keine neuen Gesetze sondern eine Veränderung in den Köpfen Nichtbehinderter.

Wir wollen

- behinderte Kinder frühestmöglich optimal und individuell fördern. Die integrativen Kindereinrichtungen in unterschiedlicher Trägerschaft leisten einen wesentlichen Beitrag zum Miteinander von Behinderten und Nichtbehinderten und tragen damit entscheidend zur Integration behinderter Menschen in unsere Gesellschaft bei. Da es jedoch Kinder gibt, die auf Grund ihrer spezifischen Behinderung nicht optimal in einer integrativen Einrichtung gefördert werden können, benötigen wir nach wie vor eine gezielte Förderung in heilpädagogischen Kindertagesstätten. Ein besonderes Augenmerk legt die CDU auf die Früherkennung von Behinderungen. Deshalb wurde z.B. das Modellprojekt „Neugeborenen-Hörscreening“ unterstützt und die Mittel für Frühförderstellen aufgestockt.
- die Gewährung von Hilfe zu einem selbstbestimmten und selbstständigen Leben durch eine zügige Umsetzung des Bundesgleichstellungsgesetzes in hessisches Recht und durch den Ausbau betreuten Wohnens.
- die Unterstützung Familien entlastender Dienste und der Behindertenverbände.
- die Schul- und Berufsausbildung durch Fachkräfte mit sonderpädagogischem Fachwissen ausbauen.
- den Ausbau von behindertengerechten Wohn- und Arbeitsplätzen.
- die Fortführung des erfolgreichen Schwerbehindertenprogramms des Landes.

Mit dem „OFFENSIV-Gesetz“ mehr Menschen in Arbeit bringen

Unsere Leitsätze für mehr Beschäftigung lauten: Arbeitslose und arbeitsfähige Sozialhilfebezieher fördern und fordern und den Arbeitsmarkt flexibilisieren. Wir handeln in der Überzeugung, dass die Förderung des Wiedereinstiegs in den Arbeitsmarkt Vorrang vor verwalteter Arbeitslosigkeit und passivem Sozialhilfebezug haben muss.

Durch unsere erfolgreiche Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik liegt - trotz schlechter Rahmenbedingungen auf Bundesebene - die Zahl der Arbeitslosen in Hessen unter dem Bundesdurchschnitt.

In unserer Arbeitsmarktpolitik konzentrieren wir uns auf die Förderung besonders benachteiligter Zielgruppen: Langzeitarbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Schwerbehinderte, benachteiligte Jugendliche, ältere Arbeitslose und Frauen, vor allem in der Wiedereinstiegsphase nach der Kindererziehungszeit.

Die Förderung reicht von Arbeits- bzw. Lohnkostenzuschüssen zur unmittelbaren Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt über die Förderung von Arbeitsvermittlung, Hilfe bei der Arbeitssuche oder Orientierungshilfe, die Förderung von Ausbildungsmaßnahmen, von Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung sowie sonstigen Qualifizierungsmaßnahmen bis hin zu Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur.

Wir wollen

- so schnell wie möglich im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat ein Gesetz erreichen, mit dem die Prinzipien des OFFENSIV-Gesetzes in ganz Hessen angewandt werden können.
- mit dem neuen Recht erreichen, dass jeder sich neu meldende Sozialhilfeempfänger, der grundsätzlich arbeitsfähig ist, binnen 3 Tagen nach seiner Meldung eine Beschäftigung, die ihn wie einen ganztägig Beschäftigten Arbeitnehmer ausfüllt, erhält.

Diese Beschäftigung kann sein: im ersten Arbeitsmarkt,

in einer Beschäftigungsgesellschaft,

in einer Weiterbildungsmaßnahme,

in einer gemeinnützigen Beschäftigung,

in einer therapeutischen Beschäftigung.

Oberstes Prinzip muss sein: Jeder bekommt eine ihm angemessene Beschäftigung!

- das erfolgreiche „Hessische Aktionsprogramm Regionale Arbeitsmarktpolitik“ (HARA) fortsetzen.
- zur flexibleren Gestaltung des Arbeitsmarktes und Schaffung zusätzlicher Beschäftigungsangebote die Änderung und Modernisierung der durch die rot-grüne Bundesregierung vorgenommenen Regelungen bei der sogenannten „Geringfügigen Beschäftigung“ (frühere „630 DM-Regelung“) und des sogenannten Scheinselbstständigengesetzes des Bundes.

- die Reformbestrebungen der Bundesanstalt für Arbeit zur Dezentralisierung und die Neuorganisation der Arbeitsvermittlung kritisch und konstruktiv begleiten.
- eine neue Kultur des Fördern und Forderns für alle erwerbsfähigen Nichtbeschäftigten, ob sie Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe oder Arbeitslosengeld beziehen. Dazu müssen bestehende Strukturen der Arbeitsvermittlung und der Sozialhilfe zu einem einheitlichen System zusammengeführt werden.
- den Anspruch auf staatliche Unterstützung von der Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme oder Qualifizierung abhängig machen. Wer arbeitsfähig ist und Arbeit erhalten kann, muss arbeiten, sonst gibt es weniger Geld. Staatliche Unterstützung muss den Menschen vorbehalten bleiben, die sich aufgrund von Krankheit, Alter oder Behinderung nicht selbst helfen können.
- dafür sorgen, dass erwerbsfähige Hilfeempfänger in der Regel arbeiten und eigenständig sind, denn Arbeit stärkt die Selbstständigkeit und Eigenverantwortung und führt zur Unabhängigkeit von passiver sozialer Unterstützung. Solange Sozialleistungen jedoch ohne Gegenleistung zu haben sind, fehlen die Anreize zur Aufnahme von Arbeit. Deshalb müssen soziale Leistungen für jeden Hilfesuchenden, der erwerbsfähig ist, an Arbeit oder Qualifizierung gebunden werden. Wir werden die Rahmenbedingungen in Hessen so ändern, dass der Grundsatz des Förderns und Forderns fest im System der Arbeitslosen- und Sozialhilfe verankert wird.
- zukünftig die Leistungen der Arbeitslosen- und Sozialhilfe, individuelle Beratung und passgenaue Vermittlung für alle erwerbsfähigen Hilfesuchenden durch eine Stelle gewähren. Die Tätigkeit der Sozial- und Arbeitsämter ist zusammenzuführen. Dazu wird Hessen flächendeckende Job-Center einführen, in denen Arbeitsämter und Sozialämter zusammenarbeiten. Damit werden bisher aufgetretene Verschiebeeffekte zwischen den Kommunen als Träger der Sozialhilfe und den für die Arbeitslosenhilfe zuständigen Arbeitsämtern verringert und der Wettbewerbsgedanke in der Arbeitsvermittlung gestärkt. Außerdem können dadurch die Kompetenzen der Kommunen auf dem Arbeitsmarkt besser genutzt werden.
- erfolgsorientiert arbeitende private Vermittlungsagenturen in privater oder gemeinnütziger Trägerschaft fördern.

- die Städte und Gemeinden darin unterstützen, die Vermittlung und Weiterbildung der Erwerbsfähigen als erfolgsorientierte Dienstleistung zu erbringen. Das Land wirkt darauf hin, dass die Kommunen, die erfolgreiche Vermittlungsmaßnahmen umsetzen, über den Sozialhilfelastenausgleich honoriert werden.
- die Rechte und Pflichten der Hilfesuchenden durch einen verbindlichen Vertrag festzulegen. Die Eingliederung in den Arbeitsprozess erfolgt durch eine abgestufte Beschäftigungsleiter. Diese umfasst verschiedene Stufen von gemeinnütziger Arbeit bis zur Eingliederung in den Ersten Arbeitsmarkt. Dabei werden die individuellen Fähigkeiten des Hilfesuchenden mit dem Ziel einer dauerhaften Vermittlung in den Ersten Arbeitsmarkt gefördert. Beschäftigungshindernisse, wie z.B. fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeiten werden durch Vermittlungsagenturen so weit wie möglich abgebaut.
- die Chancen der Hilfesuchenden auf dem Arbeitsmarkt verbessern, in dem wir neue Potentiale im Niedriglohnsektor und hier insbesondere durch Ausbau der Arbeitnehmerüberlassung und Kombi-Lohn-Modelle erschließen. Wir werden auf Bundesebene darauf hinwirken, dass die Zumutbarkeitskriterien zur Arbeitsaufnahme im BSHG verschärft werden. Langfristiges Ziel muss es jedoch sein, den Niedriglohnsektor ohne Subventionen lebensfähig zu machen. Flankierend wird das Land die Einführung einer negativen Einkommenssteuer prüfen.
- die einschlägigen Möglichkeiten des Datenabgleichs zwischen Sozialbehörden und anderen Verwaltungseinheiten z.B. den KfZ-Zulassungsstellen zur Bekämpfung von Missbrauch nutzen.
- eine Reform der Sozialhilfe nach folgenden Prinzipien:
 - Wahrung des Lohnabstandsgebotes,
 - Eigenverantwortung des Hilfeempfängers,
 - Verwaltungsvereinfachung,
 - Verpflichtung zu gemeinnütziger Tätigkeit,
 - Leistungsanreize für die Mitarbeiter im Job-Center (Erfolgsprämien).

Verlässlicher Verbraucherschutz

Der Bürger hat das Recht auf gesunde einwandfreie Lebensmittel. Dies zu gewährleisten, ist ein wesentliches Ziel unserer Verbraucherschutz-Politik. Verbraucherschutz und Hilfestellung für die hessische Landwirtschaft haben daher einen sehr hohen Stellenwert.

Wir wollen

- den Verbraucherschutz gemeinsam mit der heimischen Landwirtschaft stärken. Verbraucherschutz wird am ehesten durch qualitativ hochwertige regionale Lebensmittelproduktion sichergestellt, die sich an höchsten Qualitätszielen und deren Einhaltung durch den Aufbau entsprechender Qualitätsmanagementsysteme orientiert, wie „gläserne“ Produktion, regionale Kreisläufe und kurze Transportwege, artgerechte Tierhaltung und gesunde Futtermittel, hochwertige Lebensmittelverarbeitung durch heimische Betriebe, die Vermarktung der Produkte durch Lebensmitteleinzelhandel, Innungsbetriebe des Lebensmittelhandwerks und die Direktvermarktung durch die Landwirte.
- das zukunftsfähige und attraktive Agrarmarketing, welches wir mit der Förderung der regionalen „Marketinggesellschaft Gutes aus Hessen“ begonnen haben, konsequent fortsetzen.
- die Informationen des Verbrauchers verbessern und damit das Vertrauen in heimische Produkte stärken. Nur gut informierte Verbraucher können als gleichberechtigte Marktpartner entscheiden, welches Produkt und welche Dienstleistung ihr Vertrauen genießt. Wir wollen ein effektives und aufeinander abgestimmtes Netz von Beratungsangeboten. Neben der Deutschen Gesellschaft für Ernährung/Sektion-Hessen werden die Verbraucherzentralen und die Botschafterinnen hessischer Agrarprodukte Multiplikatoren und Endverbrauchern alle nachgefragten Informationen zur Verfügung stellen. Die finanzielle Unterstützung seitens des Landes gewährleistet allen Ratsuchenden optimale, neutrale und in der Regel kostenlose Informationen.
- durch konsequente Umsetzung betrieblicher Eigenkontrollen in lebensmittelverarbeitenden Betrieben, optimierte Verwaltungsabläufe zwischen Untersuchungsämtern und Überwachungsbehörden, einem schlagkräftigen Netz öffentlicher und privater Labore und die Zusammenarbeit mit lebensmittelrele-

vanten Fachbereichen an hessischen Hochschulen auch in Zukunft in Hessen höchste Lebensmittelsicherheit garantieren.

- ein dauerhaftes Verbot der Verfütterung von Tiermehl in der Europäischen Union und die Einführung eines EU-weiten Verbots der Verfütterung von Leistungsförderern und antibiotikahaltigen Futtermitteln in der Tiermast.
- die bislang unklaren gesundheitlichen Auswirkungen von Mobilfunkstrahlung in einem eigenen Landesprojekt erforschen. Darüber hinaus fordert die CDU die Strahlenschutzkommission des Bundes dazu auf, umgehend weitere Studien hinsichtlich der Gefahr der Tumorbildung im Zusammenhang mit Mobilfunkstrahlung durchzuführen.
- dafür sorgen, dass die entsprechenden Grenzwerte der Lärm- und Emissionsschutzbestimmungen strikt eingehalten werden.
- die Verantwortung des Landes für Lebensmittelsicherheit, Verbraucher- und Gesundheitsschutz in einem Kernressort für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz bündeln, weil bei ständig steigenden Anforderungen an einen vorsorgenden Verbraucherschutz und Gesundheitsschutz dieser Aufgabenzuschnitt die beste Gewähr für präventive Maßnahmen und zeitnahes Krisenmanagement bietet.

Tierschutz in Hessen

Tierschutz kann nicht allein durch Rechtsrahmensetzung vorgegeben werden.

Politik und verantwortungsvolles Handeln des Einzelnen müssen zielgerichtet aufeinander abgestimmt werden. Die CDU Hessen erkennt an, dass viele Tierschützer und Tierfreunde vor Ort einen unverzichtbaren Beitrag zum praktischen Tierschutz leisten und sie dankt allen, die sich zumeist ehrenamtlich und mit viel Idealismus sowie mit großem persönlichen Einsatz den in Not geratenen Tieren annehmen.

Unter der Regierungsverantwortung der CDU von 1999 bis heute wurde der Tierschutz in Hessen systematisch ausgebaut. Noch nie vorher wurde so viel für den Tierschutz getan. Dies gilt nicht nur für die strengen tierschutzrechtlichen Anforderungen, sondern auch für die Bedingungen in der Praxis. So wurde die öffentliche Kontrolle über Erfolg und Misserfolg im gesamten Tierschutzbereich ausgeweitet.

Die CDU Hessen bekräftigt ihren Willen, sich auch weiterhin für eine konsequente Umsetzung des in der Deutschen Verfassung als Staatsziel verankerten Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen und Tiere einzusetzen.

Die CDU Hessen wird auch zukünftig eine Tierschutzpolitik betreiben, die sich an den wissenschaftlichen Erkenntnissen und Empfehlungen orientiert und praxisbezogen ist. Die CDU Hessen wird dafür eintreten, dass Tierschutz wirkungsvoll auf nationaler Ebene und endlich auch europaweit erheblich verbessert wird.

Wohnraum für junge Familien !

In Hessen hat sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt in fast allen Gebieten entspannt. Es besteht derzeit kein allgemeiner Wohnraummangel mehr, wohl aber haben gerade junge Familien mit Kindern insbesondere in Ballungsgebieten Probleme, bezahlbare Wohnungen zu finden. Auf dem freien Wohnungsmarkt einiger südhessischer Städte zeigen sich ebenfalls Verknappungserscheinungen. Sie sind zu einem Teil auf die Erschwernisse zurückzuführen, die die Bundesregierung bei der Eigenheimförderung verfügt hat, zum anderen Teil auf den Mangel an Bauland.

Wir wollen

- weiterhin bezahlbaren Wohnraum dort bereitstellen, wo eine Unterversorgung besteht. Dabei müssen die staatlichen Mittel durch eine weitere Schwerpunkt-

verlagerung von der Objektförderung zur Subjektförderung effektiv und zielgerichtet eingesetzt werden.

- alle Möglichkeiten nutzen, um das Zweckentfremdungsgesetz abzuschaffen.
- die Fehlbelegungsabgabe an die heutigen Bedürfnisse anpassen und mittelfristig abschaffen.
- soziale Brennpunkte weiter entschärfen. Dies werden wir durch Investitionen zur Modernisierung und Sanierung des Bestands des Sozialen Wohnungsbaus sowie durch sozialflankierende Maßnahmen, wie beispielsweise Integrationsarbeit und Nachbarschaftsprojekte erreichen. Gleichzeitig muss die Eigenverantwortung der Mieter gestärkt werden.
- Modernisierungsmaßnahmen im sozialen Wohnungsbau weiter vorantreiben. Dabei sind insbesondere auch umweltpolitische Komponenten, d.h. Maßnahmen zur Energieeinsparung und Wärmedämmung zu berücksichtigen, um nicht zuletzt auch die Mietnebenkosten zu senken.
- vor allem jungen Familien die Bildung von Wohneigentum ermöglichen. Dazu müssen die Mittel der Wohnbauförderung verstärkt im Bereich der Wohneigentumsförderung insbesondere für junge Familien eingesetzt werden. Ferner sollen bei Verkauf von landeseigenen Wohnungen diese den Mietern zu günstigen Bedingungen angeboten werden. Darüber hinaus ist die Bildung von neuen Mietergenossenschaften zu fördern.

6. Integration fordern und fördern –

Zuwanderung steuern und begrenzen

Hessen ist ein weltoffenes und fremdenfreundliches Land. Über 14% der Bevölkerung sind ausländische Mitbürger. Ihre Integration, das Zusammenwachsen auf der Grundlage unserer Werte und Kultur und unserer Verfassung bedarf aber noch erheblicher Anstrengung.

Je größer das Ausmaß weiterer ungesteuerter Zuwanderung in Zukunft ist, desto mehr wird die Integration der bereits hier lebenden Ausländer erschwert. Die Aufnahmefähigkeit und –bereitschaft unserer Gesellschaft muss zum Maßstab bei der Steuerung der Zuwanderung werden. Infolge der EU-Osterweiterung wird die Zahl der Arbeitssuchenden – vor allem im Bereich der gering und durchschnittlich Qualifizierten – ohnehin weiter zunehmen.

Grundvoraussetzungen für eine Erfolg versprechende Integration sind ein vielfältiges Integrationsangebot und ein intensives Bemühen der Zuwanderinnen und Zuwanderer, dieses Angebot anzunehmen. Es gibt keine Alternative zur Integration, weder für die Mehrheitsgesellschaft noch für die zugewanderte Minderheit. Dies zu erkennen und zu akzeptieren, ist eine der Voraussetzungen für ein erfolgreiches Integrationskonzept. 1999 erklärten wir die Integration der Zugewanderten zu einem unserer politischen Schwerpunkte und haben sie seitdem konsequent vorangetrieben.

Versprochen – Gehalten

Wir haben

- mit der Einberufung des Integrationsbeirates, der Einrichtung des Staatssekretärsausschusses „Integration“ und der Einrichtung einer Integrationsabteilung im Hessischen Sozialministerium die notwendigen strukturellen Voraussetzungen geschaffen.
- im Oktober 2001 die landesweite Integrationskampagne „Hessen-grenzenlos“ gestartet.
- ein Integrationskonzept mit den fünf zentralen Schwerpunkten (1.) Integrationsförderung durch Spracherwerb, (2.) Integrationsförderung in der Arbeits-

welt, (3.) Soziale Maßnahmen der Integrationsförderung, (4.) Integrationsförderung in Sport und Freizeit und (5.) Integrationsförderung durch politische und behördliche Maßnahmen entwickelt.

- vor dem Hintergrund der Überzeugung, dass der Erwerb der deutschen Sprache der zentrale Integrationsfaktor ist, verschiedene Fördermaßnahmen umgesetzt. Hierzu gehören:
 - die Sprachförderung für Kinder im Kindergartenalter
 - das Erlernen der deutschen Sprache als Schwerpunkt der Grundschule
 - die Optimierung der Seiteneinsteigerförderung
 - die Weiterentwicklung bestehender Maßnahmen wie Hausaufgabenhilfe und Förderprogramme für Schulen mit hohem Ausländeranteil.
- 880 Stellen für Lehrkräfte ausschließlich zur Förderung zugewanderter Schüler und Schülerinnen abgestellt. Die staatlichen Schulämter erhielten erhebliche Mittel zur Sachausstattung der Seiteneinsteigerprogramme und die freien Träger für die Durchführung der Hausaufgabenhilfe.
- eine Vielzahl von Einzelprojekten unterstützt, z.B.
 - Sprachintensivkurse für zugewanderte Schülerinnen und Schüler im Grundschulbereich
 - die Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer im Hinblick auf eine verstärkte Beratung ausländischer Eltern
 - die Kooperation mit der Wirtschaft. Die Hertie-Stiftung unterstützt das Modellprojekt „Deutsch und PC“
 - den Ausbau von Angeboten des bilingualen Unterrichts sowie der Lehrerqualifikation
- gezielt die ausbildungs- und berufsbezogenen Förderungsmöglichkeiten ausländischer Jugendlicher verbessert, da in der Vergangenheit die Integration weitgehend über den Arbeitsmarkt erfolgte. Die bisherigen Programme der Jugendberufshilfe wurden zu Maßnahmen mit starkem integrationspolitischem Akzent ausgebaut.

- erhebliche Mittel im Rahmen des Förderprogramms Ausbildungsverbünde zur Förderung von Ausbildungsplätzen in Klein- und Mittelbetrieben unter verstärkter Beteiligung nichtdeutscher Unternehmer aufgewandt.
- durch eine Vielzahl von unterstützenden Vorhaben Hindernisse bei der Existenzgründung von ausländischen Unternehmen abgebaut.
- an 21 Standorten in Hessen Projekte der Integrationsförderung im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ finanziell unterstützt. Begleitend dazu werden soziale Vorhaben, die der sozialen und kulturellen Integration dienen, unterstützt. Im Kindergartenbereich fördern wir die Beschäftigung zusätzlicher Fachkräfte für die Integrationsarbeit.
- die Sportverbände bei der Erfüllung ihrer integrativen Aufgaben mit zusätzlichen Fördermitteln ausgestattet.
- uns dafür eingesetzt, dass institutionelle und strukturelle Hindernisse für eine Integration auf Landesebene überwunden werden. So haben wir etwa die Zusammensetzung des Rundfunkrates so geändert, dass den Zuwanderern eine Repräsentanz ermöglicht wurde.

Mit dem „Integrationsmodell Hessen“ auf gutem Weg

Die Integration benötigt einen ganzheitlichen Ansatz mit dem Ziel, die Zugewanderten als integralen Bestandteil sämtlicher Politikbereiche zu berücksichtigen. Zur Realisierung dieses Ziels steht die Landesregierung durch den Hessischen Integrationsbeirat in einem dauerhaften Dialog mit den in der Integrationspolitik engagierten Verbänden, Institutionen, Kirchen, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften. Diese bundesweit einmalige Struktur, dass Deutsche und Ausländer nicht in unterschiedlichen Gremien tagen und dass der Dialog institutionalisiert wurde, hat sich bewährt. Für die kommunale Ebene ist dieses Modell nachahmenswert und kann als Vorbild dienen.

Wir wollen

- die Integration als dauerhaften Prozess weiterentwickeln und vor allem Kommunen und freie Träger bei ihren integrationspolitischen Aktivitäten unterstützen.

- der unverantwortlich hohen Arbeitslosigkeit unter Ausländern in Deutschland wirksam begegnen und mit einer Kampagne „Sie können mehr“ neue arbeitsmarktpolitische Anstrengungen unternehmen. Dabei soll die berufliche Nachqualifizierung der 25 – 40 Jahre alten Ausländer im Mittelpunkt stehen.
- im Rahmen von Integrationsverträgen prüfen, ob neue Formen der Integrationsförderung wirksam sind. Dabei können als Vertragspartner neben den Kommunen auch freie Träger, Unternehmen und Organisationen in Frage kommen. Um das Zusammenspiel von Land und Kommunen in der Integrationspolitik zu verbessern, soll ein Konzept „Land und Kommunen – Hand in Hand für eine gute Integration“ erarbeitet werden.
- die Grundlagenarbeit in der Integrationsforschung fördern.
- die Internationalität und den Austausch von Wissen und Innovationen an den Hochschulen unseres Landes durch Gast- und Austauschstudenten anregen.
- es ausländischen Jungakademikern, die in Deutschland studiert haben, ermöglichen, direkt nach dem Studium oder zu einem späteren Zeitpunkt befristet in Deutschland zu arbeiten.
- uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Förderung der deutschen Sprache fortgeführt und erweitert wird. Die in der Mehrsprachigkeit liegenden Chancen sind zu fördern und zu unterstützen.
- Kindergärten und Kindertagesstätten anregen und motivieren, zu den ersten Begegnungsorten zwischen Kindern verschiedener Herkunft wie auch zwischen ihren Eltern zu werden. Dort kann durch qualifizierte Betreuung zudem der Kontakt positiv gestaltet und Sprachkompetenz spielerisch gefördert werden. Leider nehmen immer noch zu viele ausländische Eltern dieses Angebot für ihre Kinder nicht wahr.
- mehr junge Menschen ausländischer Herkunft ermutigen die Erzieherausbildung aufzunehmen und diesen Beruf auszuüben.
- die Schule zu einem zentralen Ort machen, an dem sich sozialer und interkultureller Austausch vollzieht, der Spracherwerb verfestigt und die Weichen für gesellschaftliche Integration und sozialen Aufstieg gestellt werden. Hier können auch konstruktive Bewältigungsmöglichkeiten für interkulturelle Auseinandersetzungen entwickelt werden. Neben der Sprachförderung muss auch die

Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer stärker auf alle didaktischen und sozialen Aspekte der Integration ausgerichtet werden.

- insbesondere zugewanderte Frauen zu Ausbildungen im Gesundheitssektor ermutigen und unterstützen. Wir wollen ein spezielles Ausbildungskonzept für diesen Personenkreis in den Pflegeberufen entwickeln.
- einen Förderpreis für gelungene Integrationsleistung im Freizeitbereich vergeben.
- für das Miteinander im Sport- und Freizeitbereich werben, denn Integration gelingt am besten, wenn Zuwanderer und angestammte Bevölkerung gemeinsam Sport treiben und Freizeit erleben. Dem stehen ethnisch geschlossene Organisationen des Sport- und Freizeitbereiches entgegen. Deren Unterstützung lehnen wir ab.
- die verstärkte Einstellung von Zuwanderinnen und Zuwanderern bei der hessischen Polizei und beim Justizvollzug sowie die Aufnahme des Themas „interkulturelle Kompetenz“ in Fort- und Weiterbildungsangebote von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Auch in anderen Bereichen, z.B. bei Erzieherinnen und Erziehern oder bei Sozialpädagogen, soll der Anteil der Nichtdeutschen erhöht und dem Erwerb der interkulturellen Kompetenz in der Aus-, Fort- und Weiterbildung ein höherer Stellenwert zuerkannt werden.

7. Solide Finanzen für den Aufschwung

Hessen hat den Weg der qualitativen Konsolidierung des Haushalts erfolgreich eingeschlagen. Dazu gehören ein strikter Sparkurs bei den konsumtiven Ausgaben wie z.B. im Personalbereich sowie gezielte wirksame Investitionen in die Zukunft des Landes Hessen. Dieser in Hessen eingeschlagene Weg, einerseits wachstumspolitisch wertvolle Investitionsausgaben auszuweiten und andererseits die Senkung der Personalausgaben außerhalb der Schwerpunktaufgaben anzugehen, hat sich im Hinblick auf die finanzielle und wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes ausgezahlt und muss konsequent fortgesetzt werden. Mit der in 2001 in Kraft getretenen Unternehmenssteuerreform der Bundesregierung und der in Deutschland eingebrochenen Konjunktur einher ging für die öffentliche Hand ein Wegbrechen der Steuereinnahmen in bisher nicht vorstellbar gehaltenem Ausmaß. Besonders betroffen davon sind Länder und Gemeinden über Körperschaftsteuer- und Gewerbesteuer ausfälle in Milliardenhöhe, vor allem Hessen mit dem Bankenstandort Frankfurt. Die nach der Bundestagswahl am 22. September 2002 bekannt gewordenen Daten haben die bundesweite finanz- und konjunkturpolitische Talfahrt der öffentlichen Hände beschleunigt. Gerade angesichts der finanzpolitisch extrem schwierigen Rahmenbedingungen auf Bundesebene, die zuletzt in der Steuerschätzung vom November 2002 zum Ausdruck kamen, steht es außer Frage, dass eine Erhöhung des Wirtschaftswachstums mit einem hohen Beschäftigungsstand eine unabdingbare Voraussetzung dafür ist, die Nettoneuverschuldung zu senken, mittelfristig auf Null abzubauen und den Haushalt zu konsolidieren, um die politischen Vorhaben umsetzen zu können. Die hessische Finanzpolitik wird daher auch in Zukunft eine standortsichernde und –verbessernde Politik, wie z.B. Stärkung der Verkehrsinfrastruktur, Verbesserung des Wissenschafts-, Forschungs- und Bildungsstandortes aktiv begleiten.

Versprochen – Gehalten

In der laufenden Legislaturperiode ist bereits eine Konsolidierung erfolgreich durchgeführt worden. Die beiden ersten Haushalte der Regierung Koch unterschritten im Haushaltsvollzug 0,6 Mrd. € bzw. 0,67 Mrd. € die jeweiligen Nettoneuverschuldungs-Sollzahlen deutlich. Die von der Bundesregierung zu verantwortenden bundesweiten Einbrüche bei den Steuereinnahmen haben eine Fortsetzung dieser erfolgreichen Konsolidierungspolitik verhindert.

Trotz des bundesweiten Abwärtstrends gelang in Hessen die finanzielle Absicherung der politischen Schwerpunktbildungen: Unterrichtsgarantie, Innere Sicherheit, Hochschule und Wirtschaft. Während die rot-grüne Bundesregierung z.B. mit der Ökosteuer neue Belastungen einführte, haben wir die von der Vorgängerregierung eingeführte Hessensteuer „Grundwasserabgabe“ abgeschafft.

Wir haben

- einen Fonds „Zukunftsoffensive“ geschaffen, der sich aus Veräußerungserlösen nicht mehr benötigter Landesbeteiligungen von über 683 Mio. € speist und gezielt die Förderung von Zukunftsbereichen vorsieht. Damit wurden wichtige Impulse gegeben, die aus dem laufenden Haushalt hätten nicht finanziert werden können. Nach dem Prinzip „Vermögen gegen Vermögen“ wurden Investitionen aktiviert und dabei Lücken geschlossen, die unter standort- und wettbewerbspolitischen Gesichtspunkten sowohl national als auch international entscheidend sind, z.B. die hessische Filmförderung, das Kulturinvestitionsprogramm, Innovationsfonds für wissenschaftliche Arbeiten sowie Wirtschaftsförderungsprojekte.
- ein modernes Personalmanagement eingeführt. Durch die dezentrale Personalausgabenbudgetierung werden bis 2003 Personalausgaben in Höhe von 800 Mio. € eingespart werden. Die dezentrale Personalausgabenbudgetierung hat sich somit als wirksames und effektives Instrument zur nachhaltigen Eindämmung des Personalausgabenanstiegs erwiesen. Ohne unsere politische Schwerpunktbildung in den personalintensiven Bereichen Polizei und Schule wären die Personalausgaben nochmals um 411 Mio. € niedriger gewesen.
- eine Personalentwicklungsbörse eingerichtet, die sich als Erfolgsmodell für den Bereich Personalmanagement erwiesen hat. Kernaufgabe der Personalentwicklungsbörse ist die Förderung der ressortübergreifenden Wiederbesetzung freier Stellen mit Personal, um so die notwendigen Strukturveränderung sozialverträglich leisten zu können. Personalbedarfe werden so mit Personalüberhängen aus anderen Bereichen gedeckt.
- als erstes Bundesland den Einstieg in die flächendeckende Umstellung des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens auf kaufmännische Buchführung vorgenommen und in Kooperation mit SAP den Grundstein für eine moderne Leistungsverwaltung im Interesse der Bürgerinnen und Bürger gelegt.

- den kaufmännisch orientierten Landesbetrieb „Hessisches Immobilienmanagement“ gegründet. In zentraler Zuständigkeit hat er die Aufgabe, landeseigene Immobilien nach betriebswirtschaftlichen Kriterien zu bewerten und zu nutzen. Durch den Start des Pilotprojektes „Mieter-Vermietermodell“ konnte erstmals in rund 40 Behördenzentren Transparenz hinsichtlich der tatsächlichen Unterbringungskosten geschaffen werden. Im Anschluss an das zweijährige Pilotprojekt wird zu prüfen sein, ob dieses Modell auch für andere Bereiche eingesetzt werden kann. Bereits heute zeichnet sich ab, dass die Zielsetzung des wirtschaftlichen Umgangs mit landeseigenem Grundvermögen erreicht werden kann, denn über die nach dem Mieter-Vermietermodell fließenden Mietzahlungen zwingen die „öffentliche Mieterseite“ zwangsläufig zu einer kritischen Überprüfung des Raumbedarfs und damit zu einer effizienteren Raumnutzung.

Die starke wirtschaftliche Lage Hessens wirkt sich auf die Zahlung des Länderfinanzausgleichs aus. Hessen zahlt mehr in den Länderfinanzausgleich ein als die anderen Geberländer Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg und Nordrhein-Westfalen. Die Pro-Kopf-Belastung Hessens im Jahre 2001 war mit 432 € mittlerweile zweieinhalb mal höher als in Baden-Württemberg, dreimal höher als in Bayern und siebenmal höher als in NRW. Im zähen Ringen um den Kompromiss über die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs ab dem Jahr 2005 ist es dem Land Hessen gelungen, eine „Deckelung“ herbeizuführen. Danach darf die durchschnittliche Abschöpfungsquote nicht über 72,5% (bisher 80%) steigen. Dies stellt für ein prosperierendes Land wie Hessen einen lebensnotwendigen Schutz vor weiteren Überbelastungen dar. Zudem sieht das neue System eine Prämierung für diejenigen Länder vor, die aufgrund ihrer wirtschaftspolitischen Erfolge überdurchschnittlich steigende Steuereinnahmen vorweisen.

Kurs halten in schweren Zeiten

Extrem schwierige Rahmenbedingungen auf Bundesebene zwingen zu äußerster Disziplin, um auch in Zukunft die finanzpolitische Absicherung der Landespolitik erfolgreich gewährleisten zu können. Das Zusammentreffen handwerklicher Fehler bei der Steuergesetzgebung des Bundes (wie z.B. bei der Novellierung der Körper-

schaftssteuer) mit der negativen Entwicklung der Konjunktur trifft insbesondere die Haushaltssituation der Länder und Kommunen. Der Bund kommt hingegen relativ glimpflich davon. Gründe dafür sind vor allem seine geringeren Personalausgaben, die kurzfristig den Charakter von Fixkosten haben, und die zusätzlichen Einnahmen, u.a. aus dem Verkauf der UMTS-Lizenzen. In dieser Situation kommt es darauf an, die Haushaltspolitik des Landes auf Kurs zu halten und auch unter schwierigen Rahmenbedingungen die finanzielle Zukunft des Landes Hessen zu stabilisieren.

Wir werden

- den Weg der qualitativen Konsolidierung des Haushalts fortsetzen.
- mit der Fortsetzung der Zukunftsoffensive in einer nächsten Tranche nach dem Prinzip Vermögen gegen Vermögen Zukunftsinvestitionen gewährleisten, die im dem laufenden Haushalt nicht umsetzbar wären. Obwohl der Vermögensbestand Hessens im Vergleich zu gerade den südlicheren Nachbarn relativ gering ist, gibt es noch Reserven von nicht benötigtem Landesvermögen. Wir werden diese für das Land gewinnbringend und für die aktive Entwicklung und Förderung der standortentscheidenden Bereiche Wirtschaft, Wissenschaft, Technologie und Forschung umschichten.

Moderne und effektive Verwaltung für den Bürger

Personalkosten sind der größte Block im Landeshaushalt. Erfolgreiche Haushaltspolitik verlangt, dass besonders die großen Kostenblöcke präzise beobachtet werden müssen.

Wir werden

- die dezentrale Personalkostenbudgetierung, die auch in Zukunft das entscheidende Instrument sein wird, weiterführen, um den Personalkostenanstieg eindämmen zu können.
- die hessenweite Einführung einer aktuellen Software zur Personalverwaltung, -abrechnung und -bewirtschaftung weiter voran bringen. Eine moderne Administration von rund 150 000 Beschäftigten kann nur mit einem einheitlichen integrierten System effizient erfolgen.

An einer Fortsetzung der konsequenten Verwaltungsmodernisierung führt kein Weg vorbei.

Wir wollen

- ein durchgängig ergebnisorientiertes Arbeiten der Verwaltung,
- eine weitgehende Dezentralisierung der Fach- und Finanzverantwortung auf die einzelnen Dienststellen
- eine stärkere Serviceorientierung und damit mehr Bürgerfreundlichkeit
- die Einführung der neuen Verwaltungssteuerung (NVS) und der damit verbundene SAP-Einführung weitgehend abschließen.

Eine modern ausgerichtete Verwaltung stellt zudem einen wichtigen Standortfaktor im internationalen Wettbewerb dar. Hessen muss hier seine Vorreiterrolle konsequent fortsetzen.

Wir werden

- über die Verstärkung des e-governement den schnellen Ausbau serviceorientierter Verwaltungseinheiten auch über das Internet fördern.
- alle geeigneten Dienstleistungen des Landes über das Internet anbieten, wobei die Angebote des Staates auch auf die Dauer für Kunden ohne Internetzugang erhalten bleiben müssen.
- den Bürgerinnen und Bürger in Zukunft ermöglichen, den neuen Führerschein oder den Personalausweis komplett vom heimischen Computer aus zu beantragen.
- dafür sorgen, dass Unternehmer sich in Zukunft online über Genehmigungen und Zulassungen informieren und diese beantragen können.
- die Landesverwaltung in die Lage versetzen, Ausschreibungen und Versteigerungen im Internet und seine Einkäufe per Mouse und Modem erledigen zu können.
- in den nächsten Jahren in einem Sofortprogramm 50 Mio. € bereitstellen, um Hessens Verwaltung zügig und effektiv voranzubringen, um den Aufbau von e-governement-Strukturen zu beschleunigen. Dies führt zu mehr Effizienz,

mehr Service und Transparenz für Bürgerinnen und Bürger und zu Kosteneinsparungen.

- die notwendigen Änderungen im Landesrechnungshofgesetz und im Gesetz zur überörtlichen Prüfung vornehmen, damit die neutrale Beratungskompetenz des Hessischen Rechnungshofes in Zukunft verstärkt durch das Land und vor allem durch die Kommunen genutzt werden kann.

Die in der vergangenen Legislaturperiode durchgeführte Aufgabenkritik zur Konzentration der Landesverwaltung auf die Kernaufgaben ist konsequent fortzuführen. Sie ist eine Daueraufgabe des Staates. Soweit private Anbieter Leistungen kostengünstiger und in gleicher, bzw. besserer Form erbringen können, sind die betreffenden Aufgaben in der jeweils geeignetsten Form zu privatisieren.

Föderalismus reformieren

Der Föderalismus in Deutschland hat sich in den letzten Jahrzehnten zu einem immer stärker werdenden kooperativen Föderalismus entwickelt, der alle Grundsätze der Eigenverantwortlichkeit, der Durchschaubarkeit und der klaren Zuordnung von Verantwortlichkeit mehr und mehr außer Kraft setzte. Wir brauchen in Deutschland eine Reform des Föderalismus und der Finanzverfassung.

Wir werden

- die Neuordnung der Verteilung der Gesetzgebungskompetenz von Bund und Ländern vorantreiben.
- Mischfinanzierungen auf Bundesebene beseitigen, beginnend mit der Hochschulfinanzierung und mit einem eigenständigen Wirtschaftsförderungsrecht für die Länder.
- die kommunale Selbstverwaltung weiter stärken.
- uns weiter für die Verankerung föderaler Strukturen in der EU einsetzen.

Wir sind uns dabei bewusst, dass die Reform des Föderalismus kein kurzfristiges Projekt sein kann, sondern vielmehr fortlaufend aufgebaut werden muss. Nach dem Kompromiss über den Länderfinanzausgleich streben wir als nächsten Schritt den Abbau der zahlreichen Mischfinanzierungen an. Auf der Ausgabenseite haben die

Gemeinschaftsausgaben von Bund und Ländern und die sonstigen zahlreichen Mischfinanzierungen die Verantwortlichkeiten bis zur Unkenntlichkeit verwischt. Wir treten daher für einen sukzessiven Abbau der Mischfinanzierungen und der Gemeinschaftsausgaben ein. Auf der Einnahmenseite muss dringend die längst überfällig Vereinfachung des Steuerrechts eingeleitet werden.

8. Kommunen stärken:

Echte Partnerschaft sichert den Erfolg

Die CDU wird sich, wie in den vergangenen 4 Jahren, weiter als verlässlicher Partner der Kommunen erweisen. Langjährige Forderungen der kommunalen Familie, wie ein besonderes Beteiligungsrecht im Gesetzgebungs- und Ordnungsverfahren, der Verlängerung der kommunalen Legislaturperiode sowie die Schaffung eines modernen und bürgernahen kommunalen Wahlrechts, wurden verwirklicht. Wir haben in wesentlichen Bereichen die hessische Kommunalverfassung moderner gestaltet. So wurden die direkt gewählten Bürgermeister und Landräte mit neuen Befugnissen ausgestattet, da sie von den Bürgern in besonderer Weise legitimiert worden sind. Wir werden diesen Weg fortsetzen.

Wir haben eine Reihe staatlicher Aufgaben an die Oberbürgermeister und Landräte delegiert, andere privatisiert. Dieser Weg wird fortgesetzt. Dementsprechend soll geprüft werden, inwieweit staatliche Aufgaben weitgehend kommunalisiert werden können. Zumindest soll überprüft werden, ob weitere Aufgaben von den Regierungspräsidenten und den staatlichen Sonderbehörden auf die Oberbürgermeister und Landräte übertragen werden können. Außerdem soll auf freiwilliger Basis und ohne finanzielle Belastung eine weitere Verlagerung von Aufgaben der Landräte auf die Städte und Gemeinden erfolgen.

Es soll auf freiwilliger Basis und ohne finanzielle Belastung eine weitere Verlagerung von Aufgaben der Landräte auf die Städte und Gemeinden erfolgen. Dies entspricht unserer Zielsetzung, der konsequenten Durchsetzung einer effizienten und bürgerefreundlichen Verwaltung. Die Verlagerung geeigneter Aufgaben auf die unterste kommunale Ebene ist beispielsweise bei den Kfz-Zulassungsstellen bereits teilweise geschehen.

Es ist unser grundsätzliches Ziel, dass die jeweils untere Verwaltungsebene, d.h. nach Möglichkeit die Kommunen, aufgrund ihrer unmittelbaren Bürgernähe im Rahmen ihrer Möglichkeiten vorrangig Aufgabenträger werden. Wir haben damit begonnen, Möglichkeiten zur Übernahme von Aufgaben der Landkreise an kreisangehörige Gemeinden zu schaffen, z.B. im Bereich der Schulträgerschaft, Bauaufsicht und im sozialen Bereich. Wir werden diesen Weg auf der Basis der Freiwilligkeit fortsetzen. Die Kommunen sind entsprechend finanziell auszustatten.

Mit der Verabschiedung eines neuen Landesentwicklungsplans, der sich auf die wichtigsten raumordnerischen Belange konzentriert, haben wir den Kommunen mehr Planungshoheit und Entscheidungsfreiheit geben. Durch die Novellierung des Landesplanungsgesetzes, welches gestrafft, verschlankt und liberalisiert wurde, sorgen wir dafür, dass das kommunale Element nachhaltig gestärkt wird.

Wir haben die finanzielle Planungssicherheit für Kommunen verstärkt. In der letzten Legislaturperiode von Rot-Grün sanken die Landesmittel für die Kommunen um über 310 Mio. €. Zusätzlich befrachtete die frühere Landesregierung den Kommunalen Finanzausgleich mit über 150 Mio. €, die zuvor aus dem originären Landesetat bezahlt wurden. Dies hatte zur Folge, dass vor allem der Anteil der frei verfügbaren Mittel für die Kommunen stark sank. Seit Regierungsantritt der CDU/FDP-Regierung sind allein die Zahlungen in den Kommunalen Finanzausgleich wieder um 11% angestiegen und erreichen mittlerweile eine Höhe von rund 2,7 Mrd. €. Zudem haben wir unser Versprechen gehalten und die für die Kommunen frei verfügbaren Mittel im Kommunalen Finanzausgleich deutlich erhöht. Diese betragen mittlerweile wieder 81,8% im Gegensatz zu 76% im Jahr 1998. Dazu trug auch die von uns wieder eingeführte allgemeine Investitionspauschale in Höhe von jährlich 50 Mio. € bei.

Die CDU wird diesen Weg konsequent fortsetzen und auch in Zukunft verlässlicher Partner der hessischen Kommunen sein. Die Einführung der Konnexität in die Hessische Verfassung ist in diesem Zusammenhang ein wesentlicher Schritt in die richtige Richtung. Damit wird der Grundsatz „Wer bestellt - bezahlt“ Maßstab allen staatlichen Handelns des Landes gegenüber den Kommunen in Hessen. Diesen Weg einer kommunalfreundlichen Politik in Hessen wollen wir weiter fortsetzen.

Wir werden

- die Partnerschaft mit den Kommunen über mehr Deregulierung und Bürokratieabbau sowie die Fortentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs ausbauen. Dabei sollen die pauschalen Finanzausweisungen an die Kommunen weiter erhöht werden.
- die kommunale Finanzausstattung noch mehr als bisher bedarfsorientiert gestalten, damit die Kommunen ihren besonderen zugeordneten Funktionen beim engen Finanzspielraum besser nachkommen können und der landesplanerischen Zielsetzung der Schaffung und Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Hessen immer mehr entsprochen werden kann.

- die hessischen Regionen weiter stärken. Dabei finden die inzwischen entwickelten Kooperationen in Nord-, Mittel- und Südhessen unsere Unterstützung. Wir werden ggf. nötige haushaltsrechtliche oder kommunalrechtliche Rechtsvorschriften für diese Kooperationen anwendbar machen. Die Instrumente des Ballungsraumgesetzes zur Herbeiführung von Kooperationen im Rhein-Main-Gebiet werden wir im gebotenen Umfang einsetzen. Zwangsweise Eingemeindungen und Zusammenlegungen von Kreisen lehnen wir ab.
- uns auf Bundesebene dafür einsetzen, durch eine gerechtere und auf breitere Basis gestellte Steuer mit einem gemeinschaftlichen Hebesatzrecht den Kommunen auch in Zukunft ein unverzichtbares Finanzierungselement zu erhalten.
- uns dafür einsetzen, dass auch im Rahmen einer geplanten Gemeindefinanzreform des Bundes eine Sicherstellung der Finanzierung der an die Kommunen und Landkreise übertragenen Aufgaben und Leistungen erfolgt.
- alle Möglichkeiten im Bundesrat nutzen, um darauf hinzuwirken, dass auch auf Bundesebene das Konnexitätsprinzip eingeführt wird. Dies bedeutet, dass der Bund nicht weiter Verpflichtungen und Leistungen der Kommunen und Landkreise beschließt, ohne dafür die entsprechenden Finanzmittel bereitzustellen.
- uns mit aller Kraft dafür einsetzen, dass die hessischen Standorte von Bundeswehr und Bundesgrenzschutz mit ihren Personalstärken erhalten bleiben.

Familien unterstützen – Mitwirkung und Mitgestaltung ausbauen

Familien sind das Fundament unserer Gesellschaft. Wir wollen junge Menschen ermutigen, sich für die Familie, ein Leben mit Kindern und für ein Leben in der Solidargemeinschaft des Familienverbundes zu entscheiden. Deshalb setzen wir uns dafür ein, Gemeinden und Städte so zu gestalten, dass sich die Familien in ihrem Lebensumfeld wohlfühlen und an der Entwicklung ihres Lebensraumes mitwirken.

Wir sind die Partei, die die Interessen der Senioren auch im kommunalen Bereich vertritt. Kommunale Planung muss in Zukunft sowohl auf den Bedarf junger Familien als auch auf eine steigende Zahl älterer Menschen ausgerichtet sein. Dies gilt sowohl

für kommunale Freizeitangebote als auch für grundsätzliche städteplanerische und verkehrstechnische Überlegungen.

Wir werden

- neue Wege gehen, um Freiwilligkeit aufzugreifen und zu unterstützen. Unser Gemeinwesen lebt von der Mitwirkung und Mitgestaltung seiner Bürgerinnen und Bürger. Die Vielzahl und Vielfalt des ehrenamtlichen Engagements sind mit entscheidend für die Lebensqualität und Lebendigkeit unserer freiheitlichen Gesellschaft und ein Garant für die Zukunft unserer Gemeinden. Sich aus freien Stücken für seine Mitmenschen oder für die Allgemeinheit einzusetzen ist Ausdruck von Verantwortungsbereitschaft und Solidarität. Das macht unsere Gesellschaft menschlicher und wärmer. Den vielfältigen Ausprägungen des ehrenamtlichen Engagements in unseren Gemeinwesen kommt aus der Sicht der hessischen CDU eine herausgehobene Bedeutung zu.
- die Betreuungsangebote für Kinder, auch die Ganztagsbetreuung, ausbauen. Dies soll in Zusammenarbeit zwischen kreisangehörigen Städten und Gemeinden, den Landkreisen, den kreisfreien Städten sowie dem Land erfolgen. Oberstes Prinzip ist die bedarfsorientierte und von den Schulen gewollte Mitarbeit oder Beteiligung der Eltern. Wir wollen mehr Ganztagschulen, aber wir lehnen die Ganztagschule als Pflichtschule ab.
- die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Jugendsozialarbeit durch die Förderung einer engeren Zusammenarbeit aller Beteiligten verbessern. Zielsetzung ist die Bündelung der finanziellen und personellen Ressourcen in den Kommunen und Landkreisen.
- die Kommunen auch weiterhin bei ihren Integrationsbemühungen unterstützen. Die deutsche Sprache ist der Schlüssel zur Integration, daher machen wir bei der bisher geleisteten Verdoppelung der Sprachunterrichtsangebote für Kinder und Jugendliche nicht halt, sondern werden diese Integrationsinstrumente weiter ausbauen.

Hand in Hand für mehr Sicherheit

Kriminalitätsverhütung muss auch vorrangig kommunaler Planungs- und Handlungsgegenstand sein. Kommunalpolitik muss neben den staatlichen Stellen ihren Beitrag

zur Kriminalitätsbekämpfung und Prävention leisten. Hierzu hat die Landesregierung die gesetzlichen Möglichkeiten der Errichtung von Kriminalpräventionsräten in jeder hessischen Gemeinde geschaffen. Wir wollen diesen Weg weiter ausbauen.

Wir werden

- den Kommunen im Rahmen des Ordnungsrechts weitere Handlungsmöglichkeiten einräumen, um z.B. den zunehmenden Vandalismus, aber auch der Verunreinigungen des öffentlichen Verkehrsraumes von Parks und Grünanlagen entgegen wirken zu können.

9. Kunst und Kultur pflegen –

Lebensqualität und starker Standort

Das künstlerische und kulturelle Angebot stellt ein Stück der Lebensqualität innerhalb einer Region dar. Es eröffnet und erweitert den Horizont des Einzelnen und unterstützt so die Entwicklung der individuellen Persönlichkeit ebenso wie das Zusammenleben in der Gesellschaft. Kunst und Kultur erziehen genauso wie sie unterhalten. Das Kulturstaatsgebot der hessischen Verfassung, Kunst und Kultur angemessen durch den Staat zu alimentieren, ist für uns deshalb eine Verpflichtung von übertragender Bedeutung.

Kunst und Kultur sind heute oft entscheidende Kriterien für ein Unternehmen, sich im Sinne seiner Mitarbeiter und seiner wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Entscheidungsträger in einer bestimmten Region niederzulassen. Es ist dringend erforderlich, sich diesen „weichen“ Standortfaktoren zukünftig verstärkt zu widmen und den Kultureinrichtungen des Landes mehr finanzielle Eigenverantwortlichkeit (etwa durch Budgetierung, flexiblere Rechtsformen und Möglichkeiten des Sponsorings) zu geben.

Versprochen – Gehalten

Die rot-grünen Etatkürzungen für hessische Kultureinrichtungen wurden gestoppt und die Gesamtmittel für Kunst und Kultur auf über 415 Mio. € angehoben.

Wir haben

- ein Kulturinvestitionsprogramm mit einem Mittelvolumen von über 250 Mio. € aufgelegt.
- der hessischen Kulturstiftung aus der Zukunftsoffensive Hessen mehr als 5 Mio. € zugeführt, nachdem Rot-Grün die Mittelzuführung gestoppt hatte. Darüber hinaus wurde sie für ihre Aufgaben in den Jahren 2001/2002 mit jeweils mehr als 500.000 € bezuschusst.
- eine unabhängige Kulturkommission installiert, die in einzelnen kulturellen Bereichen Konzepte und Lösungsvorschläge für eine wirksame und zukunftsweisende Kulturförderung Hessens entwickelt.

Theater, Bibliotheken und Museen stärken

Wir haben

- mit der Budgetierung an allen drei hessischen Staatstheatern begonnen.
- die Sanierung der Hessischen Staatstheater nach jahrzehntelanger Vernachlässigung mit erheblichen Mitteln endlich in Angriff genommen.
- die Existenz der hessischen Bibliotheken zum Teil durch Überführung in die Hochschulbibliotheken gesichert.
- die hessischen Museen auf allen Ebenen unterstützt. Neben der verstärkten Förderung privater und kommunaler Museen wurden die notwendigen Sanierungsmaßnahmen in den Landesmuseen begonnen und ebenso vermehrt Finanzmittel sowohl zur Restaurierung als auch zum Ankauf von Kunstgegenständen und zur Inventarisierung zur Verfügung gestellt.
- das Museum für Industriekultur in Darmstadt vor einer Schließung gerettet und dem Landesmuseum Darmstadt die Existenz gesichert.
- die Einrichtung eines Keltenmuseums am Glauberg beschlossen, ein archäologischer Lehrpfad an gleicher Stelle ist bereits fertiggestellt.
- dazu beigetragen, dass in Gießen mit Unterstützung des Landes ein Mathematikmuseum und in Bad Arolsen das Christian-Daniel-Rauch-Museum geschaffen wurde.

Film und Musik fördern

Wir haben

- die Mittel für die Filmförderung -sowohl für kommerzielle Projekte als auch für Festivals und Hochschulabschlussfilme- deutlich angehoben.
- Richtlinien zur staatlichen Förderung und zum Namensschutz von Musikschulen erarbeitet und umgesetzt. Auf diese Weise wurden von uns Standards zur Qualitätssicherung an hessischen Musikschulen geschaffen.

Mit der Landesmusikakademie und dem Hessen-Park geht es voran

Wir haben

- nach jahrelanger Untätigkeit der rot-grünen Vorgängerregierung nunmehr auch eine Landesmusikakademie am Standort Schlitz errichtet.
- den Hessen-Park durch den Ausbau der Marktplatzzeile weiter gefördert.

Archäologie und Denkmalpflege fördern

Die Archäologie und Denkmalpflege erhielten endlich wieder die ihnen zukommende Bedeutung.

Wir haben

- die Mittel für die Bau- Bodendenkmalpflege nach rot-grünen Kürzungen wieder kontinuierlich angehoben.

Mit dem Ausbau der Saalburg wurde begonnen, ferner wurden die Grube Messel und das Mittelrheintal in das Welterbe der UNESCO aufgenommen.

Wir haben

- die Vorbereitung zur Aufnahme des Limes in die Weltkulturerbe-Liste der UNESCO betrieben und
- auch ein Archäologiekonzept für Hessen entwickelt, das die Neuordnung der Strukturen und Aufgaben innerhalb der Archäologie beinhaltet.

Neue Wege beschreiten, kulturelle Spitzenposition sichern

Um auch künftig ein Umfeld zu schaffen, in dem man gerne lebt und in das man gerne zieht, wollen wir der Förderung von Kunst und Kultur in der nächsten Legislaturperiode in mehr als nur gewöhnlicher Art und Weise nachkommen. Neben der Fortführung begonnener Projekte wollen wir in den verschiedenen kulturellen Bereichen wichtige Schwerpunkte setzen.

Wir werden

- dafür eintreten, dass öffentliche Hand und privates Engagement bei der Förderung von Kunst und Kultur zusammenwirken.

- den großen Kultureinrichtungen des Landes durch die Budgetierung der Mittelzuweisung mehr Eigenverantwortlichkeit und Flexibilität bei der Mittelverwendung einräumen. Auch gilt es, für die Zukunft Ziel- und Leistungsvereinbarungen zwischen den Kultureinrichtungen und dem Land anzustreben.
- bessere Vernetzungsstrukturen schaffen, um Kultureinrichtungen für die Zukunft fit zumachen.
- zur Verbesserung der Finanzausstattung der Kultureinrichtungen insbesondere die Frage des Sponsoring von Kultureinrichtungen und Stiftungen im Bereich von Kunst und Kultur in den Mittelpunkt stellen.
- das Vorhaben derjenigen hessischen Städte und Regionen unterstützen, die den Titel „Kulturhauptstadt Europas 2010“ anstreben, denn dieser Titel bewirkt nicht nur einen Imagegewinn für die Betroffenen, sondern auch für ganz Hessen.
- ebenso die Bemühungen der Region Bergstraße um die Schaffung eines UNESCO-Geoparks unterstützen.
- die besonderen Möglichkeiten für Hessen nutzen, die sich aus der weltweit einmaligen Ausstellung „documenta“ ergeben; wir wollen die Zeiträume zwischen den „documenta“-Terminen nutzen, zeitgenössische Kunst zu präsentieren, um so kulturelle Impulse für Nordhessen und ganz Hessen setzen zu können.
- die Voraussetzungen für eine verbesserte weltweite Vermarktung der „documenta“ für den Zweck der nachhaltigen Verbesserung und Stärkung der hessischen Marke „documenta“ nutzen.

Die Förderung von Theatern ist uns ein Anliegen. Deshalb werden wir

- Kinder- und Jugendtheater als wichtigen Bestandteil der Persönlichkeitsbildung und –entwicklung verstärkt fördern.
- im Rahmen einer Flexibilisierung auch die Umwandlung der Staatstheater in private Rechtsformen prüfen. Gegebenenfalls ist ein Modellversuch an einem Theater zu starten.

Die Förderung von Museen ist uns ein Anliegen. Deshalb werden wir

- dafür eintreten, dass das von der Stadt Wiesbaden geplante Stadtmuseum im Verbund mit dem Land Hessen neben dem Landesmuseum errichtet wird, damit hinreichende Kapazitäten für die Sammlung Nassauischer Altertümer und die naturwissenschaftlichen Sammlungen geschaffen werden.
- die Einrichtung eines virtuellen Museums bzw. eine Kooperation hessischer Museen etwa mit der Fraunhofer Gesellschaft in Darmstadt zur Einrichtung virtueller – zumindest – Museumssparten weiter verfolgen.

Die Förderung von Denkmälern und Gedenkstätten ist uns ein Anliegen. Auch in diesem Bereich wollen wir unsere Anstrengungen fortsetzen. Deshalb werden wir

- die Gedenkstättenarbeit u.a. durch die Unterstützung von Grenzmuseen (vor allem Point Alpha und auch Schiffers Grund) und einem einmal jährlich stattfindenden hessischen Gedenkstättentag fördern. An diesem Tag soll sich jeweils eine hessische Gedenkstätte ausführlich vorstellen und im Vor- und Nachgang entsprechend werbemäßig unterstützt werden. Hierbei ist vor allem auch die Zusammenarbeit mit Schulen vorzusehen.
- im Rahmen der Denkmalpflege ein Funddepot mit Konzentrierung der Restaurierungskapazitäten und Ausstellungsmöglichkeiten für neueste Funde an zentraler Stelle in Hessen planen. Ferner soll mit der längerfristigen Planung für ein archäologisches Museum in unmittelbarer Nähe dieses Depots begonnen werden.
- den Ausbau der Saalburg als Museums- und Forschungseinrichtung, aber auch als touristische Attraktion vorantreiben. Wir unterstützen deshalb die Rekonstruktion weiterer Gebäude auf dem Gelände der Saalburg.

Die Förderung der Musik ist uns ein Anliegen. Auch diesen Bereich des Kulturlebens wollen wir wettbewerbsfähig weiterentwickeln. Deshalb werden wir

- im Rahmen der Musikausbildung Landesmusiktage für Schulklassen schaffen, an denen professionelle Musiker in die Arbeit mit ihren Instrumenten einführen.

- einen hessischen Musikpreis für junge Laienmusikerinnen und –musiker ins Leben rufen, in Ergänzung zu den Musikpreisen, die das Land Hessen an professionelle Musikerinnen und Musiker oder Musikgruppen vergibt.
- Musikvereine und Chöre auch zukünftig schwerpunktmäßig fördern.
- die Förderung kommunaler Musikschulen an die Förderung privater Musikschulen annähern.

Die Förderung des Films ist uns ein Anliegen. Deshalb werden wir

- das bisherige System von wirtschaftlicher Filmförderung einerseits und kultureller Filmförderung andererseits neu strukturieren.
- die Filmförderung in Hessen generell ausbauen.
- dafür Sorge tragen, dass die Fördermittelvergabe des Landes durch Jurys evaluiert und entsprechend der Evaluationsergebnisse gestaltet wird.

10. Sport ist mehr als nur Bewegung:

Gemeinschaft und Engagement

Sport spielt im Leben unserer Gesellschaft eine wichtige Rolle. Seine hohe gesundheitliche, soziale, kulturelle und politische Bedeutung wird auch zukünftig geachtet und gefördert. Dabei ist es für die CDU das oberste Ziel, die Leistungs- und Zukunftsfähigkeit der knapp 8.000 Sportvereine in Hessen zu stärken.

Die gezielte Weiterentwicklung des hessischen Sports durch die Unterstützung der gemeinnützigen Tätigkeit der Sportvereine, die Würdigung des ehrenamtlichen Engagements und eine angemessene Sportförderung auf allen Ebenen wurde und wird in enger Partnerschaft mit dem Landessportbund Hessen zukunftsorientiert umgesetzt.

Dabei gilt es, die Balance zwischen der Autonomie des organisierten Sportes und dessen notwendiger staatlicher Unterstützung zu beachten.

Versprochen - Gehalten

Wir haben

- die Finanzmittel für den Sport in Hessen drastisch erhöht.
- die Aufnahme des Sports in die Hessische Verfassung umgesetzt
- dem Landessportbund Hessen Sitz und Stimme im Rundfunkrat des Hessischen Rundfunks gegeben
- durch das erfolgreiche „Jahr des Schulsports“ in Zusammenarbeit zwischen den Ministerien für Kultus und des Innern und für Sport sowie dem Landessportbund Hessen neue Perspektiven zur Unterstützung der Bedeutung und Notwendigkeit des Sports für die Entwicklung junger Menschen in unserem Lande eröffnet.
- durch die Anhebung der „Deckelung“ bei den Sportwetten auch für den organisierten Sport eine Erhöhung der Sportförderung erreicht. Im Landeshaushalt 2001 wurden die Mittel um 5,3% und für 2002 um 25,4% erhöht.
- gemeinsam mit dem Landessportbund die Stiftung „Sporthilfe Hessen“ gegründet, die wichtige Impulse für die Förderung des Nachwuchses im Leistungssport liefern wird.

- für den Neubau des Frankfurter Waldstadions eine Unterstützung in Höhe von 20,5 Mio. Euro beschlossen.
- zusammen mit der hessischen Sportjugend, Kommunen und Vereinen das Programm „bewegungsorientierter Kindergarten“ ausgebaut.
- zusammen mit dem Umweltministerium, den kommunalen Spitzenverbänden und dem Landessportbund eine verbindliche Vereinbarung zum Ausgleich zwischen Sport- und Umweltinteressen durch eine Allianz „Sport und Umwelt“ geschaffen.
- die große Bedeutung des Sports besonders für behinderte Menschen anerkannt und die Arbeit der Behindertensportverbände besonders gefördert und die entsprechenden Mittel deutlich erhöht.
- die Skisprungsschanze in Willingen mit 1,6 Mio. DM aus dem Sportetat umgebaut.
- die Sportmedizinische Betreuung durch massive Investitionen in das Sportmedizinische Institut deutlich verbessert.

Anwalt für Vereine und Verbände

Eine Politik für den Sport braucht verlässliche Partner. Die CDU sieht ihre Partner im Sport in erster Linie in den Vereinen, den Verbänden und den Sportkreisen. Nur durch die intensive Zusammenarbeit zwischen dem Landessportbund, den Kommunen, der Wirtschaft und der Landespolitik können die wachsenden Herausforderungen der Zukunft erfüllt werden.

Wir werden

- die Zusammenarbeit mit den Vereinen und Fachverbänden weiter intensivieren
- eine obligatorische Durchführung der Bundesjugendspiele in allen Schulformen durchsetzen.
- den Schulsport im Sinne des von uns eingeführten Jahres des Schulsports in den Folgejahren fördern und unterstützen.

- den Leistungssport z.B. durch das Förderprogramm zur Anstellung von Landestrainern bei den hessischen Sportfachverbänden weiter ausbauen, um die Rahmenbedingungen für die hessischen Athletinnen und Athleten und vor allem für die Talente im nationalen und internationalen Vergleich zu verbessern.

OlympJa

Die CDU Hessen wird die Olympiabewerbung von Frankfurt und der Rhein-Main-Region materiell und ideell mit aller Kraft vorantreiben. Wir wollen mit der Olympiabewerbung die einzigartige Chance nutzen, die Faszination der Spiele 2012 in Hessen, im Herzen Europas zu erleben. Wir wollen mit diesem globalen Ereignis einen Mega-Schub für den Sport in Hessen erzeugen sowohl im Spitzen- und Breitensport als auch im Verbands- oder Vereinssport. Schließlich wollen wir auch mit den Olympischen Spielen ein neues Regionalbewußtsein schaffen. Bereits die Bewerbung hat in den Vereinen, Verbänden, Kommunen, bei Wirtschaft und Kultur und bei vielen Bürgerinnen und Bürgern zu einem großem Engagement geführt.

11. Umweltschutz durch Partnerschaft

Kooperation statt Konfrontation - Dieses Prinzip zieht sich durch die hessische Umweltpolitik und die Politik für den ländlichen Raum wie ein roter Faden. Die CDU setzt auf die Eigenverantwortung des Menschen, anstatt auf immer neue Gesetze und Verordnungen. So wurden im Bereich des Umweltministeriums 2.200 Erlasse und Verordnungen aufgehoben, ohne dass das gemeinsame Miteinander dadurch Schaden gelitten hat. Im Gegenteil: Indem man ein Problem oder die Umsetzung einer Maßnahme gemeinsam mit den Betroffenen angeht, wird bei diesen die Akzeptanz für die notwendigen Schritte erhöht, ordnungspolitische Maßnahmen werden oft nicht notwendig und dies wirkt sich positiv auf das Ergebnis aus. Sei es im Umwelt-, Ressourcen- oder Naturschutz, überall gibt es Beispiele solcher Gewinnerallianzen. Beispielhaft sind hier die Umweltallianz, der Vertragsnaturschutz und das Kooperationsmodell bei der grundwasserschonenden Beratung zu nennen.

Versprochen – Gehalten

Bei Umwelt, Landwirtschaft und Forsten haben wir eine Reihe von Erfolgen vorzuweisen. Viele der Maßnahmen werden in der kommenden Legislaturperiode ihre Fortsetzung erfahren.

Wir haben

- mit der Novellierung des Hessischen Naturschutzgesetzes, des Jagdgesetzes und des Fischereigesetzes ideologischen Ballast beseitigt und die Belange von Natur-, Umwelt- und Artenschutz unter Berücksichtigung der Eigentümer- und Nutzerinteressen deutlich gestärkt.
- die Umweltallianz geschaffen, weil wir auf Kooperation statt Konfrontation in der Umweltpolitik setzen. Mehr als 500 Unternehmen machen mit. Mehr Engagement für den Umweltschutz und weniger Bürokratie sind die Folge. Das entlastet auch die Unternehmen. Die Genehmigungsgebühren sind neu strukturiert worden, dabei sind z.B. die Genehmigungsgebühren für zertifizierte Unternehmen nach EMAS um 20% reduziert worden. Außerdem werden die Genehmigungsverfahren einfacher.

- für mehr Sicherheit im Kernkraftwerk Biblis gesorgt. Weil es mit uns keinen Sicherheitsrabatt gibt, haben wir im Gegensatz zu Rot-Grün allein durch die Erteilung von mehr als 30 sicherheitserhöhenden Genehmigungsbescheiden für Biblis A die Sicherheit des Kernkraftwerkes Biblis deutlich erhöht. Dies werden wir für Biblis B fortsetzen.
- die Grundwasserabgabe abgeschafft. Verbraucher haben mehr Geld zur Verfügung. So spart eine vierköpfige Familie jährlich 50 €. Die Unternehmen wurden entlastet und dadurch die Arbeitsplätze sicherer gemacht.
- den Naturpark Kellerwald geschaffen und damit dem Bürgerwillen Rechnung getragen. Auf 40.600 Hektar wird in der Kellerwaldregion eine nachhaltige, umwelt- und naturschutzgerechte Infrastruktur im Rahmen der Zukunftsoffensive gefördert. Mit der Ausweisung wird gleichermaßen die Natur geschützt, die Erholung des Menschen ermöglicht und den Interessen der vor Ort lebenden Bevölkerung Rechnung getragen.
- die Altlastensanierung vorangetrieben. Neben der kommunalen Altlastensanierung, die ein vorrangiger Förderungsschwerpunkt war, haben wir uns auch um die Sanierung gewerblich verursachter Altlasten gekümmert. Die Sanierung des Pintsch-Geländes in Hanau als auch des ehemaligen Pionierparks in Mühlheim am Main wurden abgeschlossen. Die Sanierung der bewohnten Altlasten in Stadtallendorf, Hirschhagen und Lampertheim wurden energisch vorangetrieben. Die Mittel für Sanierungsaufgaben wurden seit 1998 um 45 Prozent erhöht.
- den Hochwasserschutz deutlich verbessert. Seit 1999 wurden die veranschlagten Mittel auf rund 10 Mio. € pro Jahr aufgestockt.

Schöpfung bewahren – natürliche Lebensgrundlage sichern

Die Umweltallianz hat sich seit ihrer Gründung in Hessen als Erfolg erwiesen. Wir wollen dieses Erfolgsmodell weiter ausbauen, damit die gemeinsame Zielsetzung „Kooperation statt Konfrontation“ in der Umweltpolitik konsequent umgesetzt wird.

Wir wollen

- die Umweltallianz um die Bereiche Arbeitsschutz und Qualitätssicherung erweitern und die Landwirtschaft mit einbeziehen.

- durch innovative Ideen den Umweltschutz erhöhen. So können z.B. durch marktwirtschaftliche Instrumente oder die Schaffung von Gebührenanreizen für umweltgerechtes Handeln neue Impulse für freiwilliges Handeln gegeben werden.
- dass die Verwaltung durch den Einsatz moderner Planungs- und Kontrollinstrumente, wie z.B. dem Umweltplan, der im Jahre 2002 erstmals veröffentlicht wurde, noch effektiver arbeiten kann.

Klimaschutz vorantreiben

Wir haben das von vielen Staaten unterzeichnete Umweltschutz-Protokoll von Kyoto nicht nur unterstützt, sondern wir haben mit unserem Modellprojekt zum Handel mit Emissionsrechten sofort Konsequenzen gezogen.

Wir wollen

- das Planspiel mit dem europaweiten „Hessen-Tender“ fortsetzen, um weitere Erkenntnisse zur wahrscheinlich ab 2005 verbindlichen EU-Richtlinie für den CO₂-Emissionshandel zu gewinnen. Wir leisten damit einen Beitrag, die hessische Wirtschaft frühzeitig fit zu machen.
- ein Landesprogramm zur Senkung der CO₂-Emissionen anstoßen, um den CO₂-Ausstoß in Hessen noch deutlicher zu senken.
- die Forschung auf dem Gebiet der Verringerung von Emissionen fördern und neue Methoden erproben, wie z.B. die Senkung des Schadstoffausstoßes bei Fahrzeugen durch die Beimischung von Bio-Diesel zum normalen Diesel.
- den Agenda 21-Prozess auch weiterhin positiv begleiten.

Sichere und umweltfreundliche Energie zu bezahlbaren Preisen

Der Energiestandort Hessen soll weiter ausgebaut werden. Dazu gehört ein ökonomisch und ökologisch ausgewogener Energiemix, der sowohl die friedliche Nutzung der Kernenergie als auch der regenerativen Energie umschließt. Für die CDU ist die friedliche Nutzung der Kernenergie auf höchstem Sicherheitsniveau unverzichtbar. Die gesteckten Klimaschutzziele (CO₂-Emissionen) sind ohne den Anteil der Kernenergie nicht zu erreichen. Der sogenannte „Atom-Konsens-Vertrag“ gefährdet das

Stromerzeugungsland Hessen und insbesondere die jetzigen Arbeitsplätze in der Stromwirtschaft.

Wir wollen

- die friedliche und sichere Nutzung der Kernenergie weiterhin gewährleisten.
- auch zukünftig keinen Sicherheitsrabatt für Biblis.
- eine nachhaltige Energiepolitik, die den Ausbau und die Förderung neuer Technologien (z.B. Wasserstofftechnik, Brennstoffzellen, Kraftwärmekopplung, Wärmepumpen, Wärmerückgewinnung und Abwärmenutzung, Erdgasfahrzeuge, etc.) unterstützt. Die Förderung und Ausschöpfung regenerativer Energien muss gesteigert werden.
- die energetische Nutzung von Biomasse in den Mittelpunkt rücken. Die Ressourcen in der Forst- und Landwirtschaft sind hierbei bisher nur minimal genutzt worden. Neben dem Ausbau der Nutzung von Biogas ist die Förderung von Anlagen zur Herstellung von Holzpellets für Feuerungsanlagen ebenso neu zu überdenken, wie die Förderung von Rapsmühlen und die damit verbundene Ausweitung der Anbauflächen von Raps. Damit verbinden wir ökologische Vorteile mit der Sicherung von Arbeitsplätzen in der Land- und Forstwirtschaft.
- ein „100-Motoren-Programm“ auflegen, durch das der Umstieg von PKW's auf Rapsölbetrieb gefördert werden soll (Modell Biosphärenreservat Rhön).
- die Forschung auf dem Gebiet neuer Technologien, aber auch angewandter Technologien intensivieren. Unabhängig von der weiteren friedlichen Nutzung der Kernenergie muss auch auf diesem Gebiet die Forschung weitergehen.
- uns weiterhin für ressourcenschonende und effiziente Energienutzung einsetzen. Ein neues Energiemanagement, wie z.B. durch Nutzung von Energie-Contracting muss ebenso weiter ausgebaut werden wie im passiven Bereich z.B. die energetische Gebäudesanierung.
- gemeinsam mit den Betroffenen prüfen, inwieweit die Errichtung von Windkraftanlagen in einer sachgerechten Abwägung von Umwelt-, Naturschutz- und Energieaspekten unter besonderer Berücksichtigung von Landschaftsschutzbelangen vorgenommen werden kann.

Abfallwirtschaft weiterentwickeln

Die Weiterentwicklung der Abfallgesetzgebung und die intensive Unterstützung von Marktstrukturen auf allen Ebenen der Abfallwirtschaft – Stichwort: Keine Monopole – sind neben der Deponienachsorge für die CDU zentrale Themen.

Umweltschutz und auch die Abfallvermeidung fangen bereits vor der Produktion an. Im Bereich der Abfallwirtschaft bleibt die Abfallvermeidung das oberste Prinzip.

Wir wollen

- auf neue Produktionsverfahren hinwirken und den produktbezogenen Umweltschutz stärker in den Vordergrund rücken.
- die Förderung von technologischen Innovationen zur automatischen Erkennung und Trennung von Materialien und neuer Abfallverwertungskonzepte vorantreiben. Hierdurch und durch die Zulassung von mehr Wettbewerb im Bereich der Abfallverwertung werden wir langfristig die Müllgebühren für den Bürger senken können.
- die Konzepte zur Abfallentsorgung nach Beendigung der Hausmülldeponierung im Jahre 2005 zügig entwickeln und umsetzen. Wir unterstützen daher die Umrüstung bzw. den Bau von emissionsarmen thermischen Abfallbehandlungsanlagen.
- dass Abfallverwertungskonzepte möglichst ortsnah realisiert werden. Darüber hinaus können auch Abfallverwertungskonzepte über die Landesgrenzen hinaus ausgebaut werden. Dies ist durch den neuen Abfallwirtschaftsplan der Landesregierung möglich geworden
- den Aufbruch von Monopolstrukturen z.B. im Bereich des Dualen System Deutschland und die Zulassung weiterer Anbieter am Markt neben dem DSD.

Zügige Altlastensanierung

Hessen ist vorbildlich in der Altlastensanierung. In keinem anderen Bundesland wurde mit der Sanierung so vieler Altlastengebiete begonnen. Die zügige Sanierung der Altlastenflächen hat weiterhin oberste Priorität.

Wir wollen

- die enorme Belastung der Anwohner auf ein Minimum reduzieren.

- uns dafür einsetzen, dass sich die hessische Wirtschaft mit einem freiwilligen finanziellen Beitrag im Rahmen eines Altlastensanierungsfonds für gewerbliche Altlasten beteiligt.

Wasser-Ressourcen-Management

Der Sicherung der Wasserqualität und –quantität sowie dem Schutz des Grundwassers widmen wir mit Blick auf die kommenden Generationen besondere Aufmerksamkeit.

Wir wollen,

- dass die erfolgreichen freiwilligen Kooperationen zwischen Landwirtschaft und Wasserwirtschaft zur Verbesserung der Grundwasserqualität weiter ausgebaut werden. Daher werden wir die Anschubförderung für ein Kooperationsmodell Landwirtschaft/ Wasserwirtschaft fortsetzen.
- dass die Trinkwasserversorgung hessenweit koordiniert wird. Isolierte Betrachtungen z.B. für den Vogelsberg und das hessische Ried sind nicht länger akzeptabel. Es gilt, ein Trinkwasserkonzept für Hessen zu entwickeln, das örtliche, regionale und landesweite Aspekte berücksichtigt und diese in ökologisch und ökonomisch ausgewogener Weise miteinander verknüpft.
- eine transparente und mit allen Beteiligten abgestimmte Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie in einer großen Novelle des Hessischen Wassergesetzes.

Hochwasserschutz verbessern

Wir werden unsere erfolgreiche Politik zur Verbesserung des Hochwasserschutzes in Hessen fortsetzen.

Wir wollen

- die eingeleitete Deichbausanierung auf hohem Niveau fortsetzen.
- durch ein Sofortprogramm die gefährdetsten Deiche in den nächsten 2 Jahren sichern.
- vorhandene Rückhaltebecken und Talsperren effizienter nutzen.

- vorhandene Retentionsräume besser nutzen. Durch die Erstellung eines Retentionskatasters werden die vorhandenen Retentionsflächen identifiziert und können durch Renaturierung der Flussufer und der Talauen zur Aufnahme des Hochwassers genutzt werden.
- durch zügige Renaturierung das Volumen zur Aufnahme von Hochwasser in den nächsten Jahren verdoppeln und damit zur Entlastung der gefährdeten Regionen beitragen.

Lärm mindern für mehr Lebensqualität

Für uns ist Lärm nicht gleich Lärm. So kann auch Kinderlärm nicht Bestandteil eines neuen Lärmschutzkonzeptes sein. Der Lärm spielender Kinder ist kein störender Faktor, sondern eine Meßlatte für ein kinder- und familienfreundliches Hessen.

Wir wollen

- einen „Lärmpakt Hessen“ als ein integriertes Konzept für den individuellen und den öffentlichen Verkehr (Auto, Bahn, Flugzeug), mit dem Lärmemissionen (z.B. Pilotprojekt Verkehrsmanagement) gesenkt und der passive Lärmschutz ausgebaut werden, um Erleichterungen für die zunehmende Belastung der Bevölkerung zu erreichen.
- die Vergabe von Lärmkontingenten nutzen. Hierfür wollen wir die Grundlagen für einen Handel mit Lärmkontingenten erarbeiten.
- Fluglärm nicht nur mit Blick auf die Flughafenerweiterung Frankfurt regulieren. Die CDU sieht in diesem Zusammenhang die unbedingte Notwendigkeit für eine Umsetzung und dann strikte Einhaltung eines Nachtflugverbotes. Wir sprechen uns für eine aktive Lärmüberwachung, strikte Einhaltung der Überflugkorridore und gestaffelte Lärmzuschläge bei Start- und Landeentgelten aus. Schon vor dem geplanten Ausbau sind Maßnahmen zur Reduktion des Fluglärms wie z. B. die Ausdehnung des Nacht- und Wochenendflugverbotes für besonders laute Maschinen, Schallschutzprogramme für unmittelbar betroffene Wohngebäude, Bewegungs- und Lärmkontingentierungen für nächtliche Flugbewegungen umzusetzen.
- im Straßenverkehr durch den weiteren Ausbau von Telematik-Systemen den Individualverkehr im Hinblick auf die Lärmvermeidung optimieren.

Sendemasten: Mehr Akzeptanz durch Information und Transparenz

Die mobile Telekommunikation ist ein fester Bestandteil unserer modernen Gesellschaft. Mit den hierfür notwendigen Sendeanlagen ist sowohl eine weitgehende Netzabdeckung als auch die gesundheitliche Unbedenklichkeit sicherzustellen. Wir begrüßen die freiwillige Vereinbarung der Telekommunikationsunternehmen, die Bevölkerung und die Kommunen beim Aufstellen von Sendemasten zu informieren und zu beteiligen. Durch Information wird Transparenz und Akzeptanz geschaffen.

Wir wollen,

- dass elektromagnetische Felder, insbesondere der Mobilfunk, hinsichtlich möglicher Auswirkungen noch intensiver erforscht und die gesetzlichen Vorschriften den Forschungsergebnissen angepasst werden.

12. Landwirtschaft und ländlichen Raum stärken

Das bisherige Selbstverständnis der Landwirtschaft als reine Agrar-Rohstoffproduzenten hat sich gewandelt. Die Landwirtschaft hat heute als Wirtschaftsfaktor im Vergleich zu früher zwar eine deutlich geringere Bedeutung in unserer Volkswirtschaft, dennoch kommt der multifunktionalen Landwirtschaft eine entscheidende Rolle in unserer Gesellschaft zu. Moderne, nachhaltige Produktionstechniken stehen keinesfalls im Widerspruch zu einer umwelt- und verbraucherorientierten Agrarpolitik. So ist der Landwirt heute ein wichtiger Partner bei der Umsetzung von Umweltschutzmaßnahmen, z.B. beim Vertragsnaturschutz und der Landschaftspflege. Darüber hinaus schafft der Landwirt sich neue wirtschaftliche Standbeine, wie z.B. im Bereich der Energiegewinnung (Biomasse), des Tourismus (Urlaub auf dem Bauernhof), mit Freizeitkonzepten und durch die Direktvermarktung. Die wohnortnahe Lebensmittelproduktion verbunden mit der Sicherung von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum allgemein sind sowohl aus ökologischen als auch aus ökonomischen Gründen unerlässlich. Die standortangepasste, flächendeckende und nachhaltige Land- und Forstwirtschaft ist ein Stück kultureller Identität unserer Heimat und muss daher mit allen verfügbaren Mitteln, auch mit EU- und Bundesförderung, in ihrer Bedeutung gestärkt werden. Die Rahmenbedingungen hierfür zu schaffen und zu sichern, hat sich die Union zur zentralen Aufgabe gemacht. Die CDU setzt daher einen Schwerpunkt in eine integrierte Politik für den ländlichen Raum.

Land und Forstwirtschaft für alle – Qualität für Hessen

Versprochen - Gehalten

Wir haben

- mit dem LFN-Reformgesetz die Landwirtschaftsverwaltung gestrafft und modernisiert und insbesondere die Landwirtschaftsberatung auf ein neues Fundament gestellt. Bei der Abstimmung der Beratungsinhalte sind die Fachverbände in einem Beratungskuratorium nunmehr beteiligt. Damit wird diese effizienter und ist den Markterfordernissen besser anzupassen.
- durch die Novellierung des Hessischen Naturschutzgesetzes und des Hessischen Wassergesetzes den Belangen der Landwirtschaft und Forstwirtschaft einen größeren Stellenwert eingeräumt.

- die hessische Landwirtschaft durch den gezielten Einsatz von Investitionsbeihilfen, z.B. im Rahmen des Lagerstättenprogramms und der Stallneubauten, unterstützt.
- die hessischen Gartenbaubetriebe unterstützt, die neben allgemeiner Ölpreissteigerungen vor allem von der rot-grünen Ökosteuer besonders hart getroffen wurden.
- die Marketing-Möglichkeiten hessischer Winzer durch die Einführung der Prädikatsbezeichnung „Erstes Gewächs“ verbessert. Damit haben wir das große Engagement hessischer Winzer für Qualität im Weinbau gewürdigt.
- mit der Umwandlung der hessischen Staatsweingüter in eine GmbH einen modernen Wirtschaftsbetrieb geschaffen, der sich am Markt behaupten kann.
- die Steillagenförderung verbessert und so der aktiven Kultur- und Landschaftspflege durch die Winzer Rechnung getragen.
- den Landesbetrieb Hessen-Forst mit Sitz in Nordhessen gegründet und damit die Brücke gebaut von der traditionsreichen Forstverwaltung zu einem zeitgemäßen Wirtschaftsbetrieb.
- eine verstärkte Förderung im Rahmen des Dorferneuerungsprogramms ermöglicht.

Fairer Partner der Land- und Forstwirtschaft

Wir wollen

- weiterhin die Wettbewerbskraft der hessischen Landwirtschaft nachhaltig verbessern. Wir setzen dabei auf den gezielten Einsatz von Investitionsbeihilfen. Deshalb werden auch zukünftig die Strukturfördermittel vorrangig im Rahmen von Investitionsbeihilfen eingeplant.
- die Programme zur Förderung des ländlichen Raumes so attraktiv gestalten und die entsprechenden ordnungsrechtlichen Voraussetzungen schaffen, dass angemessene landwirtschaftliche Einkommen auch im Hinblick auf die zu erwartenden Einschnitte bei den Agrar-Direktzahlungen sichergestellt werden.

- ein „Regionalprogramm ländlicher Raum mit ganzheitlichem Ansatz“ auflegen zur Unterstützung von Betrieben, die Arbeitsplätze schaffen oder die Wertschöpfung erhöhen sowie für die Strukturverbesserung des ländlichen Raumes.
- die Förderung der Jung-Landwirte als Hofnachfolger und der bäuerlichen Landwirtschaft fortsetzen. Dies betrifft auch die Förderung von jungen Waldbesitzern.
- ein hessisches Schlachthofkonzept mit dem Ziel der Erhaltung regionaler Schlachtstätten.
- die Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe in Hessen innerhalb Deutschlands und der EU steigern, indem wir ihre strukturellen Voraussetzungen verbessern, Flurneuordnungsverfahren beschleunigen und regionale Märkte und Kreisläufe neu erschließen und vorhandene stärken.
- neue Berufsfelder im ländlichen Raum - z.B. Daten- und Informationstechnik, Telearbeit, Landwirt als Energiewirt – entwickeln und aktiv vorantreiben und soweit wie möglich hierfür auch Ausbildungsgänge schaffen. Daher unterstützt die CDU auch Studienakademien als Verknüpfungspunkt für wirtschaftliche Entwicklung im ländlichen Raum.
- uns auch künftig besonders für den Erhalt regionaler Besonderheiten einsetzen, (wie z.B. Steillagenweinbau, Grünlandwirtschaft in Mittelgebirgslagen, Bergbau,) die nicht immer wirtschaftlich sind, aber einen wichtigen Bestandteil unserer Kulturlandschaft darstellen.

Neben der Neuausrichtung der Erwerbsfelder in der Landwirtschaft setzt den hessischen Bauern insbesondere der steigende Flächenverbrauch zu, der immer mehr Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung entzieht. Neben der für die eigentliche Baumaßnahme benötigten Fläche gehen zusätzliche Flächen verloren, da für Eingriffe in Natur und Landschaft ein Ausgleich zu schaffen ist, der überwiegend weitere landwirtschaftliche Nutzflächen, vorrangig Ackerflächen, beansprucht. Gerade am Rande des Ballungsraumes Rhein-Main ist der Druck besonders hoch.

Wir wollen

- eine Stiftung einrichten, die dafür sorgt, dass erprobte Modelle zum fairen Interessenausgleich zwischen Naturschutz und Landwirtschaft kontinuierlich

Anwendung finden. Wir setzen auf intelligente Ausgleichsmaßnahmen mit geringem Flächenbedarf, wie z.B. Maßnahmen im Wald, Auenschutz, Entsiegelung, Begrünung im Innenstadtbereich, Fischaufstiegshilfen und Querungshilfen (Wildbrücken). Hinzu kommt durch die Novelle des Hessischen Naturschutzgesetzes der Handel mit Öko-Punkten. Außerdem soll in Zukunft die Ausgleichsabgabe auch für Pflegemaßnahmen anstelle bloßer investiver Maßnahmen genutzt werden.

- die hessische Ausgleichsabgabenverordnung im Hinblick auf Flächenschonung grundsätzlich neu konzipieren.
- ein Landwirtschaftsgesetz einführen, das die Belange der Landwirtschaft bündelt und die gute fachliche Praxis definiert.
- prüfen, inwieweit die berechtigten Belange der Landwirtschaft bei der Planung von Großvorhaben stärker berücksichtigt werden können.

Weinbau, Gartenbau und Naturschutz voranbringen

Auch in Zukunft wird dem Weinbau in Hessen eine große Bedeutung zukommen.

Wir wollen

- im Zuge einer zukunftsgerichteten Weinbaupolitik den qualitätsorientierten Weinbau fördern und den Verlust von landwirtschaftlichen Flächen stoppen.
- im Interesse unserer Kulturlandschaft das Steillagenprogramm fortsetzen.
- den Qualitätsweinbau auch politisch unterstützen. Die Staatsweingüter, die in eine GmbH umgewandelt und damit für die Zukunft wettbewerbsfähig gemacht wurden, betrachten wir als einen wichtigen Imageträger für unser Land.
- die Marktsituation für die hessischen Winzer weiter verbessern, was bereits durch die eingeführten Bezeichnungen „Erstes Gewächs“ und „Classic“ auf den Weg gebracht ist. Im Interesse des Verbrauchers und zur Sicherung der Weinqualität ist die amtliche Prüfung von Qualitätswein sowie die Durchführung qualitätsorientierter Wettbewerbe wie die Landeswein- und -sektprämierung geeignet.

- die Lehr- und Forschungsanstalt und die Aus- und Weiterbildung im Weinbauamt als notwendige Maßnahme zur Zukunftssicherung des Weinbaus unterstützen.

Die Sicherung und Stärkung der Beratung für den Gartenbau in Hessen ist ein wichtiges Anliegen.

Wir wollen

- die Ausstattung der hessischen gärtnerischen Berufsschulen und weiterführenden Fachschulen (Lehr- und Versuchsanstalt für den Gartenbau) verbessern und die begonnene erfolgreiche Umstrukturierung der Gartenbauakademie vollenden.
- die Absatzsituation der regionalen Produktion verbessern, indem wir Initiativen wie „5 am Tag“, „Entente Florale“ etc. fördern.
- regionale Wettbewerbsnachteile für die hessischen Anbauer von Spezialkulturen im Zusammenhang mit dem neuen Pflanzenschutzmittelgesetz beseitigen.

Die hessische Kulturlandschaft als Lebensraum für Menschen, Tiere und Pflanzen ist in voller Verantwortung auch für kommende Generationen in ihrer einmaligen Vielgestaltigkeit zu bewahren.

Wir wollen

- den Vertragsnaturschutz weiter ausbauen. Er ist ein wichtiges Instrument, nicht nur für einen effektiven Naturschutz, sondern auch zur Umsetzung der FFH-Richtlinie in Kooperation und Partnerschaft mit den Betroffenen.
- über eine neu zu schaffende Stiftung zur langfristig sicheren Finanzierung der Maßnahmen im Vertragsnaturschutz künftig auch die Mittel aus der naturschutzrechtlichen Ausgleichsabgabe heranziehen.
- der Pflege bestehender Natur- und Landschaftsschutzgebiete Vorrang vor der Ausweitung weiterer Gebiete ohne nachhaltige Sicherstellung von Pflegemaßnahmen einräumen. Wir bevorzugen einen qualitativ hochwertigen gegenüber einem rein quantitativen Naturschutz (Klasse statt Masse).

- das ehrenamtliche Engagement beim Naturschutz weiterhin fördern. Es ist unverzichtbar.
- die Weichenstellungen der Novelle des Hessischen Naturschutzgesetzes – angefangen von der Stärkung des Vertragsnaturschutzes über die Erweiterung des ehrenamtlichen Naturschutzes bis hin zur Vereinfachungs- und Deregulierungsmaßnahmen – in die Realität umzusetzen. Dazu gehört z.B. die Einführung des Handels mit Öko-Punkten.
- die Zuständigkeiten für den Naturschutz bündeln und stärken, um die knappen Ressourcen effektiver einzusetzen.
- die Entwicklung des Naturparks Kellerwald weiterhin unterstützen.
- im Bereich des Artenschutzes die EDV-mäßige Erfassung der Arten vorantreiben. Ein schwerpunktmäßiges Artenschutz- und Artenpflegekonzeptes soll aufgestellt werden.

Forstwirtschaft unterstützen

Mit einem Anteil von 42 Prozent an der Landesfläche ist der Wald das größte Biotop in Hessen und ein bedeutender Umweltfaktor. Die hessische Forstwirtschaft erhält und bewirtschaftet diesen Wald sinnvoll, vielfältig und nachhaltig. Der Wald als bedeutender Wirtschaftsfaktor stellt der Volkswirtschaft einen umweltfreundlichen und erneuerbaren Rohstoff zur Verfügung und erfüllt gleichzeitig wichtige gemeinwohlorientierte Aufgaben.

Wir wollen

- weiterhin das Zukunftsmodell des Landesbetriebes „Hessen-Forst“ unterstützen, damit Hessen im Bereich Forst auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleibt. Wir werden auf die konsequente Umsetzung der Satzungsvorgaben achten. Vom Wirtschaftshandeln des Landesbetriebes „Hessen-Forst“ wird erwartet, dass er jährlich mit einem deutlichen Überschuss abschließt. Dabei werden die Grundsätze der naturnahen und nachhaltigen Bewirtschaftung ebenso beachtet wie die gesetzlich vorgegebene Allgemeinverpflichtung und die Schutz- und Erholungsfunktionen des Waldes.

- weiterhin die Unterstützung und Betreuung des Kleinprivatwaldes und von forstlichen Zusammenschlüssen fördern. Insbesondere die forstlichen Betriebsgemeinschaften sollen gestärkt werden. Die Planung soll durch die Erstellung eines Waldförderplanes verbessert werden.
- einmal pro Legislaturperiode einen Zustandsbericht für die Bereiche Natur, Arten und Jagd erstellen.
- uns weiterhin für die Umsetzung und Einhaltung des novellierten Jagdgesetzes einsetzen. Der unverzichtbare Interessenausgleich zwischen Flur, Wald und Wild muss in gemeinsamer Anstrengung aller Beteiligten vollzogen werden.
- die Vermarktung von forstlichen und jagdlichen Produkten unterstützen.
- die Einführung eines Wildursprungszeichens im Sinne eines Gütesiegels für hessisches Wildbret prüfen.
- bei der Abschaffung der Jagdsteuer, soweit dies nicht bereits geschehen ist, uns weiterhin dafür einsetzen, dass diese in kommunaler Selbstverantwortung abgeschafft wird.
- Maßnahmen zur nachhaltigen Verringerung von Wildunfällen im Straßenverkehr prüfen, um die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer zu erhöhen und zugleich dem Tierschutzgedanken verstärkt Rechnung zu tragen.

13. Brand- und Katastrophenschutz:

Staatliche Aufgabe und Ehrenamt

Die Bürger vertrauen zu Recht auf den Staat beim Schutz vor Brand, Unfällen und Katastrophen. Die CDU ist ein verlässlicher Partner für dieses Vertrauen.

Neue Perspektiven im Brandschutz

Mit dem „Zukunftsprogramm 2000+“ für neue Perspektiven im Brandschutz haben wir das rot-grüne Chaos in der Finanzierung beseitigt. Die Finanzierung des Brandschutzes hat sich in den 90er Jahren erheblich verschlechtert, zum einen wegen des rückläufigen Aufkommens der Feuerschutzsteuer, zum anderen aber auch deshalb, weil die Vorgängerregierung Mittel aus dem Aufkommen für solche außerhalb des Brandschutzes verwendet hatte. Gleichzeitig türmten sich Förderanträge der Kommunen für Feuerwehrrhäuser und –fahrzeuge zu einem Berg von 163 Mio. DM auf.

Wir haben mit dem Programm „2000+“ folgende Kernpunkte verankert:

- ein 100 DM Millionen Volumen umfassendes Gesamtprogramm
- Anhebung der Verpflichtungsermächtigungen im Bereich des Brandschutzes
- deutliche Anhebung der Verpflichtungsermächtigungen im Bereich der Brandschutzförderung, für Zuwendungen an Kommunen (Feuerwehrrhäuser und Feuerwehrrfahrzeuge)
- zwischen 2002 und 2011 stehen 100 Mio. DM Verpflichtungsermächtigung zur Verfügung, die bereits ab dem Jahr 2000 eingegangen werden können. Dies verschafft den Kommunen Planungssicherheit, sie können flexibel handeln, ohne die staatlichen Zuschüsse zu verlieren. Bisher konnten mehr als 300 Feuerwehrrfahrzeuge und rd. 150 Feuerwehrrhäuser aus dem Programm gefördert werden.
- Wegfall der Pauschalförderung der Berufsfeuerwehren ab 2002
- Beschränkung der Förderung auf Neubauten

Die Stärkung des Brandschutzes setzt die CDU auch in Zukunft kontinuierlich fort. Deshalb werden wir

- die Finanzierung des Brandschutzes in Hessen auf Landesebene grundsätzlich neu überdenken. Der Brandschutz darf nicht länger von Konjunkturschwankungen abhängig sein.
- mittels gezielter Förderung für die Ausstattung der Feuerwehren dazu beitragen, das hohe Niveau des Brandschutzes in Hessen zu halten und auszubauen
- uns dafür einsetzen, dass die Aufwandsentschädigungen für die Feuerwehrleute gänzlich von Abgaben und Steuern befreit werden.
- das ehrenamtliche Engagement der Freiwilligen Feuerwehren, die das Rückgrat des Brandschutzes in Hessen sind, in jeder Form unterstützen.
- zur Sicherung der Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehren und zur Steigerung der Attraktivität der Freiwilligen Feuerwehren und der Jugendfeuerwehren gemeinsam mit dem Landesfeuerwehrverband entsprechende Programme entwickeln und durchführen. Dies gilt auch bezüglich der Akzeptanz eines Feuerwehrens gegenüber Unternehmen und Arbeitgebern. Zugleich soll gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern die Leistungen der Feuerwehren in unserer Gesellschaft deutlich gemacht werden.

Katastrophenschutz stärken und ausreichend ausstatten

Unmittelbar nach Regierungsübernahme hat die CDU die Ausstattung des Katastrophenschutzes finanziell und sachlich erheblich verbessert. So wurden erstmals seit Jahren für den Katastrophenschutz eigene Landesmittel überhaupt wieder zur Verfügung gestellt. Hessen hat praktisch als einziges Land der Bundesrepublik bereits im Jahr 2000 eine umfassende Katastrophenschutzanalyse vorgelegt, die Grundlage der mittel- und langfristigen Entwicklungsplanung ist.

Wir haben sofort auf die Terroranschläge in New York reagiert:

Der Landtag hat unmittelbar noch für das Jahr 2001 2 Mio. DM und für die Jahre 2002 bis 2004 insgesamt rd. 5,1 Mio. € zusätzlicher Mittel für den Katastrophenschutz zur Verfügung gestellt. Mit diesen Mitteln werden vor allem die Ausstattung im

Katastrophenschutz verbessert und neue Fahrzeuge für die Hilfsorganisationen beschafft.

Das Katastrophenschutzkonzept Hessen unterscheidet sich in wesentlichen Punkten von seinem Vorgängerkonzept. Die Änderungen gegenüber dem Konzept von 1996 sind vor allem:

- erstmals umfassende und verbindliche organisatorische Regelungen für alle Bereiche des Katastrophenschutzes.
- erstmals verbindliche Regelungen zur Stellung von Fahrzeugen aus Haushaltsmitteln des Landes für die Katastrophenschutzeinheiten.
- Änderung der Aufstellung und Anzahl der Löschzüge: statt bislang 96 erweiterte Löschzüge sind nun 426 Löschzüge vorgesehen, d.h. künftig muss jede Kommune einen Löschzug stellen. Gekoppelt mit dieser Änderung ist die Förderung eines der Fahrzeuge mit 15% aus Katastrophenschutzmitteln.
- die personelle Besetzung der Sanitätszüge und Betreuungszüge wurde erhöht und in jeden Zug eine schnelle Einsatzgruppe gebildet.

Wir haben die Ausstattung des Katastrophenschutzes finanziell und sachlich verbessert. Die CDU kommt ihrer Aufgabe des Schutzes der Bevölkerung auch in Zukunft nach.

Deshalb werden wir

- den Katastrophenschutz in Hessen kontinuierlich ausbauen. Grundlage dafür ist die im September 2000 vorgelegte Katastrophenschutzanalyse.
- uns dafür einsetzen, dass die Finanzierung des Katastrophenschutzes noch stärker aus originären Haushaltsmitteln erfolgt. Das mit dem Haushalt 2000 Begonnene gilt es fortzusetzen und auszubauen.

14. Politik für Heimatvertriebene und deutsche Spätaussiedler

In Hessen fand eine große Zahl von Heimatvertriebenen, Flüchtlingen und deutschen Spätaussiedlern ein neues Zuhause, das für viele Heimat wurde. Diese Menschen haben unser Bundesland mit aufgebaut. Sie haben mit der Bewahrung ihrer Kulturgüter einen wichtigen Beitrag für die Kultur unseres Landes geleistet. Sie sind eine Bereicherung für unser Land. Deshalb verdienen sie weiter unsere Unterstützung und Sympathie. Auch die jetzt zu uns kommenden Spätaussiedler dürfen nicht als Belastung angesehen werden.

Die deutschen Spätaussiedler und die im östlichen Ausland lebenden Volksgruppen sind für die CDU Hessen weiter eine besondere Verpflichtung. Die Aufnahme und Integration der Deutschen aus der ehemaligen Sowjetunion ist eine besondere moralische Verpflichtung. Die bestehenden Sprachprobleme dürfen nicht zu einer Ablehnung dieser Menschen führen. Für eine gute Integration in allen gesellschaftlichen Gruppen zu werben und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, wird weiter eine Aufgabe für die CDU Hessen sein.

Versprochen – Gehalten

Weil wir den Beitrag der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler für Hessen zu würdigen wissen, nehmen sie einen wichtigen Platz in unserer politischen Arbeit ein.

Wir haben:

- einen Landesbeauftragten der Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler geschaffen.
- die Patenschaften des Landes für die Landsmannschaften der Balten-Deutschen und Weichsel-Warthe wieder gestärkt.
- im Gesetz über den Hessischen Rundfunk verankert, dass der Bund der Vertriebenen Sitz und Stimme im Rundfunkrat des HR erhält.
- die Mittel für die Förderung der landsmannschaftlichen Arbeit gegenüber dem Haushaltsansatz der Vorgängerregierung um 145 Prozent von 258.000 € im Jahre 1998 auf 631.000 € im Jahre 2002 gesteigert.

Eine Partnerschaft für die Zukunft

Die CDU Hessen sieht sich als Partner für die Heimatvertriebenen. Ihre berechtigten heimatpolitischen Anliegen auch politisch zu vertreten, wird uns weiter eine besondere Verpflichtung sein. Vertreibung ist Unrecht, wann und wo immer sie geschieht.

Wir wollen

- die wertvolle Arbeit der Heimatvertriebenenverbände nicht nur würdigen, sondern weiter angemessen ideell und materiell fördern.
- die Information über das Thema „Vertreibung der deutschen Heimatvertriebenen und Kenntnisse über deren Heimatgebiete“ sowie das Schicksal von Deutschen in Russland in der Schule und den Medien verbessern und damit die Integration der Spätaussiedler erleichtern.
- die begonnenen Integrationsmaßnahmen für die Spätaussiedler im Bereich der Sprachförderung fortsetzen. Dies betrifft insbesondere die Sprachförderung für Kinder im Kindergartenalter und in den Schulen. Die erhöhte Sprachförderung für Zuwandererkinder wird weiterhin auch den deutschen Spätaussiedlern zu Gute kommen.
- die ostdeutsche Kulturarbeit weiterhin nachhaltig fördern. Wir messen den Partnerschaften des Landes Hessen mit den Landsmannschaften Weichsel-Warthe, der Balten-Deutschen und der Wolgadeutschen eine hohe Bedeutung bei. Dort, wo Hessen über entsprechende Partnerschaftsbeziehungen verfügt, wie z.B. der Woiwodschaft Wielkopolska (Großpolen), werden die Patenlandsmannschaften einbezogen.
- unabhängig von der bundesgesetzlichen Regelung auch künftig einen Landesvertriebenenbeirat als wichtiges Beratungsgremium berufen.
- das Begehren, den 5. August zum nationalen Gedenktag zu erklären, unterstützen. Dieser Gedenktag soll in Erinnerung an die am 5. August 1950 unterzeichnete Charta der Deutschen Heimatvertriebenen durchgeführt werden.
- im Verbund mit den anderen Bundesländern und der Bundesregierung die Errichtung des „Zentrum gegen Vertreibungen“ als Ort der Mahnung, Vertreibung weltweit zu ächten, unterstützen.



- im Sinne einer wahren Verständigung mit den östlichen Nachbarn und eines gerechten Ausgleichs, dass die Heimatvertriebenen ihr kulturelles Erbe bewahren und ihre Anliegen auch politisch vertreten können.

15. Neue Wege in der Medienpolitik

Die Hessische Medienpolitik war unter rot-grün durch fehlende Strategien gekennzeichnet, die der sich rasch wandelnden Medienlandschaft innerhalb einer fortschreitenden Konvergenz der Kommunikationsmittel nur mangelhaft begegnen konnte. Innerhalb der letzten vier Jahre ist es der CDU/FDP Koalition gelungen, eine verlässliche und zukunftsgerichtete medienpolitische Strategie auf den Weg zu bringen, die die hessische Medienlandschaft nachhaltig in Ihrer Entwicklung fördert.

Wir haben

- die Freiheit und Unabhängigkeit der Medien gesichert. Mit der Änderung des Privatrundfunkgesetzes gelang es, die Medienlandschaft in Hessen durch verschiedene, neue Hörfunkangebote im Bereich Infosparte Wirtschaft, klassische und Unterhaltungsmusik und Oldies sowie das neue Regionalfernsehen im Ballungsraum Rhein-Main zu bereichern. Neben der Zulassung von Tele-shopping-Angeboten wurde vor allem jetzt auch in Hessen digitaler Hörfunkempfang (DAB) ermöglicht und damit ein entscheidender Schritt in die Zukunft getan. „Unabhängig“ beinhaltet jedoch nicht nur das Recht auf eine freie Entwicklung, sondern auch ein Abstandsgebot der politischen Entscheidungsträger. Wir haben mit der Novellierung des Privatrundfunkgesetzes verankert, dass jegliche Beteiligung politischer Parteien nicht länger statthaft ist.

Wir werden

- den weitreichenden Schutz vor parteipolitischer Einflussnahme in den Medien auch zukünftig festschreiben.
- durch Änderung des Hessischen Pressegesetzes die Verleger periodischer Druckwerke verpflichten, in regelmäßigen Zeitabständen mittelbare und/oder unmittelbare Beteiligungsverhältnisse und/oder Treuhandverhältnisse von politischen Parteien offenzulegen“.

Jugendschutz und Medienerziehung fördern

Jugendschutz und Medienerziehung gestalten sich in einer zunehmenden Globalisierung, die auch auf die Medienlandschaft nicht ohne Wirkung bleibt, zunehmend schwieriger.

Ziel ist für uns, dass der Einzelne den eigenverantwortlichen Umgang mit den Medien lernt und ihre positiven Impulse nutzen kann.

Wir haben bei der Novellierung Hessischer Medienrechtlicher Vorschriften sichergestellt, dass ein wirksamer Jugendschutz verankert wird und auch bei der Fortentwicklung staatsverträglicher Regelungen berücksichtigt wird.

Wir haben erfolgreich die Programme „Schulen ans Netz!“ und Schulen@Zukunft gestartet und wollen dies uneingeschränkt fortsetzen. Unter Federführung und Verantwortung der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk in Hessen wurden und werden eine Vielzahl von Projekten zur Förderung der Medienkompetenz initiiert und durchgeführt. Die vorhandenen Offenen Kanäle (OK) und nichtkommerzielle lokale Radios (NKL) sollen in diesem Zusammenhang erhalten bleiben.

Wir werden

- die Selbstregulierungsprozesse im Rahmen der bestehenden Gremien durch Anreize fördern und abschreckende Mittel für diejenigen vorsehen, die durch die Verletzung von Verhaltensregeln Wettbewerbsvorteile erzielen wollen. Aufgrund der Unzulänglichkeit nationaler Regulierungen soll auf eine Vereinbarung über internationale Maßstäbe für mediales Verhalten hingearbeitet werden.
- uns für ein einheitliches materielles Jugendschutzrecht einsetzen, das für alle elektronischen Informations- und Kommunikationsmedien gelten soll und gleichzeitig die Länderhoheit erhalten soll.

Wir wenden uns gegen eine verharmlosende und immer hemmungslosere Darstellung von Gewalt in Massenmedien, in Videofilmen und Computerspielen, gegen Pornografie sowie entwürdigende Darstellung in der Werbung. Vor allem bei Kindersendungen muss auf Gewaltdarstellungen verzichtet werden. Wir fordern die Verantwortlichen im Bereich der Medien auf, sich einer wirksamen und freiwilligen Selbstkontrolle, die bestehende Gremien ergänzt, zu unterziehen. Darüber hinaus sind alle Aufsichtsmöglichkeiten auszuschöpfen, die sowohl für den öffentlich rechtlichen als auch für den privaten Rundfunk vorhanden sind.

Wir werden

- für die Beibehaltung des dualen Systems der öffentlich rechtlichen und des privaten Rundfunks eintreten sowie zu dessen Weiterentwicklung im Rahmen

der verfassungrechtlichen Vorgaben beitragen. Wir bekennen uns damit zur Bestands- und Entwicklungsgarantie des Hessischen Rundfunks. Unverzichtbare Aufgabe des öffentlich rechtlichen Rundfunks ist es, seiner besonderen kulturellen, föderalen und gesellschaftspolitischen Verantwortung gerecht zu werden und dadurch einen Beitrag für die Qualität unserer Medienkultur zu leisten. Rundfunkgebühren dürfen nicht zu Zwecken eingesetzt werden, die nicht im Zusammenhang mit der Erfüllung des Programmauftrages stehen.

Öffentlich-rechtliches System reformieren

Um den öffentlich rechtlichen Rundfunk für die Zukunft zu sichern, ist es notwendig, seinen Funktions- und Programmauftrag zu überprüfen und neu zu definieren, ohne eine Beteiligung des öffentlich rechtlichen Rundfunks an den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien zu versäumen.

Wir werden uns

- für mehr Wirtschaftlichkeit und Bereitschaft der öffentlich rechtlichen Sender zur Reform durch effiziente und kostengünstige Organisationsformen einsetzen. Wir sind der Ansicht, dass zur Erfüllung des Auftrages nicht die Beibehaltung der Vielzahl von öffentlich-rechtlichen Sendern und Programmen notwendig ist.
- dafür aussprechen, den Begriff der Grundversorgung auf die wesentlichen Kernaufgaben des öffentlichen Rundfunks zu reduzieren. Im Zuge der fortschreitenden Konvergenz der Medien stellt sich auch zunehmend die Frage nach einer Reform des derzeitigen Finanzierungsmodells für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Die Zukunft der Rundfunkgebühr kann nicht in der derzeitigen Finanzierungsordnung, sondern nur in der Suche nach einem neuen Modell liegen. Vielmehr sollte die Anbindung der Zahlungspflicht der Rundfunkgebühr am Endgerät aufgehoben und durch eine unternehmens- und haushaltsbezogene Abgabe ersetzt werden.

Die Medienlandschaft in Hessen ist in Bewegung. Neue Technologien verändern ganze Branchen, verändern das Kommunikationsverhalten der Menschen. Dies erfordert das Mitgestalten der Politik sowohl in medienpolitischer, wirtschaftlicher als

auch vor allem in medienpädagogischer Sicht. Wir haben das Abkoppeln in Hessen von medienpolitischen Entwicklungen beendet. Wir haben die Medienwirtschaft in Hessen aktiv gefördert und unterstützt.

Wir sind uns der Verantwortung für die Medienlandschaft in Hessen bewusst und tragen der wachsenden Bedeutung des Informations- und Kommunikationsmarktes auch und gerade bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze Rechnung.

Wir haben in kurzer Zeit die Rahmenbedingungen so verändert, dass Hessen auf Platz 2 der Medienstandorte gleich hinter Bayern rangiert. So ist Hessen unter anderem auch erstmalig in die Bereiche der wirtschaftlichen Bereiche der Filmförderung und der Frühfinanzierung der Gründung von Medien- und IT-Unternehmen eingestiegen. Diesen erfolgreichen Weg wollen wir fortsetzen.

Wir werden

- uns für die Förderung von Projekten zur Schulung von Lehrern und Ausbildern einsetzen und den Aufbau einer IT-Akademie in Wiesbaden planen, um das Aus- und Weiterbildungsangebot zu verbessern.
- uns für die Förderung des Aufbaus einer berufsbegleitenden IT-Studienakademie in Bad Wildungen einsetzen.
- Wir unterstützen auch die Förderung des Multimediacreativzentrums in Hessen, das als Selbsthilfeeinrichtung eine Kommunikationsplattform für die gesamte hessische Medienbranche bietet

16. Europa: Eine Chance für Hessen

Die Europäische Union ist Garant für Freiheit, Frieden, Sicherheit und Wohlstand auf der Grundlage demokratischer Verfassungen.

Europa ist die Chance für Deutschland und für Hessen! Wir können diese Chance besonders gut nutzen, wenn wir folgenden Grundsatz beachten:

Nicht jede Aufgabe in Europa ist eine Aufgabe für Europa. Aber dort, wo die Sache es gebietet, sagen wir: So viel Europa wie nötig, bei so wenig Bürokratie wie möglich!

Hessen leistet inmitten rasanter europäischer Entwicklungen seinen Beitrag als welt-offenes und international engagiertes Land zur Gestaltung des zukünftigen Europas, sowohl in politisch-institutioneller, als auch in gesellschaftlicher Hinsicht. Das Ziel der CDU Hessen ist vor allem, eine Wertegemeinschaft in der EU zu schaffen und nicht nur eine gemeinsame Wirtschaftspolitik. Die Europäische Union bietet Heimat in den Regionen und Einheit in Vielfalt.

Mit der CDU wird unser Land seine Chancen in Europa nutzen und zugleich seine internationalen Beziehungen vertiefen.

Wir Hessen lieben unsere Heimat und wir sind stolz auf Deutschland als ein Kernland der Europäischen Union.

Versprochen - Gehalten

Wir haben

- die bestehenden Kontakte zur den Partnerregionen Aquitaine und Emilia-Romagna vertieft und den Partnerschaftsgedanken ausgeweitet durch eine neue Partnerschaft mit der polnischen Region Wielkopolska. Damit hat Hessen im Zeichen der EU-Osterweiterung bereits einen wichtigen strategischen Partner in einem der interessantesten EU-Beitrittsstaaten gewinnen können.
- Hessen wieder zu einem Akteur in der europapolitischen Diskussion gemacht. Unsere Forderung nach mehr demokratischer Legitimation und mehr Transparenz findet in der Arbeit des Konvents Niederschlag, unsere wichtigsten Positionen zur Kompetenzabgrenzung im Zuge einer zukünftigen Reform der EU stießen im Bundesrat auf Zustimmung.

Europäische Partnerschaften fördern

Ein Europa der Regionen bedarf des ideellen Austausches zwischen den Bürgerinnen und Bürgern.

Wir werden

- die Kommunikation Jugendlicher innerhalb der EU intensivieren. Hierzu soll der verstärkte Ausbau von Europaschulen seinen Beitrag leisten.
- die lebendigen, interregionalen Beziehungen mit den hessischen Partnerregionen - der Aquitaine, der Emilia-Romagna, der Wojwodschaft Wielkopolska - pflegen und weiter vertiefen.
- den gesellschaftlichen und kulturellen Austausch fördern. Hier liegt ein Hauptschwerpunkt auf der Unterstützung Wielkopolskas bei der Vorbereitung auf den EU-Beitritt.
- den Dialog zwischen Bürgerinnen und Bürgern aller Partnerregionen auch durch partnerschaftliche Projekte organisatorisch und materiell durch die Landesbehörden unterstützen. Dazu müssen die europäischen Aktivitäten der einzelnen Ressorts gebündelt und zentral durch das Europaministerium wahrgenommen werden. Hierfür wollen wir die geeigneten Verwaltungsstrukturen schaffen und die entsprechenden Ressourcen bereitstellen.

"Europa der Regionen" als Zukunftsmodell

Der EU stehen mit der Regierungskonferenz 2003/2004 wichtige institutionelle Reformen bevor. Insbesondere sind im Hinblick auf die Osterweiterung die Zuständigkeiten zwischen der EU und den nationalen Staaten sowie ihren föderalen Strukturen klar abzugrenzen. Diese Kompetenzabgrenzung muss zusammen mit der EU-Grundrechtecharta in einen Europäischen Verfassungsvertrag einfließen.

Wir werden

- die Arbeit des dafür eingesetzten, die Regierungskonferenz vorbereitenden Konvents sorgfältig und sachkundig begleiten und beeinflussen. Wir lehnen dabei eine überbordende, nicht demokratisch kontrollierte EU-Bürokratie ab, die sich mit einer Unzahl von Details beschäftigt und von den Bürgerinnen und Bürgern Europas nicht mehr verstanden wird.

- dazu beitragen, dass hessische Interessen in Europa gewahrt werden können. Die EU soll in Zukunft nur solche Aufgaben wahrnehmen, die die Mitgliedsstaaten und Regionen nicht ebenso gut oder besser erfüllen können. Effizienz und Akzeptanz der EU sind durch eine klare Orientierung am Subsidiaritätsprinzip zu steigern.
- den Föderalismus in Europa stärken. Die EU hat die Zuständigkeit der deutschen Länder und anderer Regionen in Europa bei der Wahrnehmung ihrer speziellen Aufgaben zu respektieren. Dazu zählen die Regionalpolitik, insbesondere auch die Politik für den ländlichen Raum, die Daseinsvorsorge, die Raumplanung, die Kulturförderung sowie Wissenschaft, Forschung und Bildung. Diese Themen verlangen Bürgernähe. Sie sind für die Bürgerinnen und Bürger mit der Politik des jeweiligen Landes verknüpft. Dafür wählen die Menschen "ihr" Landesparlament, "ihre" Landesregierung und machen diese auch verantwortlich. Dagegen kann die EU ihre globalen Aufgaben nur wahrnehmen, wenn sie mindestens bei Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik mit einer Stimme spricht.
- dafür sorgen, dass die Aufgaben, Rechte und Pflichten der Europäischen Union, ihrer Mitgliedsstaaten und Regionen im Verhältnis zueinander klar definiert und in einem Verfassungsvertrag festgelegt werden. Ob Verantwortung und Zuständigkeit bei der EU oder den Nationalstaaten oder den Regionen liegt, muss für den EU-Bürger verständlich und nachvollziehbar sein. Soweit nationale oder regionale Aufgaben betroffen sind, soll sich die EU höchstens darauf konzentrieren, Standards zu setzen. Auf welche Weise diese von den einzelnen Nationalstaaten und Regionen dann umgesetzt werden, fällt in deren Zuständigkeit.
- durch unsere Politik dazu beitragen, Verfahren zu finden, wie Europa über die ihm zufallenden Aufgaben klar und effizient entscheiden kann. Dazu bedarf es vor allem der Klärung der Gewaltenteilung. Die Kommission als Exekutive soll dabei der demokratischen Kontrolle des EU-Parlaments unterliegen. Gleichzeitig ist dem Ausschuss der Regionen, AdR, ein Klagerecht als Abwehrrecht zur Wahrung der Subsidiarität einzuräumen. Nur so kann eine von Transparenz und Bürgernähe, von Föderalismus und Subsidiarität geprägte europäi-

sche Kompetenzordnung verwirklicht werden. Wenn sie gelingt, wird die große Idee eines vereinten Europas auch bei den Bürgern Sympathie erfahren.

Osterweiterung: Eine Herausforderung und Chance für Hessen

Mit der Osterweiterung der EU gewinnt Hessen noch mehr an zentraler Position in Europa. Unser Land wird noch stärker zum Drehkreuz der europäischen Wirtschaftspolitik.

Die CDU Hessen sieht in der Osterweiterung der EU eine gewaltige Herausforderung an die Öffentlichkeitsarbeit und stellt sich der nationalen Aufgabe, Europa in den Mittelpunkt politischer, sozialer und kultureller Bildung zu rücken. Wir nehmen dabei die diffusen Ängste weiter Kreise der Bevölkerung vor wirtschaftlichen und finanziellen Nachteilen oder auch einem Anstieg der Kriminalität sehr ernst. Wir sind aber auch überzeugt, dass insbesondere durch persönliches Erleben der Partnerschaften bei allen Risiken die Chancen in den Vordergrund rücken.

Wir werden

- das Engagement für gemeinsame Ziele und Projekte, das gegenseitige Kennenlernen und Aufeinanderzugehen - kurz: die menschliche Dimension der Osterweiterung - besonders fördern.
- in Hessen ansässige renommierte Institute wie das Deutsche Poleninstitut in Darmstadt und das Herder-Institut Marburg unterstützten. Diese haben sich sehr verdient gemacht durch ihre Arbeit zur mittelosteuropäischen Geschichte, Kultur und Politik.
- vor allem bestehende Partnerschaften noch lebendiger gestalten und neue vermitteln. Dazu gehört neben einem regen kulturellen Austausch auch die Zusammenarbeit in wichtigen Wirtschafts- und Sicherheitsfragen.

Hessen nimmt mit seiner Wirtschaftskraft einen Spitzenplatz in Deutschland und in Europa ein. Die CDU Hessen setzt auch weiterhin auf gute Wirtschaftspolitik für das Gemeinwohl. Kreativität und Einsatz müssen sich aber sowohl für Unternehmen, als auch für Arbeitgeber und Arbeitnehmer, lohnen.

Wir werden

- für den weiteren Abbau von nationalen Subventionen für einen fairen Wettbewerb innerhalb der Union sorgen. Die Wettbewerbsfähigkeit ist eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Wirtschaft Europas, um gegenüber der globalen Konkurrenz bestehen zu können.
- für eine weitere Harmonisierung staatlicher Reglementierungen innerhalb der EU eintreten, mit dem Ziel, die Wettbewerbssituation anzupassen. Bei der Harmonisierung sollte der Abbau von Reglementierungen Vorrang haben.

Grenzübergreifende Kooperation für mehr Sicherheit in Europa

Mit der CDU als Garant der Sicherheit für die hessischen Bürgerinnen und Bürger wird Hessen den Beitrag für ein europäisches Sicherheitsnetzwerk, entsprechend seiner zentralen Lage, leisten.

Wir wollen,

- dass zum Schutz der Menschen gegen Terror und organisierter Kriminalität die Sicherheitskräfte länderübergreifend und schnell zusammenarbeiten. Dazu bedarf es klar definierter Schnittstellen beim Landeskriminalamt und den Polizeipräsidien zu den europäischen Sicherheitsbehörden und eines Regelwerks für eine effektive Zusammenarbeit.
- dass die Sicherheitskräfte eine optimale technische Ausstattung erhalten. Diese muss eine effiziente Prävention und eine schnelle Reaktion im Ernstfall ermöglichen.

Mit der Bedeutung der Europäischen Union wächst auch ihre Verantwortung in der Welt. Auf diese Rolle ist die EU bisher nur unzureichend vorbereitet. Krieg und Terror bedrohen auch Europa und seine Werte.

Wir wollen, dass die EU in Zukunft einen deutlich verbesserten außen- und sicherheitspolitischen Beitrag in der Welt leistet.